Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-. Halbjahresabonnement: S75,-. Ausland: Jahresabonnement: S224,-. Halbjahresabonnement S112. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb. Postfach 13. 1042 Wien. Telefon 0222/57-37-23. Redaktion: Postfach 48, 1042 Wien. Telefon: 0222/57-37-23. Journaldienst: Mo - Fr: 18 - 19.30 Uhr.

P.b.b. Erscheint 14-tägig am Donnerstag Preis S 5,-

Nr.25/77, 2. Jahrgang 8. Dezember 1977

Beispielloser Lohnraubabschluß bei den Handelsangestellten!

Nettolohnerhöhung von 200 bis 300 S im Monat

Der Inhalt des neuen Kollektivvertrages für die300.000 Handelsangestellten und -arbeiter ist ein schwerer Schlag für die Betroffenen und ein Alarmzeichen für die ganze Arbeiterklasse.

Die 5,8%-Erhöhung der Kollektivgehälter und -löhne bringt für die Masse der Angestellten und Arbeiter im Handel ab 1. 1. 78 netto zwischen 200,- und 300.- Schilling monatlich mehr. Das ist einer der niedrigsten Abschlüsse und einer der offensten Lohnraub-KV's der letzten Jahre.

Diesen fortgesetzten und verschärften Reallohnabbau haben die Kapitalisten durchgebracht, ohne daß es zu einer offenen Kraftprobe mit den Handelsangestellten und -arbeitern gekommen wäre. Dabei haben die Kaufhausherren schon um den zweiten Weihnachts-Einkaufssamstag zittern müssen. Warum aber haben die Handelsangestellten und -arbeiter nicht die Waffe des Streiks ergriffen, was waren die Ausgangsbedingungen bei diesen Lohnverhandlungen, und welche Lehren kann die Arbeiterklasse aus dem Verlauf und Ergebnis ziehen?

Das Angebot der Kapitalisten war äußerst provokant und wäre auf ungeheuren realen und selbst nominellen Lohnabbau hinausgelaufen:

Die Kapitalisten wollten ab 1. April 1978 (also schon einmal um ein ganzes Vierteljahr verzögert) 4,5% Bruttolohnerhöhung zugestehen und gleichzeitig die Absicherung der Überzahlungen völlig aufheben, d.h. die Möglichkeit erhalten, einem Angestellten zwar die 4,5%-ige KV-Erhöhung anzurechnen, aber ihm bei nächster Gelegenheit weit mehr als das einfach von der Überzahlung abziehen.

Die Versuche der Kapitalisten zur Verzögerung des Abschlusses um Monate, zu offenem und scharfem Lohnraub, ja selbst zu arbeitsrechtlichen Verschlechterungen sind der monatelang vorausgegangenen Propaganda gegen „Lohnerhöhungen über der Inflationsrate" gefolgt. Man weiß, daß die Inflationsrate nicht wirklich die Steigerung der Ausgaben der Arbeiter- und Angestelltenfamilien widergibt. Aber das Angebot der Handelskapitalisten hatte weniger mit der Inflationsrate zu tun als mit der Absicht, in einer Situation verschärfter Krise und wachsender Arbeitslosigkeit auch in Österreich, das Lebensniveau unzähliger Lohnabhängigen drastisch zu verschlechtern, um bessere Startbedingungen in der Konkurrenz zu erhalten, und die Profite zu steigern. Das ist ihr zu einem guten Teil auch gelungen durch den neuen KV-Abschluß. Was viele Handelsangestellte und -arbeiter jetzt aus eigener schlechter Erfahrung besser wissen, das muß in der ganzen Arbeiterklasse verbreitet und erkannt werden: Den Kapitalisten ist es bitter ernst. Das ist das eine. Und das zweite ist: Die Kapitalisten geben sich mit solchen Abschlüssen wie dem neuen Handels-KV nicht zufrieden, sie wollen die Ausbeutung noch mehr steigern und noch viel schärfer gegen die Arbeiter und Angestellten vorgehen. Je weiter die Kapitalisten auf diesem Weg vorwärts kommen, desto schwieriger werden die Bedingungen für den Widerstand und Kampf der Arbeiterklasse dagegen.

Warum aber ist es trotz des provokanten Angebotes und des harten und frechen Verhandlungsstils der Kapitalisten, das große Empörung unter den Kollegen im Handel ausgelöst hat, zu keiner Kampfaktion gekommen, warum ist der geplante Streik am 3. Dezember, dem zweiten Einkaufssamstag vor Weihnachten, nicht zustandegekommen? Um darauf eine Antwort geben zu können, muß man sich in Erinnerung rufen, auf welcher Linie und mit welchen Forderungen die Gewerkschaftsführung in die Verhandlungen um den neuen KV gegangen ist. Die Forderungen der Gewerkschaft der Privatangestellten, Sektion Han-

Fortsetzung auf Seite 8

Bis 16. Dezember: 450.000,- S für 2 Landrover für Zimbabwe

Veranstaltungen mit einer Delegation der Patriotischen Front





9. 12.	Innsbruck
10. 12.	Salzburg
11. 12.	Bleiburg Pliberk
12. 12.	Klagenfurt
13. 12.	Knittelfeld
14. 12.	Graz
15. 12.	Linz
16. 12.	Wien

Vom 9. bis 16. Dezember wird eine Delegation der Patriotischen Front mit den Genossen E. Kangai und E. Kandungore, Mitglieder des Zentralkomitees der ZANU, und dem Genossen Shave Österreich besuchen, und auf Veranstaltungen in mehreren Städten und Orten sprechen. Die Aktionen der Befreiungskämpfer kreisen die Zentren der weißen Siedler immer mehr ein. der Häuptling der Kolonialisten, Smith, beginnt in seiner Verzweiflung schon von „Mehrheitsregierung" zu reden, im vergeblichen Versuch, eine „Lösung" ohne das Volk von Zimbabwe und seine Vertreterin, die Patriotische Front, herbeizuführen. Die Imperialisten sind mit allen ihren Versuchen einer neokolonialistischen Lösung an der einheitlichen Front des Volkes von Zimbabwe abgeprallt, das die Waffen nicht aus seiner Hand legen wird, weil es weiß, daß Einheit und Entschlossenheit im Kampf der Garant seines Sieges über Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus sind, der Garant einer nationalen und sozialen Befreiung, der Garant eines Zimbabwes, das dem Volk von Zimbabwe gehört.

Der bisherige Verlauf der Spendensammlung hat die große Sympathie und Solidarität des österreichischen Volkes mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gezeigt. S 450.000,- für 2 Landrover – das wollen wir bis 16. Dezember erreichen. S 332.885,90 wurden bis jetzt auf das Spendenkonto eingezahlt. Wir müssen die verbleibenden Tage bis zur Abschlußveranstaltung gut nützen und mit großem Elan die Solidarität mit dem zimbabweschen Volk in seinem Befreiungskampf vorantreiben. Wenn wir uns so wie bisher auf die Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen, Pensionisten, Studenten und Schüler stützen, und unsere Kräfte anspannen, dann können wir unser Ziel, das Ziel von Tausenden Menschen in ganz Österreich, sicher erreichen, vielleicht sogar übertreffen.

Fremdenpolizei weist türkischen Arbeiter aus

Sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbotes für Erol Sever!

Am Dienstag oder Mittwoch, den 6. oder 7.12., wurde Erol Sever von der Fremdenpolizei in die Türkei abgeschoben.

Erol Sever ist vielen fortschrittlichen Menschen und vor allem vielen ausländischen Arbeitern gut bekannt. Zuletzt sprach er auf der Abschlußkundgebung der Demonstration am 25.11. gegen die Entrechtung der ausländischen Arbeiter in Österreich, auf allen Veranstaltungen des 'Aydinlik'Informationsmonates in Wien hat er ebenfalls im Namen von'Aydinlik'das Wort ergriffen. Diese Tatsachen kamen anläßlich seiner Festnahme und Abschiebung durch die Polizei zur Sprache.

Sonst sind die näheren Umstände seiner Verhaftung dunkel. Am Montag, den 5.12., drang die Fremdenpolizei in seine Wohnung am Abend ein und wartete dort auf seine Heimkehr. Unter dessen begannen die Beamten, die Nachbarn auszufragen. Als er gegen 21 Uhr heimkam, wurde er sofort festgenommen und weggeführt. Die Nachbarn hörten nur noch, wie die Polizei ihm sagte, er solle alles mitnehmen, er würde sofort abgeschoben werden. Offensichtlich verweigerte ihm die Polizei jede Möglichkeit, sich mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen. Seine Freunde erfuhren von der Abschiebung erst nach seiner Ankunft in der Türkei. Diese unglaubliche Polizeiwillkür ist durch Bestimmungen des erzreaktionären Fremdenpolizeigesetzes gedeckt, das der Polizei erlaubt, ausländische Arbeiter unter den nichtigsten Vorwänden abzuschieben, nach dem es sie von vornherein der selbstverständlichsten Rechte beraubt hat.

Die zügige Durchführung der Abschiebung, seine völlige Isolierung von der Außenwelt sollte es wohl dem bürgerlichen Staat erlauben, diesen Akt empörendster Zwangsverschickung ohne ernstlichen Widerstand über die Bühne zu bringen.

Und zu recht haben sie sich hier Widerstand erwartet. Erol Sever hat nicht nur durch sein jüngstes Eintreten für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes

Fortsetzung auf Seite 8

Erklärung von R. Mugabe, Präsident der ZANU und Co- Führer der Patriotischen Front zu den Überfällen auf die Lager in Mozambique

„Unsere Sache wird sicher gewinnen, weil sie die Sache des Volkes ist"

Die Streitkräfte des rassistischen Feindes Ian Smith, unterstützt durch die von Johannes Vorster, dem rassistischen Premierminister von Südafrika, haben zwei unserer Durchgangslager angegriffen. In beiden Fällen waren die Lager in erster Linie zivile Zentren, in denen unsere Massen mit ernsthaften Projekten nach dem Prinzip „Auf die eigenen Kräfte vertrauen" befaßt waren, solchen zur Ausbildung und Erziehung, Landwirtschaft, Geflügel- und Schweinezucht, Gesundheitswesen und Handwerk. Der skrupellose und äußerst unmenschliche Feind massakrierte mit französischen Mirage-Flugzeugen, Düsenjägern und Canberra-Bombern und Hubschraubern kaltblütig kleine Kinder in Schulen, Patienten in Krankenhäusern, Arbeiter in unseren Farmen und in anderen Produktionsprojekten. Insgesamt haben wir etwa 100 Genossen verloren, die meisten waren Kinder, Mütter, Patienten und physisch behinderte Menschen. (. . . .)

Wir möchten betonen, daß die betreffenden Angriffe ausgeführt wurden durch vereinte Streitkräfte Rhodesiens, Südafrikas und Israels, und Söldnern, die von den USA, Großbritannien, Westdeutschland und anderen, westlichen Ländern bereitgestellt werden. (. . . .).

Fortsetzung auf Seite 4

Aus dem Inhalt:

Personalvertretungswahlen bei der ÖBB

Kein Grund zum Jubeln für die bürgerlichen Fraktionen

Die SPÖ jubelt über den Erfolg der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter: Stimmenanteil von 82,6 auf 84,4% erhöht. Auch die ÖVP glaubt Grund zum Jubeln zu haben: Sie hat ihren Anteil von 7,8 auf 8,9% erhöht. Der Linksblock (KPÖ) wurde von 7,8 auf 5,4% reduziert.

Dem Anschein nach also doch ein Grund zum Jubeln für alle Parteien (außer der KPÖ), die die staatliche Einsparungs- und Rationalisierungspolitik gegen die Eisenbahner unterstützen? Die Äußerungen Benyas und Kreiskys, die offenbar mit Verlusten der FSG auf Grund ihrer Regierungs- und Gewerkschaftspolitik gerechnet haben, gehen in diese Richtung.

Worum ist es bei der Stimmabgabe gegangen?

Worum es im Wahlkampf gegangen ist (heuer deutlicher als vor 4 Jahren), ist offensichtlich: Eine breite Auseinandersetzung hat stattgefunden über die wichtigsten Probleme der Eisenbahner: über die Sicherung der erkämpften arbeits- und sozialrechtlichen Errungenschaften der Eisenbahner, über die Abwehr der staatlichen Einsparungsmaßnahmen, über die Abwehr der Angriffe auf ihre Reallöhne, über die Abwehr der Auswirkungen des Rationalisierungsprogramms, auf ihre Arbeitsbedingungen und ihre Gesundheit. Im Zuge dieser Auseinandersetzung konnte die Liste Aktionsprogramm, die auch vom Kommunistischen Bund Österreichs unterstützt wurde, so viel Zustimmung für ihr Programm erhalten. Und sie hat auch selbst zur Förderung dieser Auseinandersetzung beigetragen.

Beim Wahlgang selbst war die Situation ganz anders. Auf Grund ihrer erst kurzen, und noch nicht sehr ausgedehnten, Arbeit, konnte die Liste Aktionsprogramm den Einschüchterungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Verwaltung noch nicht erfolgreich entgegentreten. Somit stand keine Liste zur Wahl, von der sich die Kollegen eine wirkliche und kompromißlose Unterstützung im Kampf gegen die Politik der Verwaltung erwarten hätten können.

So stand für die Eisenbahner die „Wahl" zwischen FSG auf der einen Seite und irgendeiner anderen Fraktion auf der anderen Seite.

Die FSG präsentierte sich für die Eisenbahner einerseits als jene Fraktion, deren Spitze offen die Regierungspolitik und das Programm der staatlichen Verwaltung unterstützte. Andererseits stellte sie – von den Nebengebühren bis zu den Wartezeiten – auch Forderungen auf, deren Durchsetzung für die Eisenbahner positive Auswirkungen hätte. Schließlich trat sie, insbesondere unmittelbar vor den Wahlen, am massivsten für die Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsform der ÖBB und gegen jede Verschlechterung der Rechte der Eisenbahner auf. (Obwohl das direkt z. B. auch gegen Äußerungen von Androsch über eine Ausgliederung der ÖBB aus dem Budget gerichtet war). In der Hauptwerkstatt Linz ist sie vor den Wahlen sogar so radikal geworden, die Bezeichnung „Rote Eisenbahner" für sich zu reklamieren. („Roter Eisenbahner" heißt die Betriebszeitung der Zelle ÖBB des KB).

Die anderen Fraktionen haben zwar dies oder das gegen die Politik der Verwaltung gesagt, sowohl FCG als auch Linksblock stehen aber grundsätzlich auf dem Boden der kapitalistischen Sanierung der ÖBB. Am „radikalsten" dafür ist der Linksblock, der nur „für jeden hinausgeschmissenen Eisenbahner ein Drittel der Lohnkostenersparnis unter die Kollegen aufgeteilt" haben will.

Zwischen diesen Möglichkeiten hatten die Eisenbahner zu „wählen"....

Wahlergebnis: Die bürgerliche Opposition ist keine Alternative

Unter diesen Bedingungen hatte die Liste AKTIONSPROGRAMM zur Abgabe von ungültigen Stimmzetteln aufgerufen: „Liste AKTIONSPROGRAMM" oder bestimmte Forderungen sollten die Kollegen draufschreiben. Von 71.802 Wahlberechtigten haben 1.940 nicht gewählt und 1.721 ungültig gewählt. Es wäre Selbsttäuschung, alle diese Kollegen als bewußte Befürworter des AKTIONSPROGRAMMS zu betrachten. Aber es ist keine leichte Entscheidung, bei der Wahl einer betrieblichen Vertretung den Weg der ungültigen Stimmabgabe, der Gegnerschaft zu allen bürgerlichen Fraktionen, einzuschlagen.

Neben diesen Kollegen haben auch viele andere *Proteststimmen* abgegeben. Wie wäre es anders zu erklären, daß der Linksblock – in den großen Hauptwerkstätten fast halbiert – an verschiedenen Bahnhöfen und Zugförderungsleitungen gewonnen hat? Dort sind die Kollegen bis jetzt am schärfsten von den Postenkürzungen betroffen worden bzw. steht ihnen das unmittelbar bevor (Zugbegleiter, Bahnhofsdient – je ca. 1.000 Streichungen bereits erfolgt bzw. geplant). Dort haben sich – und wenn man es unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist ds auch keineswegs verwunderlich – die KPÖ und die ÖVP die Stimmengewinne von der SPÖ „geteilt": Es ging den Kollegen um den Protest gegen die SPÖ-Politik. Und wo es eben eine KPÖ-Minderheitsfraktion gegeben hat, hat sie einen Teil der Proteststimmen erhalten, wie z.B. am Wiener Westbahnhof (von 77 auf 125). Während an den meisten anderen, insbesondere Wiener Bahnhöfen und Zugförderungsleitungen, die Proteststimmen an die FCG gefallen sind (Wien Südbahnhof von 54 auf 206!). Schließlich hat auch die AfE (normalerweise nicht mehr als 2 – 8 Stimmen), an einzelnen Dienststellen die Proteststimmen abgesahnt (Wien-Westbahnhof 115 (!), während die FCG nur 72 Stimmen hat). Wenn man das Wahlergebnis so betrachtet, ergibt sich natürlich die Frage, wieso die FSG dann einen – wenn auch geringen – Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. Sie hat in den Hauptwerkstätten vom Linksblock z. T das genommen, was sie an den Bahnhöfen verloren hat. Den entscheidenden Einbruch hat sie in Innsbruck erzielt, wo sie von 73 auf 96 % (!) gestiegen ist. Genau dort hatte 1973 der Linksblock einen Erdrutsch-Erfolg gegen die FSG erzielt, wofür KPÖ-Eisenbahner Mattlschwaiger am 22. Parteitag der KPÖ in den höchsten Tönen gelobt wurde. Jetzt ist der Linksblock dort vernichtet. Und das ist das deutlichste Beispiel dafür, warum die anderen bürgerlichen Fraktionen in Wirklichkeit keine Alternative zum FSG sind; dort haben die Kollegen jetzt ihre Erfahrungen mit einer „Protest-Wahl" gemacht und gesehen, daß sich nichts, aber auch gar nichts, geändert hat.

Kein Freibrief für das staatliche Rationalisierungsprogramm

Es besteht also kein Grund zum Jubeln für die österreichische Kapitalistenklasse. Die PV-Wahlen und ihr Ergebnis sind kein Freibrief für die Durchführung ihres Rationalisierungsprogramms gegen die Eisenbahner. Das Ergebnis zeigt einzig und allein, daß FCG und LB keine Alternative gegen die FSG sind. Das ist keine ungünstige Entwicklung: Eine wirkliche Alternative zur bürgerlichen Politik der Führung der Eisenbahnergewerkschaft ist ein dringendes Erfordernis. Es wird immer schwieriger, die Unzufriedenheit und den Protest gegen die SPÖ-Politik auf andere bürgerliche Fraktionen hinzulenken.

Gründungsversammlung der Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke (WOGA) erfolgreich abgeschlossen

Bei der Gründungsversammlung am 6.12. in Wien haben sich etwa 70 Aktivisten versammelt. Die Gründungsversammlung bildete acht Aktivistengruppen, die nach regionalen Gesichtspunkten bei Betrieben, Schulen und Kasernen arbeiten werden. In der WOGA werden 100 - 120 Aktivisten zusammengeschlossen sein. Mit der Gründungsversammlung lösten sich der Arbeitskreis Atomenergie Wien, der Arbeitskreis Großfeldsiedlung und die Gruppe Techniker gegen Atomkraftwerke und Physiker gegen Atomkraftwerke auf.

Die Organisation hat beschlossen auf der Plattform der IÖAG und als deren Teil zu arbeiten. Die Gründungsversammlung beschloß, für die vier Hauptforderungen der IÖAG einzutreten. Als Organisationskonzept legte die Gründungsversammlung fest, daß alle Beschlüsse, die die Arbeit der gesamten Organisation betreffen von der Delegiertenkonferenz gefaßt werden müssen. Die Delegierten werden von den Aktivistengruppen gewählt.

Außerdem wurde ein vorläufiger fünfköpfiger Koordinationsausschuß gewählt.

Ortsgruppe Wien

Auswirkungen des gespaltenen Stromtarifsystems

Die geplante Strompreiserhöhung um 6,45 % für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft wird die industriellen und öffentlichen Großabnehmer nicht treffen. In verstärktem Maße werden also die Haushalte der Lohnabhängigen, die kleinen Gewerbetreibenden und Bauern zur Stützung des Strompreises der Großkapitalisten herangezogen. Schon bisher ist der Unterschied kraß, das beweist die vom Handelsministerium veröffentlichte „Erlösstatistik 1974", die im neuen Energiestatistischen Jahrbuch zu finden ist.

	Leistungs-grund-preise etc.	Arbeits-preis	Durch-schnitts-preis
	Mio. S	Mio. S	g/kWh
Abgabe an Letztverbraucher			
Haushalt	735,6	3.214,8	71,9
Gewerbe	1.256,4	2.237,0	127,3
Landwirtschaft	155,2	449,0	90,6
Summe 1	*2.147,2*	*5.900,8*	*90,4*
Industrie	1.282,8	2.966,5	46,7
Öffentl.Anlagen	360,2	642,0	81,9
Verkehr	153,2	389,9	43,4
Summe 2	*1.796,2*	*3.998,4*	*50,1*
Summe 1+2	*3.943,4*	*9.899,2*	*67,6*
Abgabe an Wiederverkäufer			
Inland	1.273,5	3.146,9	39,3
Export	40,4	532,5	21,6

Beachten muß man, daß diese Zahlen aus dem Jahr 1974 stammen. Heute zahlen die Haushalte im Durchschnitt schon fast 1 Schilling/kWh, während der Industriepreis kaum über 50 g im Durchschnitt liegen wird.

Etwa 8 Milliarden Schilling von den Kleinabnehmern (Summe 1) stehen etwa 5½ Milliarden von den Großabnehmern (Summe 2) gegenüber. Vom gesamten Stromverbrauch bezogen 1976 Haushalte 22,3 %, Gewerbe 11 %, Landwirtschaft 2,8 %. Die Industrie verbrauchte 40 %, öffentliche Anlagen 5,2 % und Verkehr 5,7 %, für den Eigenverbrauch und Kraftwerksbau 3,8 %.

Während also Kleinabnehmer 60 % der Einnahmen der E-Gesellschaften bestreiten, beziehen sie etwa 36 % des Stroms. Die Großabnehmer verbrauchen etwa 55 %, und zahlen etwa 40 % von den Gesamteinnahmen.

Dagegen ist es nötig zu fordern:

Keine Strompreiserhöhung für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft!

Weg mit dem gespaltenen Stromtarifsystem!

Die staatliche Elektrizitätswirtschaft ist fest im Griff des Finanzkapitals

Die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft nach dem 2. Weltkrieg in Österreich war ein Erfordernis der kapitalistischen Wirtschaft. Die Elektrizitätswirtschaft ist durch den riesigen Kapitalaufwand, den der Bau von Kraftwerken und der Verteilungsanlagen erfordert, der Leitung privater Kapitalisten bereits entwachsen. Der Staat garantiert eine Versorgung der kapitalistischen Wirtschaft mit Strom. Gleichzeitig läßt sich das Großkapital vermittels der hohen Haushaltsstromtarife seine billigen Sondertarife finanzieren. Ausdruck und Absicherung der engen Verbindung von staatlicher E-Wirtschaft und großem Kapital ist die personelle Verflechtung der Aufsichtsräte. So finden sich im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft: Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder der größten Stromkunden, der Firmen, die mit Großaufträgen beim Kraftwerksbau beteiligt sind (Elektroindustrie und Bauindustrie) sowie der Banken:

Der Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Erbacher, ist Aufsichtsrat der Vereinigten Metallwerke Ranshofen (eines der größten Stromabnehmers, mit Sondertarifen von ca. 24 g);

Der Aufsichtsratsvorsitzende des Verbundes, Weiß, ist auch Aufsichtsrat der Baufirma Hofmann und Maculan (Aufträge);

Weiters finden sich im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft ein weiterer Aufsichtsrat von Ranshofen (Reisinger), einer der VÖEST-Alpine.

Aufsichtsrat Dr. Gehart ist unter anderem Vorstandsvorsitzender der Perlmooser Zementwerke und – als vielseitiger Mann – Aufsichtsratsvorsitzender von Kapsch. Die Perlmooser Zementwerke sind eine der größten Stromkunden; gleichzeitig entfielen 1974 4 % des Inlandsabsatzes der Firma auf Aufträge aus dem Kraftwerksbau.

Die am Kraftwerksbau beteiligten Firmen verfügen über gute Verbindungen: durch Aufsichtsräte von Philips, Elin, Brown-Boveri und gleich zwei von Waagner-Biro sowie den Aufsichtsratsvorsitzenden der Baugesellschaft Hofmann und Maculan (Reisinger) und einen Aufsichtsrat der Universale Bau (Gruber).

Das Finanzkapital hat die E-Wirtschaft vor allem durch die steigende Verschuldung fest im Griff. Ein Grund für die ständig steigenden Haushaltsstromtarife sind die wachsenden Zins- und Schuldentilgungslasten (1975 15,8 % der Gesamtkosten von Verbund und Landesgesellschaften).

Im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft finden sich der Vorstands-Vorsitzende-Stellvertreter der Girozentrale der österreichischen Sparkassen, Fremuth, sowie der Aufsichtsratsvorsitzende der Bank für Tirol und Vorarlberg, Berchthold.

AKW Zwentendorf soll Mitte 78 in Betrieb gehen

Gute Möglichkeiten für erfolgreichen Kampf gegen die Inbetriebnahme

Die Spaltung der Bewegung gegen Atomkraftwerke will der Regierung nicht gelingen. Eine Spaltung der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) hätte sie gern, um die Bewegung von den Massen zu isolieren, als Widerstandsfaktor auszuschalten und so der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf den Weg zu ebnen. Stattdessen hat sich der Großteil der Gruppen seit dem 26. Oktober politisch gefestigt und ein paar haben sich organisatorisch kräftig weiterentwickelt, so etwa die Wiener Gruppen, die sich nun zu einer gut 150 Aktivisten starken „Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke" zusammengeschlossen haben. Aber alle organisatorischen Fortschritte werden kurzlebig sein, und auf schwachen Füßen stehen wenn die Bewegung nicht ideologisch und politisch Schritt für Schritt ein höheres Niveau erreicht.

Das Monopol- und Finanzkapital will ab 1978 endlich Profite aus dem Strom vom Atomkraftwerk ziehen

Diese Absicht hat die Regierung in ihrem Bericht über die Nutzung der Kernenergie, der vor dem Sommer 1977 in der ersten Fassung herauskam, in Worte gekleidet. Es wird auch allen Ernstes und hartnäckig darauf Kurs genommen. So ist zu rechnen, daß die Propagandakampagnen der E-Wirtschaft und einzelner Ministerien, wie sie in den Kasernen und an den Schulen bereits in großem Stil entfaltet wurde, in noch mehr Bereiche aufgenommen werden noch mehr versucht werden wird, die Notwendigkeit des Atomkraftwerkbaus von der Warte der Bedürfnisse der österreichischen Kapitalistenklasse und die absolute Sicherheit des Atomkraftwerkes mit allen möglichen wissenschaftlichen Argumenten zu begründen. Besonders raffiniert ist gerade die sozialdemokratische Propaganda, die in die Arbeiterklasse hineinwirkt. Den verschiedensten bürgerlichen Theoretikern und Wissenschaftlern, die sich zu Sprechern und Befürwortern des Atomkraftwerkprogramms machen, muß fundiert entgegengetreten werden und der Kampf gegen revisionistische und reformistische Strömungen innerhalb und am Rande der Bewegung ständig geführt werden. Das alles zusammen, sowie die positive Darlegung der Ansichten der Kommunisten über die Entwicklung und die Fesseln der Produktivkräfte, ist auch die hauptsächlichste Art, um den Einfluß der verschiedenen kleinbürgerlichen Auffassungen und Strömungen innerhalb der Bewegung zurückzudrängen.

Die Arbeiterklasse gewinnen, die Front in den betroffenen Gebieten stärken!

Im praktischen politischen Kampf wird das erste Halbjahr 1978 sehr große Anforderungen an die Bewegung stellen. Die Dezember-„Solidarität" beschwört bereits den 'Besen der Gewalt' und soll offensichtlich unter den Massen den Boden dafür bereiten, daß die Staatsgewalt künftig härter gegen die Bewegung vorgehen wird.

Die Arbeiterklasse von der Bewegung abhalten, ja dagegen aufhetzen und vielleicht früher oder später sogar Unterstützungsaktionen für die Energiepolitik der Regierung inszenieren, das wird vor allem mittels des ÖGB verstärkt versucht. In den Gewerkschaften und unter der Masse der Arbeiter und Angestellten eine Front gegen die Atomkraftwerkspolitik aufzubauen, darauf muß die ganze Bewegung einen guten Teil der Kräfte und des Einsatzes verwenden.

23 Arbeiter und Angestellte bei Betriebsveranstaltung gegen AKW

Am 25. 11. fand in einem Gasthaus in Wien-Simmering eine Veranstaltung statt, organisiert von der Gruppe Großfeldsiedlung, zu der in einer kleinen Maschinenfabrik und in den Firmen Norma und Saurer über persönliche Kontakte geworben wurde. Es kamen 23 Arbeiter und Angestellte, leider aber niemand von Norma, da einige Betriebsräte dort eine Beteiligung von Kollegen verhinderten. Wir hielten kurze Referate über Funktionsweise und Gefahren von AKWs, Arbeitsplatzsicherung und IÖAG. Bereits während der Referate entwickelten sich lebhafte Diskussionen, bei denen technische und medizinische Fragen im Vordergrund standen. Nach der Veranstaltung fanden sich fünf Kollegen zusammen, die in einer Gruppe Simmering in den Betrieben Unilever, Saurer und Norma arbeiten werden.

Von seiten der IÖAG gibt es Pläne, für Anfang Februar eine gesamtösterreichische Gewerkschafterkonferenz vorzubereiten als deutlichen Ausdruck des wachsenden Widerstands in den Gewerkschaften und der Bereitschaft, gerade von den Fabriken, Kaufhäusern, Büros und Ämtern her die Kampffront entscheidend zu stärken und zu verbreitern und den ÖGB-Vorstandsbeschluß für die Inbetriebnahme zu Fall zu bringen.

Über die Möglichkeiten zur Einbeziehung der Arbeiterklasse wird auch an anderen Fronten des Klassenkampfes entschieden, ebenso wie die Entwicklung an diesen Fronten die Bedingungen des Kampfs gegen die Atomkraftwerkspolitik mit beeinflußt. Zwei Sachen stehen dabei in nächster Zeit im Vordergrund: Erstens, ob es gelingt, größere Protestaktionen gegen die geplanten Strompreiserhöhungen durchzuführen und damit unter anderem gerade auch die abenteuerliche Finanzierung des AKW-Programms und die Propagandalüge vom 'billigen Atomstrom' unter kapitalistischen Verhältnissen breit zu enthüllen und zu bekämpfen. Zweitens ist der Verlauf der großen Lohnrunden im Februar/März nicht unbedeutend für die gesamte Entwicklung des Klassenkampfes. So wäre ein beginnender breiterer Kampf gegen das Kernstück des Schlachtplans der herrschenden Klasse, gegen die Steigerung der Ausbeutung, ein wichtiger Schritt, um die flankierenden Maßnahmen (z.B. Strompreiserhöhung) besser zu erkennen, als auch alle jene Interessen, die die Kapitalistenklasse mit dem Atomkraftwerk verfolgt und absichern will.

Neben der Gewinnung der Arbeiterklasse für die Unterstützung und Teilnahme an der Bewegung hat die beharrliche Arbeit und die Entwicklung des Widerstands in den unmittelbar betroffenen Gebieten, im Tullnerfeld und Waldviertel, einen sehr großen Einfluß auf den Gesamtverlauf des Kampfes.

Weiter auf dem Weg des selbständigen Kampfes mit dem Hauptstoß gegen Staat und Regierung

In den nächsten Monaten stehen wichtige Maßnahmen und Vorentscheidungen auf dem Weg zur Inbetriebnahme an: Die Anlieferung der Brennelemente, eventuell neue Bohrungen im Waldviertel, die fortgesetzte Finanzierung des AKW-Programms auf dem Wege der Ausplünderung des Volkes durch die Strompreiserhöhungen, verschiedene Stufen des Probebetriebes des AKW Zwentendorf, die geplante Debatte über die Inbetriebnahme im Parlament. Keine der Fragen darf man und wird man die herrschende Klasse in Ruhe lösen lassen. Entscheidend wird es sein, gerade auch im Hinblick auf das große Spektakel im Parlament, Staat und Regierung von seiten der Bewegung weiter hartnäckig zu bekämpfen, sei es, sowohl im Zuge des Kampfes etwa gegen die Anlieferung der Brennelemente, oder sei es durch eine notwendige neuerliche konzentrierte und einheitliche Kampfaktion bereits im Frühjahr 1978. Je ungelegener der ausgewählte Zeitpunkt dafür für die Regierung fällt, desto vorteilhafter kann das für die Bewegung sein. Es war doch hervorragend, daß am Nationalfeiertag nicht die chauvinistische Vergiftung der Massen, sondern die Massendemonstration gegen das AKW-Programm im Vordergrund stand.

Im ersten Halbjahr 1978 wird viel davon abhängen, wie erfolgreich weiterhin der parlamentarische Betrug vor den Massen enthüllt und die öffentliche Meinung geschaffen wird, daß die Bewegung gegen das Atomkraftwerksprogramm auch nach irgendwelchen Beschlüssen des Parlaments für die Inbetriebnahme völlig zu Recht dagegen kämpft und Unterstützung verdient. Daß Regierung und Parlament, dem ganzen Staat entschieden streitig gemacht wird, über den Kopf und gegen die Interessen des Volkes die Inbetriebnahme einzuleiten.

Die hauptsächlichen Aufgaben für die nächste Zeit stehen also fest. Jetzt müssen sie angepackt und gelöst werden. Dann bestehen tatsächlich gute Aussichten auf die Verhinderung der Inbetriebnahme im nächsten Jahr. Je länger aber die Inbetriebnahme sich verzögert, desto mehr gerät die Regierung in eine bedrängte Lage, denn im Herbst 1979 stehen Nationalratswahlen an und sie wird das Atomkraftwerk kaum ein paar Wochen oder Monate vor den Wahlen in Gang setzen, da weiß sie zu gut um die Stimmung unter der Bevölkerung Bescheid.

Protestfahrt gegen das Volksgruppengesetz durch das gesamte gemischtsprachige Gebiet





Am Sonntag, den 4. Dezember beteiligten sich trotz Kälte rund 300 Menschen mit 85 Fahrzeugen an einer Demonstration, zu der die beiden slowenischen Zentralorganisationen aufgerufen hatten. Die Route führte von Bleiburg/Pliberk nach Egg/Brdo im Gailtal/Ziljska dolina, wo die Schlußkundgebung stattfand. Die Autos waren mit Transparenten wie „Weg mit dem Volksgruppengesetz", „Erfüllung des Artikel 7" und für die Rechte der Minderheiten" überklebt. Die Fahrt führte durch das gesamte zweisprachige Gebiet, bis zu seiner Grenze im Westen. Das Ziel der Demonstration, an der sich Arbeiter, Bauern, Lehrlinge sowie Studenten und Schüler aus dem gesamten gemischtsprachigen Gebiet beteiligen, war, zu dokumentieren, daß die Slowenen des gesamten in dieser Fahrt durchquerten gemischtsprachigen Gebietes die Erfüllung ihrer Rechte in allen Bereichen des öffentlichen Lebens fordern. Die Bevölkerung der durchfahrenen Gebiete wurde auf das entrechtende Volksgruppengesetz, die gerichtliche Verfolgung slowenischer Aktivisten und die Diskriminierung der Slowenen im täglichen Leben aufmerksam gemacht. Insbesondere in den slowenisch besiedelten Teilen des Gailtales stieß die Protest- und Informationsfahrt auf großes Interesse, dort hat es derartige Aktionen schon seit dem Krieg nicht mehr gegeben. Immer wieder kam es zu heftigen Diskussionen über die wirtschaftliche und politische Lage in Südkärnten.

Supermächte versuchen zu spalten – Arabische Völker ringen um Einheit

Das „Jahr des Friedens", das heuer von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion proklamiert worden ist, geht alles andere als „friedlich" zu Ende. Nach dem Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Jerusalem hat unter den Imperialisten hektische Aktivität eingesetzt.

Israel fürchtet die Möglichkeit eines gerechten Krieges der arabischen Staaten und der PLO gegen den Siedlerstaat, die mit dem Scheitern einer „Genfer Konferenz" akut wird. Deshalb lud Begin Sadat ein. Angenehm ist es für die Zionisten nicht gewesen. Ein arabischer Präsident kommt in das vom Zionismus besetzte Palästina und teilt den zionistischen Führern mit, daß sie zumindest ein Minimum der berechtigten Forderungen der arabischen Völker zu erfüllen haben. Das kann genutzt werden, um die innere Zersetzung Israles zu fördern. Freilich setzen Israel und die USA viel daran, die Reise Sadats zu nutzen für eine Aufwertung des illegalen, weil kolonialen, israelischen Gebildes. Selbstverständlich trachten sie jetzt danach, noch weiter vorzupreschen in Richtung auf ein Separatabkommen zwischen Israel und Ägypten.

Das ägyptische Volk hat eine heldenhafte Geschichte des Kampfes gegen Kolonialismus, Imperialismus, und Zionismus. Ein Teil seines Territoriums wird direkt von Israel besetzt gehalten, die Reichtümer des Landes versuchen die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, zu plündern, so gut es geht. Das ägyptische Volk ist bereit, gegen seine Feinde zu kämpfen. Es hat im Oktoberkrieg glänzende Siege errungen und in der Folge die russischen Ausbeuter aus dem Land geworfen, und es hat hervorragende Beiträge zur Sache der arabischen Einheit gegen ihre Feinde geliefert. Sadats Besuch in Jerusalem ist ein untaugliches Mittel, den Zionismus in seiner heutigen mißlichen Situation zum weiteren Rückzug zu bewegen, ein Versuch, der sich auf den Klassencharakter der ägyptischen Regierung zurückführen läßt. Daß Israel ihn zu nutzen trachtet, entspricht seiner Natur als Kettenhund des Imperialismus im Nahen Osten. Besonders rosig sind die Aussichten auf einen Erfolg der demnächst stattfindenden Kairoer Konferenz oder auf ein Separatabkommen zwischen Ägypten und Israel nicht. Das hat auch die US-Regierung bemerkt und daher die Verschiebung dieser Konferenz um eine Woche angeregt. Zu stark ist die Kampfeinheit der arabischen Völker und Länder mit dem palästinensischen Volk und der PLO an der Spitze in den letzten Jahren gewachsen, zu sehr ist Israel bereits isoliert – wie es sich erst vor zwei Wochen durch die Verabschiedung zweier UNO-Resolutionen gegen seine Besiedelungspolitik zeigte –, als daß die Drohung mit einem Separatabkommen realistische Aussichten hätte, bald in die Tat umgesetzt zu werden, wie es Carter beabsichtigt. Das entspricht auch dem strategischen Verhältnis dieser Supermacht zu ihrem erbitterten Rivalen, dem Sozialimperialismus, in der Welt, das gerade auch im Nahen Osten zunehmend und unübersehbar wirkt. Selbst Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien – also Länder, in denen die USA aufgrund ihrer ökonomischen Macht noch über relativ starken Einfluß verfügen, – haben erklärt, daß sie ihre Finanzhilfe an Ägypten für den Fall eines Separatabkommens einstellen würden. Schlecht steht es also um die Interessen der USA und ihre Erfolgsaussichten auf der Kairoer Konferenz.

„Es liegt im ureigensten Interesse der USA, daß im Nahen Osten eine neue Explosion verhütet wird. Eine wirkliche Entspannung kann aber nur durch eine Regelung herbeigeführt werden, die auf Recht und Gerechtigkeit beruht, in Zusammenarbeit mit der UdSSR, die schon immer dafür eingetreten ist.", droht demgegenüber der Sozialimperialismus („Neue Zeit", Nr.47) unverhohlen. Aufgrund seiner relativen ökonomischen Schwäche setzt er auf die Kraft seines Waffenmonopols und seiner militärischen Ausrüstung, und daher geht die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Supermächten in der Hauptsache von ihm aus. Rabiat setzt er alles daran, um Ägypten in der arabischen Welt zu isolieren und zu diskreditieren, damit seine Niederlage in diesem Land vergessen und wieder wettgemacht wird. Offen spekulieren die Revisionisten mit dem Sturz Sadats. „Wie sicher ist es für Sadat?" fragt die „Volksstimme" in der Hoffnung, daß er aus Jerusalem „möglicherweise nicht mehr als Präsident zurückkehrt"(30.11.). Subversion, Putsche, Sabotage und Erpressung – das war seit jeher das Vorgehen der Imperialisten, und das ist es besonders im Fall der Sowjetunion. Lauthals wirbt sie für ein sogenanntes „fortschrittliches arabisches Lager", um die arabische Kampffront aufzuspalten und ihre gierigen Finger hineinzukriegen. Kommt es unter den Bedingungen einer zutiefst gespaltenen arabischen Nation zum Krieg gegen Israel, so kann die SU umso hemmungsloser ihr Waffenmonopol ausnützen und damit erpressen. Unter solchen Bedingungen sind die Chancen auch erheblich gestiegen, daß dieser Krieg zur Zermürbung der teilnehmenden arabischen Länder führt und sie so weichgeklopft werden für den Sozialimperialismus.

Die Sozialimperialisten haben daher auch den Sonderbeauftragten der USA höhnisch abgewiesen, den Carter zu Geheimverhandlungen nach Moskau schickte, um die SU zu beschwichtigen. Die SU arbeitet fieberhaft an der Spaltung der arabischen Länder, und hetzt gleichzeitig zu einem Krieg, der für die arabischen Länder dann unter ungünstigen Bedingungen stattfände. Davon erhofft sich die Sowjetunion bedeutende Fortschritte im Kräfteaufstellen für den drohenden imperialistischen Krieg um Europa. Das hat es mit dem „natürlichen Verbündeten" auf sich, das ist die „Explosion", mit der die Russen drohen. Weitaus gefährlicher für den Kampf der unterdrückten Völker und des internationalen Proletariats gegen die Supermächte waren daher gegenüber der Kairoer Konferenz die Absichten, die hinter der Konferenz von Tripoli stecken. Die Spaltung der PLO sollte dort offen vollzogen werden, was sich schon in der Einladung verschiedener Widerstandsorganisationen ausdrückte. Ägypten sollte „wie Israel" verurteilt werden, und das „fortschrittliche arabische Lager", sollte endlich zustandekommen. Damit haben die Sozialimperialisten nur teilweise Erfolge erzielen können. Die versammelten Widerstandsorganisationen bekräftigten erneut ihr festhalten am strategischen Ziel der palästinensischen Revolution, ihre explizite Absage an die von der SU aus der Taufe gehobene UNO-Resolution 242 ist eine Schlappe für die neuen russischen Zaren. Das Einfrieren der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten stellt dagegen einen Teilerfolg des Sozialimperialismus dar. Noch gefährlicher ist die damit verbundene Hetze und Meinungsmache, die der Sozialimperialismus in die arabischen Länder und zwischen sie trägt. Spaltung der PLO, Niederreißen der arabischen Einheitsfront, Unterjochung der arabischen Länder mittels des Waffenmonopols, und „internationale Garantien" durch russische Truppen für die Grenzen Israels – das ist der Plan des Sozialimperialismus. Die Maßnahmen und Beschlüsse der PLO, Somalias, des Sudans, und Ägyptens zeigen, daß dieser Plan mehr und mehr durchschaut und bekämpft wird.

Erklärung des Genossen Mugabe

Fortsetzung von Seite 1

Der Einsatz französischer und amerikanischer Flugzeuge und die Verwicklung von Söldnern westlicher Länder macht diese Länder zu Komplizen im Völkermord und in der Bedrohung und Folter sowohl gegenüber dem Volk von Mozambique als auch dem von Zimbabwe. Die Beteiligung der USA und Großbritanniens bei der Durchführung dieser Verbrechen macht ihre „Prinzipien von friedlichen Verhandlungen", zur Farce, an deren Verfolgung die Welt glauben soll. Sie stehen als Verurteilte da, nicht bloß als Lügner, sondern auch als internationale Verbrecher, die keine Grenzen sehen bei der Verfolgung ihrer strategischen Pläne zur Sicherung ihrer imperialistischen und kapitalistischen Ziele.

Wenn die Angriffe der letzten paar Tage beabsichtigten, der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe, ZANLA, und der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, ZANU, in der Patriotischen Front das Rückgrat zu brechen, so sind sie ganz und gar gescheitert. Und der Feind weiß das. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir in Mozambique keinerlei militärische Lager unterhalten. Unsere Militärlager und -basen sind fest verankert in Zimbabwe, wo Tausende unserer Kämpfer sich verbreitet haben über die ganze Länge und breite des Landes und den Feind jeden Tag und jede Stunde verfolgen. (....)

Wir haben keinen Zweifel, daß die kürzlichen Angriffe darauf berechnet waren, nach Ansicht des Feindes günstige Bedingungen für die vorgelegte „interne Regelung" zu schaffen, für die Gespräche zwischen Ian Smith und den afrikanischen Marionetten im Land. Währenddessen sind derartige Gespräche nichts als Verrat an der Sache der afrikanischen Massen von Zimbabwe. (. . . .)

Endlich müssen diese fortgesetzten nackten und ungerechten Angriffe der Rebellenstreitkräfte von Ian Smith und seinen imperialistischen Herren gegen die Volksrepublik Mozambique gesehen werden als Versuche, die Regierung und das Volk von Mozambique dahin einzuschüchtern, daß sie ihre Bande der Freundschaft und Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe lösen. Wir sehen jedoch mit Genugtuung, daß die revolutionäre Erfahrung, die Linie und Überzeugung der Regierung und des Volkes von Mozambique unter der dynamischen Führung Präsident Samora Machels se gestählt haben in der vorbehaltlosen Unterstützung des Befreiungskampfes. Unsere revolutionäre Einheit ist gegründet und wird aufrechterhalten dadurch, daß wir gleiche Prinzipien und Ziele haben.

Das Jahr 1977 ist für unser Volk von Zimbabwe ein entscheidendes Jahr, in dem unser bewaffneter Kampf ganz neue Gestalt annehmen wird, welche Taktik der Feind auch immer einschlägt. Die Position des Feindes ist bereits schwach. Wir haben seine Streitkräfte bis zum äußersten angespannt, indem wir ihn mit unseren Operationen über das ganze Land angreifen. Zahlreiche Farmen sind verlassen, seine örtliche Verwaltung ist zusammengebrochen, seine Wirtschaft zerfällt, täglich erleidet er auf dem Schlachtfeld Verluste, täglich konsolidieren wir unsere Verankerung in den halb befreiten Gebieten. Wir können und werden nie verlieren, unsere Streitkräfte werden stärker als je zuvor, und die nächsten Tage unseres Kampfes werden klar demonstrieren, wer Rückschläge erleidet, wer dabei ist, zu siegen, und wer dabei ist, zu verlieren. Unsere Sache ist die Sache eines Volkes und ein Volk wird ganz sicher gewinnen. Smith steht vor der unausweichlichen Niederlage.

Vorwärts im revolutionären Kampf!
Vorwärts im Befreiungskrieg!
Der Kampf geht weiter!

R.G.Mugabe, Präsident der ZANU und Co-Führer der Patriotischen Front, Maputo, 3. November 1977

UNO- Kommission klagt an: Sowjetunion verletzt Embargo gegen Rhodesien

Im Jänner 1977 verfaßte der Rat zur Überwachung des Wirtschaftsembargos gegen Rhodesien bei der UNO einen umfassenden Bericht, in dem die Sowjetunion und andere RGW-Staaten angeklagt wurden, „regulären Handel" mit dem rhodesischen Kolonialregime zu betreiben. Eine von insgesamt vier Anklagen der britischen Regierung im Jahr 1976 erbrachte den ersten klaren Beweis, daß die Sowjetunion und osteuropäische Staaten Chrom aus Rhodesien importieren. Die Sowjetunion hat diese Anschuldigung zurückgewiesen (konnte damit aber nicht die Beweise entkräften); andere Staaten – DDR, CSSR und Bulgarien – zogen es gleich vor, nicht zu antworten. Als „natürlicher Verbündeter" der Völker fühlte sich der Kreml des öfteren bemüßigt, die USA wegen ihrer Chromkäufe in Rhodesien zu „verurteilen". Als die US-Imperialisten das sogenannte „Byrd Amendment Act" aufhoben (mit diesem Gesetz „erlaubte" sich die US-Regierung, den UN-Boykott „offiziell" zu durchbrechen), stellten die rhodesischen Siedler gelassen fest: „Es ist wieder das alte Spiel. Wir verkaufen an die Sowjetunion, und die Sowjetunion verkauft an die USA". (Neue Zürcher Zeitung, 19. 3. 77). Rhodesien ist der drittgrößte Chromproduzent der Welt. Die Sowjetunion als größter Chromproduzent will sich durch den Kauf des rhodesischen Chroms ein Monopol schaffen.

Umfangreich ist der Handel auch auf anderen Gebieten. Im oben genannten UN-Bericht heißt es, daß die rhodesische Handelsgesellschaft „Michelle Enterprises, Ltd." „Tabak und andere Landwirtschaftsprodukte ausführt, und dafür Chemikalien, Metall und landwirtschaftliche Maschinen aus Osteuropa einführt." Tabak ist eines der wichtigsten Ausfuhrprodukte der Siedler, was es ihnen bisher wesentlich erleichtert hat, ihr Schmarotzerdasein zu verlängern. Besonderes Interesse zeigt die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion an Zigaretten. Für ihre Ansprüche muß es rhodesischer Tabak sein, der wegen seiner hohen Qualität bekannt ist. Dieser Handel wurde von drei in Genf ansässigen Firmen abgewickelt, die speziell dafür augebaut wurden: „Comaisa", „Tobatrade" und „Contrex". Um vorzutäuschen, daß die Zigaretten in den USA oder Großbritannien hergestellt seien, wurden sie mit „einschlagenden" Namen wie „Benson&Hedges", „Pall Mall", „Lucky Strike", „Chesterfield", usw. versehen. „Eine spätere britische Note an den Überwachungsrat vom 15. 12. 76 gab an, daß die sowjetische staatseigene Handelsgesellschaft für Gemischtwarenhandel und die bulgarische staatliche Tabak-Handelsgesellschaft über eine Genfer Firma, die „Intrabex", in Verhandlungen getreten sind, um rhodesischen Tabak über die rhodesische Firma Tradeimpex zu kaufen. Zwei andere britische Noten benannten noch andere osteuropäische Staaten." (Herald Tribune, 11. 2. 77).

Bis zum 16. Dezember: Den zweiten Landrover!



Stand der Einzahlungen am 5. 12.

Ortsgruppe Wien	66.016,70
Verband Komm. Intellektueller	55.785,10
Marxistisch-Leninistische Studenten/Wien	30.133,00
Roter Schüler Bund	600,00
Wien insgesamt:	*152.534,80*
Ortsgruppe Linz	24.799,00
Ortsgruppe Salburg	19.601,42
Ortsgruppe Innsbruck	28.300,87
Ortsgruppe Graz	46.965,45
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt	13.071,95
Knittelfeld	4.731,12
Villach	2.240,00
Vorarlberg	997,90
Zentrale Einheiten	28.308,29
Sammlung von patriotischen Revolutionären in der Türkei	832,00
Einzeleinzahlungen	10.513,50
Insgesamt	*332.885,90*

Spendenkonto: Patriotische Front: CA–57: 56804

Stand am Grazer Fetzenmarkt: 3.800,- S

Die Ortsgruppe beteiligte sich am heurigen Grazer Fetzenmarkt mit einem eigenem Stand. Genossen und Sympathisanten hatten Bücher, Kleider und Antiquitäten gespendet, die wir verkauften. In zwei Tagen nahmen wir über 3.800.- Schilling ein.

Auf zwei Stelltafeln berichteten wir über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und über die Spendensammlung und riefen dazu auf, die Kandidatur des KB zu den Grazer Gemeinderatswahlen zu unterstützen. Wie sehr die Bourgeoisie die Propaganda der Arbeiterklasse fürchtet, sieht man daran, daß mehrmals die Marktaufsicht kam und verlangte, daß die Ständer entfernt werden. Laut Marktordnung sei politische Propaganda auf den Märkten nicht erlaubt. Da wir den Umstehenden erklärten, daß der bürgerliche Staat mit solchen Gesetzen jede Auseinandersetzung mit den Zielen der Arbeiterklasse dort, wo sich viele Menschen aufhalten, unterbinden will, und uns einige der Umstehenden zustimmten, mußte der Marktaufseher jedesmal wieder unverrichteter Dinge abziehen; die Stelltafeln blieben stehen. Ein Pensionist meinte, daß wir ganz recht hätten, uns nicht einschüchtern zu lassen. „Da die Spendensammlung für den Kampf in Afrika richtig ist, müssen die Wandzeitungen auch dableiben."



Um besser die Geschichte der Kolonisierung Zimbabwes und den Kampf seines Volkes zu propagieren, stellten Genossen ein Schattenspiel her, das schon auf einigen Veranstaltungen aufgeführt wurde. Beim Fest der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation im Vindobona-Heim und bei einer Veranstaltung der Sektion Wienerberg des Verbands Kommunistischer Intellektueller, zu der 50 Leute erschienen waren.

Kinder sammeln für Zimbabwe

Wir machten einen Stand zu Zimbabwe in einem Hof in Ottakring. Mehrere Buben und Mädchen zwischen 8 und 13 Jahren sammelten sich um uns. Sie lasen die Plakate durch, horchten uns zu, und das Zimbabwe-Kinderbuch gefiel ihnen sehr.

Dann fragten sie, und unterhielten sich: „Was ist der Volkskrieg?" Wir erklärten. „Woher sind die Weißen gekommen?" Aus England. „Dann sollen sie wieder dorthin zurück."

„Warum ist der weiße Herr da (Smith) nicht schon besiegt, die Schwarzen sind doch viel mehr?" Ein anderer: „Wenn der die Waffen hat!"

„Mein Vater hat zu Hause ein altes Gewehr, ich bringe es herunter und wir schikken es nach Afrika, für den Volkskrieg."

„Im Zimbabwebuch kämpfen die Kinder und Mütter, meine Mutter würde das nicht tun, sie mag den Krieg nicht." „Wenn meiner wer was tut, wehr ich mich auch."

Wir erklärten, warum die Befreiungsbewegung Landrover braucht.

Die Buben und Mädchen drehten ihre Taschen um und holten andere Kinder. Sie spendeten 5 Schilling und 20 Groschen.

Wir zeigten ihnen die Spendenergebnisse von Ottakring. Das machte sie sehr stolz: „Geht's, was, was hast'n von an Kaugummi, des is viel besser, Ottakring is für des!" Es wurden 3 Schilling und 50 Groschen zugelegt. Fast alles, was da war. „Haben sie keine Zettel, wir gehen in die Häuser und zum Greißler, die sind auch für so was!"

„Ich bringe Spielsachen und ein altes Grammophon für den Flohmarkt!"

Als eine Dame, die wir ansprachen, nicht für „so was" war, sagte ein Bub zu ihr: „Das muß sie doch interessieren, wenn dort Kinder mit 15 Jahren dafür zahlen müssen, wenn sie bei der Familie bleiben wollen."

Bei jedem, der vorbeiging, freuten sich die Kinder über Spenden und waren unzufrieden, wenn jemand nicht verstand, was *sie* wollten:

Daß man gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung doch überall kämpfen *muß*, und daß es ganz klar ist, daß viele auf der Welt, die zusammenhalten, das auch *können*.

Sektion Ottakring (VKI)



Haussammlung bei Schiffswerftarbeitern

Nachdem die Zelle Schiffswerft der Ortsgruppe Linz schon vor dem Betrieb gesammelt hatte, ging sie auch in die Werkswohnungen der Schiffswerft-Arbeiter, steckte Flugblätter und begann anschließend mit einer Haussammlung. Diese Haussammlung hat mittlerweile fast S 400,- erbracht, wobe sie erst ⅓ der Wohnungen besucht haben.

Besonders hervorzuheben sind bei der Unterstützung die ausländischen Kollegen gewesen, von denen ungefähr 20 je S 10,- beigesteuert haben.

Innsbrucker Studenten bilden Unterstützungskomitee

Mitte November bildeten sieben Studenten der Universität Innsbruck ein Komitee zur Unterstützung der Spendensammlung „Zwei Landrover für Zimbabwe". Das Komitee setzte sich die Aufgabe, das Sprechstück mit Dias „Kämpfe Zimbabwe" einzuüben und dabei eine möglichst umfassende politische Debatte über alle Fragen zur Lage und den Kampf des Volkes von Zimbabwe, über die Rolle der österreichischen Imperialisten, über die Verbindungen zwischen dem Kampf des Volkes von Zimbabwe und dem Kampf des österreichischen Volkes usw. zu führen, damit wir unsnach den Aufführungen alle an einer Debatte mit dem Publikum und an Gesprächen unter den Anwesenden voll beteiligen können. Wir wollen das Stück nämlich hauptsächlich im kleineren Kreis bei Spendenfesten, Jugendgruppen, Lesekreisen usw. aufführen.

„Kämpfe Zimbabwe" – Diskussion in Kramsach/ Tirol

In Kramschach in Tirol führte am 25. November ein Unterstützungskomitee im Rahmen eines kleinen Spendenfestes in einer Wohnung das Sprechstück mit Dias „Kämpfe Zimbabwe" auf. Die meisten der 14 Gäste kannten den Kampf des Volkes von Zimbabwe nur in der verlogenen Darstellung der bürgerlichen Massenmedien und waren auch mit der Politik des KB noch nicht in Berührung gekommen. Im Anschluß an das Stück entwickelte sich eine mehrstündige Diskussion. Die Form und das Ziel des Kampfes in Zimbabwe bildete den Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Debatte über die Ursache der Verhältnisse nicht nur in Zimbabwe sondern auch bei uns.

Obwohl in dieser Kürze in vielen Fragen sicherlich keine Übereinstimmung oder volle Klärung erzielt werden konnte, wurden 240.- Schilling für den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe gespendet und es war die einhellige Meinung der Anwesenden, daß ein derartiger Abend öfter stattfinden sollte.

„Terrorbekämpfung" auf der Universität:

Angriffe der Reaktion gegen Studentenbewegung sind nicht durchgekommen

„In Wirklichkeit zeigt gerade der Fall Palmers, wie wenig die fortschrittliche Bewegung mit diesem Terrorismus zu tun hat", heißt es in einem Flugblatt der Wiener MLS zu dieser Frage. Weiters wird gesagt: *„Kein denkender Mensch kann auch nur das geringste etwaige politische Ziel, eine wie auch immer zu beurteilende politische Absicht bei der Entführung entdecken. Im besten Fall wird hier ein Privatkrieg gegen einzelne Vertreter der Kapitalistenklasse geführt, ist es also eine Sache, die mit der fortschrittlichen Bewegung gegen den Kapitalismus nicht das geringste zu tun hat. Die Palmers-Entführung ist Ausdruck der Fäulnis und Zersetzung des kapitalistischen Systems. Die Art Terrorismus, wie in dem Fall Palmers, erwächst aus den reaktionären, verfaulenden Zuständen im Imperialismus. Er ist eine Art „aktive Verweigerung" dieser Zustände. Ein Weg zur Veränderung dieser Zustände ist er nicht, und eine Veränderung dieser Zustände wird von diesen „Terroristen" auch gar nicht angestrebt. Für die fortschrittliche Studentenbewegung gibt es denn auch keinen Grund haltzumachen, und sich mit der Frage des Terrorismus herumzuschlagen."*

In der Nacht zum 24. November wurden in der Schweiz die beiden Studenten Gratt und Kepplinger verhaftet. Einen Tag später erschien der „KURIER" schon mit der Schlagzeile: „Palmers-Entführung: Polizei griff in Wiener Linkskreisen durch – Sieben Verhaftete".

Die Umstände, die zur Verhaftung der beiden zwanzig- bzw. einundzwanzigjährigen Burschen führten, waren mehr als merkwürdig. Aufgefallen wegen eines defekten Auspuffs, zogen sie gegen Schweizer Sicherheitskräfte eine Waffe und hatten dann noch im Kofferraum, wie auf dem Präsentierteller, angeblich aus dem Palmers-Lösegeld stammende Banknoten im Wert von zwei Millionen Schilling bei sich. Sticht zwar der krasse Widerspruch zwischen der perfekten Planung und Durchführung der Entführung und dem dilettantischen Verhalten der Beiden bei ihrer Verhaftung, sofort ins Auge, so ließen die Zeitungen doch keinen Zweifel daran, daß man es hier mit wichtigen Beteiligten der Palmers-Entführung zu tun habe. Dies liegt aber vor allem daran, daß man es bei den Verhafteten mit Studenten zu tun hat, von denen einer sogar Studienrichtungsvertreter ist und man so eine wüste Hetzkampagne gegen die fortschrittliche Studentenbewegung und alles und jedes, was mit ihr auch nur in irgendeiner Weise in Zusammenhang zu bringen ist, beginnen konnte.

Die bürgerliche Presse schießt sich auf die fortschrittliche Studentenbewegung ein

Höhepunkt dieser Hetze war ein seitenlanger Artikel in der „Kurier"-Sonntagsausgabe vom 27. 11. „Die beiden verhafteten mußtmaßlichen Palmers-Entführer kamen aus dem linksradikalen Studentenmilieu" beginnt der Artikel. Groß ist über der Überschrift ein Foto von der Stipendienmonstration der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) abgedruckt. Ein weiteres Foto zeigt Plakate der Wiener Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation (MLS), der Wiener Initiativgruppe für die Rechte der Minderheiten sowie ein Plakat über den AYDINLIK-Informationsmonat in Wien (Bericht dazu auf Seite 13 dieser Ausgabe). Der Artikel nimmt die Tatsache, daß Gratt Studentenvertreter ist zum Ausgangspunkt, um von den „Terroristen" auf verschiedene fortschrittliche und demokratische Studentenorganisationen hinzuweisen. Mittels verschiedener, offensichtlich erfundener, Behauptungen und glatter Lügen stellt der „Kurier" fest, daß die Tätigkeit der fortschrittlichen Studenten eigentlich frontal gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet sei, von der die linksradikalen Studenten „Prügel bezogen" hätten. In diesem Zusammenhang scheut der „Kurier" nicht einmal davor zurück, das Wort 'Arbeiterklasse' zu verwenden, wenn es auch so ist, daß die „Kurier"-Besitzer und -Herausgeber dieses Wort sonst fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Im Abschluß des Artikels versteigt sich der Kurier, geschickt gedeckt durch den Zusatz, „einer aus der Hochschülerschaft weiß zu erzählen", sogar zu der unverschämten Lüge, die Funktionäre der fortschrittlichen Studentenbewegung würden in dreimonatigen Kursen im Ausland geschult. Als Beweis führt der Kurier einen Vertreter der MLS sogar mit Namen an.

Insgesamt sagt der Artikel, daß das „Terroristenproblem" in Wirklichkeit das Problem der radikalen Studenten ist, und versucht, die Arbeiterbewegung gegen die Studentenbewegung aufzuhetzen. Er versucht, ideologisches Terrain für Schläge des Staates gegen die Studentenbewegung vorzubereiten und gibt die Linie an, auf der der Staat in der Palmers-Frage vorzugehen gedachte.

Der Staat und die bürgerlichen Kräfte entfalten breite Einschüchterungs- und Unterdrückungstätigkeit an der Hochschule ....

Bereits in der Nacht der Verhaftung der zwei Studenten in der Schweiz begann der Apparat der Staatspolizei auf Hochtouren zu laufen. Sechs Studenten wurden sofort verhaftet, obwohl sie in keinerlei Zusammenhang mit der Palmers-Entführung standen, und darum, wenn auch oft Stunden nach Überschreitung der gesetzlichen Höchstfrist für ihre Festhaltung, wieder freigelassen werden mußten. Es gab etliche Überfälle auf Wohnungen, in den fortschrittliche Studenten wohnen. Diese Überfälle wurden von der Staatspolizei meist mitten in der Nacht und in vielen Fällen mit gezogener Waffe, verübt.

Bis zum heutigen Tag kann niemand etwas Genaues über die dunkle Tätigkeit der Staatspolizei in den letzten zwanzig Tagen sagen. Niemand kennt die genaue Zahl der Verhaftungen, niemand kennt die Namen der Verhafteten, niemand weiß genau, was mit den Verhafteten in Polizeigewahrsam geschehen ist, und wie lange sie tatsächlich festgehalten wurden. Bei den ungezählten Hausdurchsuchungen wurde eine große Menge an Adress- und Notizbüchern, an politischer Literatur und an Schreibmaschinen beschlagnahmt. Auf der Universität wurden bei verschiedenen Anlässen an verschiedenen Stellen Posten der Staatspolizei aufgezogen, die sich genaue Notizen über die Besucher verschiedener Veranstaltungen machten.

Die Hetze auf die fortschrittliche Studentenbewegung, die Polizeiaktionen gegen sie, gab den Vertretern der Bourgeoisie auf der Hochschule, den Universitätsleitungen und reaktionären Studentenorganisationen Rückenstärkung, die sie für Schläge gegen die Studentenbewegung zu nutzen versuchten.

Eine Woche nach der Verhaftung Gratts und Kepplingers gab es eine Pressekonferenz, auf der Rektor Komarek und einige ÖSU- und JES-Vertreter forderten, daß im Sinne des Universitätsorganisationsgesetzes (UOG) auf der Universität endlich ein Disziplinarrecht eingeführt werden müsse, damit man jederzeit Studenten, die sich an „illegalen" Aktionen beteiligten, vom Studium relegieren könne. Auch ein neues ÖH-Wahlrecht wurde gefordert, damit man endlich die Vertreter fortschrittlicher Studentenorganisationen aus den Organen der ÖH hinaussäubern kann.

> Die Hochschulbürokratie versucht gegenwärtig, gestützt auf die Hetzwelle gegen die Studentenbewegung, verschiedene reaktionäre Maßnahmen im Rahmen der Hochschulreform durchzubringen:
>
> **Ordnungsrecht:** Im Universitätsorganisationsgesetz ist vorgesehen, daß auf allen Universitäten interne Ordnungsrechte eingeführt werden, die dem Rektor die Möglichkeit geben, Studenten aus der Universität auszuschließen, politische Veranstaltungen zu verbieten, die Kritik in den Lehrveranstaltungen zu untersagen, und auch sonst „gemäß den Anforderungen eines störungsfreien Studienbetriebes" die Presse- und Versammlungsfreiheit auf den Universitäten einzuschränken.
>
> **Absetzbarkeit von gewählten Studentenvertretern:** Das Gesetz über die Hochschülerschaft soll so novelliert werden, daß der Staat Studentenvertreter, die sich etwas „Kriminelles" haben zu Schulden kommen lassen, einfach absetzen kann. Dafür soll nach dem Willen des Staates jede Verurteilung (bei Gratt sogar die Verhaftung) ein ausreichender Grund sein. Jeder Student kann sich an die Vielzahl der politischen Verfahren gegen Studentenvertreter erinnern, die es in den letzten beiden Jahren gegeben hat.

An der Hochschule selbst, war es meist die offen reaktionäre JES, die immer wieder versuchte die Situation auszunutzen. Im Zentralausschuß der ÖH legte die JES eine Resolution vor, die verlangte, die Polizei möge alle linken Organisationen überprüfen. Eine weitere JES-Resolution verlangte die sofortige Suspendierung von Gratt als Studentenvertreter. Die beiden Anträge zielten darauf ab, daß sich die ÖH praktisch öffentlich von fortschrittlichen, auch in ihr vertretenen Organisationen distanzierte, sowie darauf, den Boden vorzubereiten, um gewählte Mandatare der Studenten auf irgendeinen Verdacht hin absetzen zu können.

Beide Anträge wurden mit allen gegen die JES-Stimmen abgelehnt.

.... aber die Studenten wehren sich

Insgesamt kann man heute sagen, daß die Angriffe des Staates und der bürgerlichen Kräfte nicht durchgekommen sind, und in einigen Fällen sogar in direkte Niederlagen gemündet haben.

So zum Beispiel im Fall der Hörerversammlung der Studienrichtung Theaterwissenschaften, wo Gratt Studienrichtungsvertreter ist. Dort haben am 25. 11. die versammelten Studenten die sofortige Freilassung der bei Nacht und Nebel verhafteten Studenten verlangt und sich scharf gegen jedwede Art der Kriminalisierung der Studentenbewegung ausgesprochen.

Die bürgerlichen Zeitungen berichteten breit über diese Hörerversammlung – allerdings mit nichts als Lügen. Es wurde dargestellt, daß die Hörerversammlung für die Freilassung von Gratt und Kepplinger eingetreten sei und es wurde der Eindruck geschaffen, daß es sich bei den Theaterwissenschaftsstudenten allesamt allermindestens um „Mithelfer" handle. So wollte die Bourgeoisie erreichen, daß von vorne herein jedes offensive Vogehen gegen die Polizeitätigkeit gleichzusetzen sei mit „Terrorismus", wollte erreichen, daß niemand sich für solche Sachen eintreten traue, aus Angst davor, selbst für einen „Terroristen" gehalten zu werden.

Was war der Erfolg davon?

Auf einer zweiten Hörerversammlung der Theaterwissenschaften, die auf Drängen des JES-Studienrichtungsvertreters einberufen worden war, erschienen mehr als doppelt so viel Studenten wie auf der Versammlung vom 25. 11. Der anwesende JES-Studienrichtungsvertreter besaß tatsächlich die Unverschämtheit, von den Versammelten zu fordern, sie hätten sich vom Beschluß der Versammlung vom 25. 11. zu distanzieren und überdies solle jeder Teilnehmer dieser „Skandalversammlung" einen Offenbarungseid auf die demokratische Rechtsordnung ablegen.

Der Offenbarungseid wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, die Resolution vom 25. 11. wurde erneut abgestimmt – und mit überwältigender Mehrheit erneut beschlossen. Schließlich faßte die Hörerversammlung den zusätzlichen Beschluß, daß sich der JES-Vertreter von seiner öffentlich gemachten Behauptung, mehrere Studenten der Theaterwissenschaft wären in die Palmers-Entführung verwickelt, sofort zu distanzieren habe, oder deren Namen nennen solle. Sollte er jedoch tatsächlich Namen nennen, werde man unverzüglich die Verleumdungsklage gegen ihn einbringen. Im übrigen wurde diesem feinen Studentenvertreter mit überwältigender Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen.

Die Studienrichtungsvertretung Physik protestierte in einem Brief an den „Kurier" gegen die Verleumdungen gegenüber dem MLS-Vertreter; er ist nämlich selbst Physikstudent. Sie wies nach, daß sich die Berichterstattung außer auf glatte Lügen auf nichts gestützt hat.

Eine Hörerversammlung der Studienrichtung Philosophie beschloß eine Resolution gegen alle Einschüchterungs- und Erpressungsversuche und forderte die Entfernung der Polizei von der Universität. Sie forderte ferner die sofortige Auflösung des „Krisenstabes", dessen Existenz kurz zuvor aufgedeckt worden war, und in dem der Dekan, der Prodekan, ein Ministerialbeamte, zwei Assistenten und zwei ÖSU-Mandatare der Polizei Hilfsdienste leisten. Der ÖSU-Mandatar Schillhab, Polizeizuträger und selbst Mitglied des Krisenstabes, wurde bei Versuchen, die versammelten Studenten zu fotografieren, entdeckt, und sofort hinausgeschmissen. Selbst in einer Resolution des Zentralausschusses der ÖH wurde die Hetze der Zeitungen zurückgewiesen.

Tatsächlich gilt es jetzt, angesichts der verstärkten Bemühungen der Bourgeoisie, zur schärferen Unterdrückung der Studenten und zur reaktionären Formierung der Hochschulen, die in Wahrheit nichts als Abwehrmaßnahmen der Bourgeoisie gegen eine sich ankündigende revolutionäre Entwicklung sind, in die Offensive zu kommen.

Die Bedingungen dafür sind nicht schlecht. Der Plan der Verquickung des „politischen" Terrorismus mit der politischen Bewegung unter den Studenten hat auf der Universität im großen und ganzen eine Niederlage erlitten. Auch die Hetzartikel der bürgerlichen Zeitungen sind in letzter Zeit immer schaler und schaler geworden, um schließlich völlig zu verschwinden. Lügen werden eben auch dann nicht geglaubt, wenn man sie mit Gewalt zu verbreiten sucht.

Auf der anderen Seite hat gerade das Vorgehen des Staates die Scheußlichkeit und Verkommenheit der bürgerlichen Reaktion in den Vordergrund gestellt und viele Studenten haben daraus gelernt.

Puch/Thondorf: Innerbetriebliche Lohnerhöhung – Vorbereitungen auf einheitliche KV- Erhöhung sind notwendig

Mit 1.11 wurde im Puch-Werk eine Innerbetriebliche abgeschlossen.

Solche innerbetrieblichen Lohnverhandlungen werden in unserem Betrieb seit 1971 in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführt. Vergleichsrechnungen zwischen Einzel- und Gruppenakkord, „Neugestaltung" der Akkordfaktoren und Richtsätze und die „Überprüfung" des sogenannten Bewertungslohnschemas bei den Regiearbeitern stehen da auf der Tagesordnung.

Bei dieser innerbetrieblichen Lohnverhandlung war schon allein die Tatsache, daß es überhaupt Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Werksleitung gegeben hat, für die meisten Kollegen überraschend; hinter fest verschlossenen Türen ist da gearbeitet worden, die ganze Belegschaft wurde nur mehr vor die vollendeten Tatsachen gestellt:

– Keine Erhöhung der Akkordfaktoren und Richtsätze, wegen der „angespannten wirtschaftlichen Lage unseres Betriebes".

– Bruttolohnerhöhung um S 1,30 pro Stunde für Regiearbeiter, rückwirkend ab 1.7.77.

– Ausgabe von 250 Leistungspunkten für diejenigen Zeitlöhner, die nach zwei Jahren Arbeit am gleichen Arbeitsplatz noch keine zusätzlichen Punkte bekommen haben (ab 1.7.77).

– Bruttolohnerhöhung von S 3,25 pro Stunde für Akkordarbeiter mit mehr als 35 Dienstjahren (ab 1.11.77).

– Weiterzahlung des höheren Akkordlohns bei Wechsel des Arbeitsplatzes bis zu zwei Monaten.

„Das ist völlig unzureichend!"

war die spontane Empörung vieler Kollegen. Einige erkannten, daß diese Innerbetriebliche nur ein Köder ist, auf den sie hereinfallen sollen, und der den Puch-Kapitalisten noch dazu einen Pappenstiel kostet.

S 1,30 pro Stunde, das sind ca. S 150,- netto pro Monat mehr im Lohnsackerl – aber nur für die Regiearbeiter. Der größte Teil der Belegschaft, die Akkordarbeiter, wurden, wie schon bei der Innerbetrieblichen im Frühjahr 1977, mit dem frechen Satz abgespeist: „Die Erhöhung der Akkordfaktoren und Richtsätze mußte auf Grund der angespannten wirtschaftlichen Situation unseres Betriebes zurückgestellt werden!" Der größte Hohn jedoch ist die Lohnerhöhung um S 3,25 für diejenigen Arbeiter, die bereits 35 (!) Dienstjahre haben. (Das sind derzeit 82 Arbeiter, also ganze 1,7 % der Puch-Arbeiter!) Ein Kollege meinte dazu nur: „35 Dienstjahre im Akkord, das schaffst du nicht, da liegst schon längst im Grab!"

Dem Reallohnverlust seit dem letzten KV-Abschluß, der durch die Preissteigerung längst aufgefressen ist, hat diese Innerbetriebliche nicht aufgehalten.

Vor allem bewirkte die Steigerung der Ausbeutung, die längere und schnellere Arbeit, daß die Arbeiter immer mehr einkaufen müssen, um durchzukommen. Die laufende Steigerung der Akkordhetze bewirkte, daß Akkordarbeiter für Aufputschmittel (vor allem Kaffee) doppelt soviel ausgeben wie früher. Dazu meinte eine Akkordarbeiterin: „Früher ein Kaffe in der Früh, einen nach der Arbeit. Heute: ein Kaffe in der Früh, einen in der Pause, und zwei nach der Arbeit – nur so schaff ich die Hausarbeit am Abend!"

Durch die planlose und chaotische Entwicklung der Großstadt Graz einerseits und des süd- und oststeirischen Raumes andererseits, durch die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, dehnte sich das Pendlerwesen immer mehr und schneller aus. Dadurch ist eine immer größere Masse von Puch-Arbeitern zum Kauf eines PKW praktisch gezwungen. Diese Ausweitung der Warenmasse, die in die Erhaltungskosten der Arbeitskraft eingehen, ist es auch, die in keine Reallohnberechnung einbezogen ist und auch durch keine Lohnerhöhung der letzten Jahre (auch nicht durch die jetzige innerbetriebliche) abgedeckt ist.

Das ist die schleichende Verelendung, über die sich die ganzen bürgerlichen Reallohn-Rechenkünstler verlogen hinwegturnen. Dazu kommen noch direkte Lohnverluste, die sich u.a. bei den Versetzungen auf andere Arbeitsplätze ergeben.

Lohnverluste bis zu S 20,- pro Stunde!

Der größte Teil der Arbeiter im Autobau wurde ab Sommer 1977 von ihrem Akkordarbeitsplatz in der Pinzgauer-Montage in den Versand versetzt. Wegen mangelnder Auftragslage ist diese Abteilung heute praktisch stillgelegt, nur mehr 4 Stück werden pro Tag produziert, statt wie früher 12 bis 15. Auf Grund dieser Versetzungen ergibt sich bei den Kollegen vom Autobau (nach Weiterzahlung des höheren Akkordlohns bis zu 2 Monaten) ein Lohnverlust bis zu S 20,- pro Stunde. Gleichzeitig werden die Arbeiter, die im Autobau bleiben, noch mehr angetrieben. Wie Betriebsratsobmann Hammerl auf der Betriebsversammlung am 28. 11. erklärte, haben inzwischen das Bundesheer bereits wieder 200 und ein afrikanischer Staat 300 Pinzgauer in Auftrag gegeben.

Aber nicht nur ein saures Zuckerl ist diese Innerbetriebliche. Untrennbar damit verbunden ist eine enorme Spaltung: Die Akkordarbeiter sollen auf die Zeitlöhner neidig werden, die Zeitlöhner sollen auf die Akkordarbeiter schimpfen, weil sie „unzufrieden" sind, ältere und jüngere Arbeiter sollen sich nicht zusammenschließen können; die Arbeiter aus dem Autobau sollen sich nicht einigen mit den Arbeitern aus anderen Abteilungen; unter den Zeitlöhnern selbst soll sich eine Konkurrenzschlacht um einzelne Punkte entwickeln – kurz und gut: Die Arbeiter sollen in ihren eigenen Kollegen ihre Feinde sehen, und nicht einheitlich und geschlossen gegen ihre wahren Feinde, die Kapitalisten, kämpfen – das ist der Wunschtraum der Konzernherrn und ihrer Lakaien.

Ausreichende Grundlohnerhöhung in Schilling und Groschen für alle!

Das ist die Losung, mit der bereits einige Kollegen im Betrieb die kommenden KV-Verhandlungen vorbereiten und dem unzureichenden und spalterischen Abschluß der Innerbetrieblichen entgegentreten. Achten wird man müssen auf Versuche, die Innerbetriebliche auf die KV-Erhöhung anzurechnen, wie das letztes Mal der Fall war.

Eine der wichtigsten Fragen für den Zusammenschluß der Puch-Arbeiter hinter dieser Losung ist, wie gut man den sozialdemokratischen Argumenten von der „Arbeitsplatzsicherung" entgegentreten kann. Die Zelle Puch des KB schreibt dazu in einem Flugblatt: „Wie verlogen diese Argumentation doch ist. In Wirklichkeit ist es ja so, daß trotz Reallohnabbau der Beschäftigtenstand des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns von 18.479 im Jahre 1974 auf 16.542 im Jahre 1976, also in zwei Jahren um fast 2.000, gesunken ist. (Dabei sind die Entlassungen im heurigen Frühjahr im Steyr-Werk noch nicht eingerechnet!)". Das Geschwätz von der Arbeitsplatzsicherung ist also wirklich nur Geschwätz und will uns nur „gemeinsame Interessen" mit den Kapitalisten einreden.

Zelle Puch/ OG Graz



Karl Marx
Lohn, Preis und Profit
88 Seiten, Preis S 3,50

Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Kapsch/Wien: Jede Art des Einarbeitens geht auf Kosten der Arbeiter

In der letzten Nummer des „Klassenkampf" wurde der Bericht der Zelle Kapsch über die Auseinandersetzungen bei Kapsch über das Einarbeiten der ersten Jännerwoche mit der Überschrift „Diese Art des Einarbeitens geht auf Kosten der Arbeiter" versehen. Wir meinen, daß dieser Titel falsch ist, da er suggeriert, daß es eine andere Art des Einarbeitens gibt, die nicht auf Kosten der Arbeiter geht. Das ist aber nicht der Fall. Über die nachteiligen Folgen des Einarbeitens haben wir im genannten Artikel berichtet. Diese nachteiligen Folgen werden von den Arbeitern überhaupt nur in Kauf genommen, weil der Urlaub heute nicht mehrt ausreicht. Für den einen oder anderen mag das Einarbeiten angesichts der Urlaubsmisere als das kleinere Übel erscheinen. Aber diese Rechnung mit dem kleineren Übel geht nicht auf. Ist es doch so, daß der Versuch, sich über den Weg des Einarbeitens mehr Urlaub zu holen, den Aufbau einer Kampffront um mehr Urlaub behindert; einer Front, deren Aufbau angesichts der ständig steigenden Arbeitshetze dringend notwendig wäre.

Und ist weiters so, daß die Kapitalisten mit jeder Form des Einarbeitens eine weiteres Mittel in der Hand haben, den Achtstundentag und die Vierzigstundenwoche zu umgehen. Eine gesetzlich geschützte Normalarbeitszeit bedeutet für die Arbeiterklasse eine gewisse Schranke für die Steigerung der Ausbeutung und ein Mittel, um der Spaltung entgegenzuwirken. Darum ist den Kapitalisten dieser gesetzliche Schutz ein Dorn im Auge. Er hat nur im Kampf gegen sie durchgesetzt werden können und ist auch von einem wirklichen Schutz noch weit entfernt. Das Arbeitszeitgesetz ist nicht auf den Schutz des Achtstundentages, sondern auf die Festlegung der Ausnahmen vom Achtstundentag ausgerichtet. Die Kapitalisten haben es weitgehend in der Hand, Überstunden zu verordnen; und sie machen weidlich davon Gebrauch. Beim Einarbeiten besteht zwar Zustimmungspflichtigkeit der Betriebsräte bzw Arbeitnehmer, aber der berechtigte Wunsch nach mehr Urlaub führt immer wieder dazu, daß auch über das Einarbeiten vor allem die Kapitalisten verfügen können. Im Zuge der Krisenpolitik der Bourgeoisie soll der Schutz der Arbeitszeit noch weiter gelockert werden. Schrankenlose Verlängerung des Arbeitstages das ist das Ziel der Kapitalistenklasse. Schutz des Achtstundentages und der Vierzigstundenwoche, mit Blickrichtung auf Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden, das muß die Antwort der Arbeiter sein. Das schließt sowohl das gesetzliche Verbot der Überstunden als auch des Einarbeitens ein. Solche Forderungen sind nicht von heute auf morgen durchzusetzen, und nicht nur auf die Belegschaft in einem Betrieb gestützt. Was aber in einigen Betrieben heute schon als Kampflosung zur Diskussion steht, das ist eine Verbesserung des Einarbeitungsverhältnisses auf 1:1,5 bzw 1:2. Diese Forderungen zielen insofern auch auf den Schutz des Achtstundentages ab, als sie erstens der von den Kapitalisten angestrebten Verlängerung des Achtstundentages Schranken setzen und zweitens den Kapitalisten den Appetit darauf verderben, das Einarbeiten als Mittel der Verlängerung des Arbeitstages zu benutzen. Sie bedeuten aber auch einige zusätzliche Urlaubstage bzw -stunden, die nicht eingearbeitet werden und weisen daher auch in die Richtung mehr Urlaub. Aber auch diese Form des Einarbeitens kann nur ein Teilziel im Kampf um mehr Urlaub und den Schutz der Normalarbeitszeit sein.

Zelle Kapsch

VÖEST- Umschulung/Linz: Getarnte Kurzarbeit mit Lohnverlusten

Die auf die VÖEST-Arbeiter zukommende „Umschulungs"aktion entpuppt sich immer mehr als eine reine Kurzarbeit. Von Seiten der bürgerlichen Gewerkschaftsfraktionen wird versucht, die konkreten Maßnamen – von denen alleine im Werk Linz ca. 10.000 Arbeiter betroffen sein werden – möglichst geheim zu halten. So erfahren die Arbeiter oft nur über Umwege, was auf sie zukommt.

Bis jetzt ist bekannt, daß die Umschulung zu Jahresende von 24.12.77 bis 2.1.78 stattfindet. Davon sind aber nur vier Tage offiziell Umschulungstage, und zwar von 27. bis 30.12.

Die Schulung erfolgt durch den Rundfunk. Für eine kleine Zahl von Vertrauensleuten, Meistern usw. wird im Werk eine 4-stündige Schulung durchgeführt. Der Großteil der Werktätigen wird verpflichtet am Umschulungstag, der vorher bekannt gegeben wird, vormittags und nachmittags je eine halbe Stunde die ausgestrahlten Schulungssendungen zu hören. Zusätzlich bekommt jeder eine Broschüre mit nach Hause. Zur Kontrolle, ob die Sendungen tatsächlich gehört wurden, müssen Fangfragen schriftlich beantwortet werden. Kann einer Fragen nicht beantworten, so droht ihm eine weitere Kürzung des Lohns durch Streichung der Unterstützungsgelder aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung. Jedem der betroffenen Hüttenbetriebe wird ein Schulungstag zugeteilt. Diese eine Stunde Schulungszeit per Radio soll die Rechtfertigung sein für eine Woche Zwangsurlaub. Denn daß kein Arbeiter dadurch eine bessere Qualifikation erreichen kann, ist offensichtlich.

Die Hüttenbetriebe werden die ganzen Weihnachtsfeiertage bis zum Silvesterwochenende stillgelegt. Diese ganze Woche gilt als „Schulungszeit". Das bedeutet für die 3-Schicht-Arbeiter den 30%igen Lohnverlust für eine ganze Woche. Für die 4-Schicht-Arbeiter, die normalerweise durchlaufend Schichtturnus haben, ist die Lohnkürzung noch schärfer. Sie verlieren die Zuschläge an Feiertagen von 200% und die an Sonntagen von 100%.

Die ganze Schulungsaktion zwingt die Arbeiter also zur Wahl zwischen zwei Übel: entweder nehmen sie daran teil, dann haben sie erhebliche Lohnverluste, oder sie nehmen nicht teil, und müssen Urlaubstage opfern. Entscheidet man sich für Lohnverlust, so sind das 800 bis 1.000 Schilling im Monat Dezember.

In der Hütte Donawitz wird ebenfalls noch vor Jahresende die „Umschulung" begonnen. Für rund 800 Arbeiter des Feinwalzwerkes und der Gießerei findet die Umschulung von 27.12.-30.12.77 und vom 2.1.-5.1.78 statt.

Der Arbeiterbetriebsrat hat die Forderung nach vollem Lohnausgleich während der Umschulungszeit beschlossen.

Beispielloser Lohnraubabschluß bei den Handelsangestellten

Fortsetzung von Seite 1

del, lauteten ursprünglich auf 8,5%-Erhöhung, aber S 450,- mindestens. Außerdem Aufrechterhaltung der Überzahlungen und einige arbeitsrechtliche Verbesserungen, über die selbst die Gewerkschaftsmitglieder im Unklaren gelassen wurden. Schon die Höhe der Ausgangsforderungen sowie das Begnügen mit der Aufrechterhaltung der Überzahlungen, nicht aber ihre entsprechende Anhebung, zeigen, daß die Gewerkschaftsführung auf der Linie der „Rücksichtnahme auf die Wirtschaft" angetreten ist. Von Anfang an hatte sie nicht den konsequenten Kampf für die Erhaltung des Reallohnniveaus und die Mobilisierung der Handelsangestellten und -arbeiter dafür im Sinn.

Der Gang der Verhandlungen war dann geradezu ein Musterlehrstück für die Vorbereitung des jetzigen scharfen Lohnraubabschlusses von allen Seiten. So haben die Vertreter des ÖGB bereits im Rahmen der Paritätischen Kommission mit Kapitalisten- und Regierungsvertretern einen „Maßhalteappell" mitbeschlossen, der nichts als Einschüchterung und Druck auf die Masse der Arbeiter und Angestellten ausüben kann und die Dreieinigkeit von Kapitalisten, Regierung und ÖGB-Bonzen für den Kurs des Lohnabbaus und der gesteigerten Ausbeutung ausdrückt. Mittlerweile ist auch die sogenannte Benya-Formel, die sowieso schon lange nicht mehr gestimmt hat, offiziell revidiert worden und hat der Gewerkschaftspräsident erklärt, gegenüber der Vollbeschäftigung „haben eben Wirtschaftswachstum, Reallohnsteigerung und ausgeglichene Zahlungsbilanz Nachrang."

Bei 5,8%-Abschlüssen wird es auch für Benya schwer, von Reallohnsteigerung zu reden. Außrdem erklärt der ÖGB-Präsident, mit solchen Äußerungen frank und frei, daß er den Handels-KV-Abschluß unterstützt und macht den Chemie- und Metallkapitalisten schon heute den Mund wäßrig.

Der Verlauf der Verhandlungen um den Handels-KV bestätigt, daß die Gewerkschaftsführung von vornherein auf ein weitgehendes Nachgeben gegenüber den Kapitalistenvertretern eingestellt war.

So wurden auch die geforderten 8,5% bzw. mindestens 450,- S als Verhandlungsgrundlage und nicht als unterste Grenze des Vertretbaren präsentiert. Gleich am zweiten Tag ist die Forderung auf 7,5% reduziert worden, „um überhaupt einmal die Verhandlungen in Gang zu bringen". (Laut Kollegen Wurm, Tiroler Landessektionsobmann und Mitglied des Verhandlungskomitees). Die Kapitalisten haben also auf stur geschalten, und statt diese empörende Verhaltensweise breit bekanntzumachen, sind die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer kleinlaut gleich mit ihrer Forderung heruntergegangen.

Die Kapitalisten boten in dieser Situation 4,5% ab 1. April, keine Aufrechterhaltung der Überzahlungen. Die arbeitsrechtlichen Forderungen der Gewerkschaft sind für die Kapitalisten „nicht einmal Diskussionsgegenstand". Stattdessen wollen sie direkt Verschlechterungen, wie etwa die Verkürzung der Behaltepflicht für Lehrlinge von 4 auf 3 Monate.

Der Gewerkschaftsführung bleibt nicht viel übrig, als die Verhandlungen abzubrechen und mit Streik zu drohen – nicht für die Durchsetzung der eigenen Forderungen, sondern für die Rückkehr der Kapitalisten an den Verhandlungstisch mit einem akzeptablen Angebot. Ausdrücklich und absichtlich wird von seiten der Gewerkschaftsführung die Propagierung der S 450,- Mindest-Forderung vermieden bzw. verhindert.

Nach Abbruch der Verhandlungen wird in Wien eine Betriebsrätekonferenz einberufen, in der Steiermark konstituiert sich ein Streikkomitee, in Linz findet eine Protestversammlung statt und ebenso in Innsbruck am 25. November eine mit 150 Teilnehmern.

Die Gewerkschaftsführung merkt, daß es vielen Kollegen ernst ist mit der Vorbereitung eines Streiks und unter diesem Druck kommt es beispielsweise in Innsbruck eine Woche vor dem geplanten Streiktag durch die GPA-Ortsgruppe, Sektion Handel, zu einer breiten Flugblattverteilung mit der Forderung nach 7,54 ab 1.1.78 darauf sowie der Losung am Schluß: „Handelsangestellte wehrt Euch! Kampfmaßnahmen nötig!"

Am 25. November weiß auf der in Linz stattfindenden oberösterreichischen Fachgruppentagung der Spediteure der Gewerkschaftslandessekretär Urban zu berichten, daß im Handel von seiten der Gewerkschaft ein rascher Abschluß angestrebt werde, und zwar möglichst am 2. Dezember mit 6% und gleichbleibenden Überzahlungen. Bereits damals erwähnte Urban die Mindestforderung nicht mehr.

Diese Äußerungen bestätigen, daß die Gewerkschaftsführer die Streikdrohung nie ernst nahmen und auch – soweit uns Meldungen vorliegen – keinerlei umfassende Streikvorbereitungen unternahm. Zu ernsthaften Schritten in dieser Richtung kam es offenbar lediglich dort, wo von seiten der Masse der Gewerkschaftsmitglieder darauf gedrängt wurde und selbständige Initiativen gesetzt wurden.

So konnten sich die Kapitalisten gute Chancen ausrechnen, die Gewerkschaftsführung noch vor dem geplanten Streiktag zu einem Abschluß zu zwingen. Die eine oder andere Konzession der Kapitalisten beim Abschluß erklärt sich natürlich daraus, daß sie den Umsatz eines ganzen Samstages vor Weihnachten auch nicht teilweise riskieren wollten.

Der Abschluß selbst wurde nach vierzehnstündigen Verhandlungen am 1. Dezember in der Früh, ein paar Stunden vor einer Betriebsräteversammlung zur Vorbereitung des Streiks am 3. Dezember bekanntgegeben. Das war wohl der einzige Weg, um den Streik noch abzuwenden. Die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer haben die Interessen der Angestellten und Arbeiter im Handel mit Haut und Haaren an die Kapitalisten verkauft.

Für die Kapitalisten ist der neue Handels-KV ein erfreuliches Signal. Es wird sie zu noch härterem Vorgehen bei den kommenden Lohnrunden anstacheln. Für die Arbeiterklasse ist der neue Handels-KV ein warnendes Signal.

Wir haben an einigen Beispielen nachgerechnet, was die Arbeiter und Angestellten des Handels vor und nach dem Abschluß brutto, ohne Lohnsteuer- und Sozialversicherungsabzüge, bekommen. Die angenommenen Überzahlungen entsprechen den uns bekannten Beträgen.

Bei den Handelsarbeitern macht die 5,8 %-Erhöhung in der höchsten Lohngruppe, 5b, S 362,- brutto aus. Der zur Debatte stehende Mindestbetrag, von der Gewerkschaftsführung dann fallengelassen, betrug S 450,-.

Beispiel 1: Handelsangestellter, in der Beschäftigungsgruppe 2, in die die meisten fallen, z. B. die Verkäufer.

1. Berufsjahr jetzt	1. Berufsjahr 1.1.78		15. Berufsjahr jetzt	15. Berufsjahr 1.1.78
4.710,-	4.983,-	KV	7.280,-	7.702,-
800,-	800,-	Überzahlung	1.000,-	1.000,-
5.510,-	5.783,-	brutto	8.280,-	8.702,-

Beispiel 2: Handelsarbeiter, Lohngruppe 7a, in der sich die meisten Frauen befinden.

Beispiel 3: Handelsarbeiter, Lohngruppe 5b, LKW-Fahrer, 10 Jahre Betriebszugehörigkeit

Beispiel 2 jetzt	Beispiel 2 1.1.78		Beispiel 3 jetzt	Beispiel 3 1.1.78
4.850,-	5.131,30	KV	6.240,-	6.602,-
1.000,-	1.000,00	Überzahlung	1.200,-	1.200,-
5.850,-	6.131,30	brutto	7.440,-	7.802,-

Abschluß bei den Zeitungsangestellten

Die Lohnverhandlungen der kaufmännischen Angestellten im Zeitunsbereich wurde mit einer Gewerkschaftsforderung von 11,5 % und mindestens S 1.050,- eröffnet. Am 22.11. ist mit 7,5 % und S 520,- mindestens abgeschlossen worden. Der Abschluß gilt ab 1. Dezember, das sind 13 Monate nach Ablaufen des letzten Vertrages und die Kapitalisten haben beim neuen KV eine Geltungsdauer von 18 Monaten durchgesetzt.

Die Mindesterhöhung von S 520,- wird für die unteren 2 Lohngruppen wirksam. Ab 25 Dienstjahren wurde der Urlaub auf 39 Tage, 4 Tage mehr als bisher, festgelegt; die Abfertigung auf eine Höhe von 14 Gehälter. Nach dem neuen KV werden die Lehrlinge im 1. Jahr 40 %, im zweiten 55 % und im dritten Lehrjahr 75 % der KV-Gehälter bekommen.

KV- Forderung der Gewerkschaften der Textil- und Bekleidungsarbeiter

Die Lohnverhandlungen der Textilarbeiter wurden, so wie schon die der Handelsangestellten, durch den Umweg über die Große Paritätische hinausgeschoben. Seit Ende November, der KV ist im Oktober bereits ausgelaufen, wird jetzt über die Forderungen debattiert. Die Kapitalisten haben eine Lohnerhöhung unter der Inflationsrate und ab 1. 4. 1978 angeboten. Die Gewerkschaft fordert eine Ist-Lohnerhöhung von 9 Prozent und 11 % auf den KV-Lohn.

Am 30. 11. erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Steinle gegenüber dem Bourgeoisblatt „Presse", das Angebot sei zu niedrig, man wolle aber „im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht Stellung nehmen", und bei den Verhandlungen werde sicher ein Kompromiß gefunden werden.

Die Gewerkschaft der 28.000 Bekleidungsarbeiter hat sich den Forderungen der Textilgewerkschaft angeschlossen. Die Verhandlungen wurden am 2. 12. aufgenommen. Die Kapitalisten haben die Forderung als „illusorisch" bezeichnet und wollen sie nicht freigeben. „Man rechnet daher damit, daß der Lohnantrag an die Große Paritätische verwiesen werde . . . " („Presse", 30.11.)

Sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbotes für Erol Sever!

Fortsetzung von Seite 1

und für den Sieg des Sozialismus unter vielen fortschrittlichen Menschen angesehen, sondern auch durch seinen langjährigen Einsatz für die Rechte der ausländischen Arbeiter hier in Österreich und durch seinen Kampf gegen Imperialismus und Reaktion in der Türkei.

Er war einer der Mitbegründer eines der ersten türkischen Arbeitervereine in Wien, vor sieben Jahren. Seine Freunde und er organisierten für ausländische Arbeiter in Wien Übersetzungshilfe und andere Unterstützungen, wenn diese sich im Dschungel der bürokratischen Kontrolle durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Fremdenpolizeigesetz zu verstricken drohten.

Beständig prangerten sie die Polizeiwillkür gegen ausländische Arbeiter an. Die gesamte Arbeit zielte auf die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse durch die Entrechtung der ausländischen Arbeiter und auf die Herstellung der Einheit der gesamten Arbeiterklasse im Klassenkampf. Die österreichische Polizei lud ihn x-mal vor, um ihn unter Druck zu setzen.

Zugleich wurde er in Österreich von Agenten der türkischen Geheimpolizei bespitzelt.

In den letzten Monaten und Wochen hat sich der Kampf gegen die Entrechtung der ausländischen Arbeiter, gegen die „Fremdarbeiterhetze" und für die Einheit der Arbeiterklasse in Österreich zu entwickeln begonnen. Der Aydinlik-Informationsmonat, die Demonstration am 25.11. und die entschiedenen Proteste gegen die Verhaftung von Kani Kundaklar haben dies praktisch gezeigt. Die Polizeimaßnahmen, die laufenden Abschiebungen von Hunderten von ausländischen Arbeitern und die schikanöse Behandlung der ausländischen Arbeiter werden ans Licht der Öffentlichkeit gebracht.

Auf der anderen Seite intensiviert die Bourgeoisie die rassistische Hetze und intensivieren die Kapitalisten ihre Bemühungen, in- und ausländische Arbeiter gegeneinander zu hetzen und die Spaltung in der Arbeiterklasse zu vertiefen. Dazu sind sie gezwungen durch die Entwicklung der objektiven Verhältnisse, durch die Vertiefung der kapitalistischen Krise und die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz. Dabei kommt ihr die wachsende Aufmerksamkeit vieler Arbeiter für die Lage der ausländischen Arbeiter ungelegen, dabei muß sie sich dem Aufschwung des Kampfes für die Rechte der Ausländer entgegenstellen.

Die Ausweisung eines der Führer der Bewegung für die Rechte der Ausländer ist ein scharfer Angriff auf die Arbeiterklasse. Nützen wird es der Bourgeoisie nichts, die Vorstellung, daß sie mit dieser Bewegung fertig wird, indem sie einen ihrer Führer einfach aus dem Land weist, ist lächerlich.

Ganz im Gegenteil kann sich dieser Schlag in sein Gegenteil verkehren, noch mehr Menschen auf die reaktionären Ausländergesetze aufmerksam machen, ihnen die Augen darüber öffnen und die Front gegen diese Gesetze, gegen die Entrechtung der Ausländer und die Front des Kampfes dagegen verbreitern.

Der Kampf gegen diese Ausweisung muß aufgenommen werden, Erol Sever muß seine Arbeit hier in Österreich fortsetzen können. Im Kampf gegen diese Ausweisung wird die Front gegen die beiden reaktionären Gesetze, Ausländerbeschäftigungsgesetz und Fremdenpolizeigesetz, und für die Rechte der Ausländer stärker werden.

2,5 % Arbeitslosenrate für 1978 prognostiziert

Die industrielle Reservearmee ist ein „Gesetz" des Kapitalismus – 80 % des Lohns für alle Arbeitslosen!

In Österreich steht eine neuerliche Verschärfung der Krise bevor. Zum ersten Mal seit ca. zwei Jahren ist die Industrieproduktion absolut gegenüber dem Vorjahresstand gesunken. Im September produzierte die österreichische Industrie um 1% weniger als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Arbeiterklasse sieht sich in dieser Situation einem umfassenden Schlachtplan der Bourgeoisie gegenüber, der bezweckt, auf ihren Knochen aus der Krise herauszukommen. Kernstück dieses Schlachtplanes ist die Steigerung der Ausbeutung. Im internationalen Wirtschaftskrieg, der zwischen den westlichen und östlichen Kapitalisten tobt, will die österreichische Kapitalistenklasse bestehen. Sie will Anteile an der Ausbeutung und Ausplünderung fremder Länder gewinnen. Sie will in der imperialistischen Konkurrenz, die sich durch die Krise noch verschärft hat, ihre Stellung halten, wenn möglich verbessern.

Basis dafür ist ihr die Steigerung der Ausbeutung im eigenen Land.

Die zentrale Methode dazu ist momentan der Lohnraub. Der Preis der Arbeitskraft soll möglichst tief gehalten werden. In einem Chor summen Industriellenvereinigung und Regierung: „Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum sind nur mehr durch eine vernünftige Lohnpolitik zu erhalten" (Vereinigung österreichischer Industrieller) und „...ich würde sagen, wir müssen lernen, mit unseren Forderungen bescheidener zu werden." (Androsch im Stern auf die Frage, ob er für Lohnverzicht eintrete).

Wurde vor einem Jahr von der SP-Regierung der Lohnverzicht als notwendig gepriesen, um den Aufschwung nicht zu gefährden und die Arbeitsplätze zu sichern, so soll jetzt der verschärfte Lohnraub mit der Gefahr der Krise und der drohenden Arbeitslosigkeit begründet werden, aus der „Zurückhaltung" bei den Löhnen heraushelfe.

Dieses Gerede, das die Arbeiter und kleinen Angestellten weichklopfen soll für den Lohnverzicht, ist eine bewußte Lüge der Sozialdemokraten. Finanzminister Androsch weiß selbstverständlich genau so gut wie jeder „Wirtschaftsexperte", daß sich die Krise verschärft und daß die Arbeitslosigkeit wieder stark im Steigen begriffen ist. Vom Wirtschaftsforschungsinstitut werden für 1978 70.000 Arbeitslose (2,5%) im Jahresdurchschnitt erwartet, gegenüber 1,9% heuer. Inoffiziell spricht man von 3,5% 1979 und 4% 1980. Bei diesen Vorhersagen wird aber eine relativ günstige Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa angenommen. Eine Annahme, die auf Sand gebaut ist.

„Weniger Arbeitslose als in den anderen imperialistischen Ländern"

Eines der Hauptargumente der Sozialdemokratie und der Klassenversöhnler in den Gewerkschaften ist die im Vergleich zu anderen imperialistischen Ländern geringe Arbeitslosigkeit in Österreich. Auf dieser Tatsache beruhen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil die Illusionen, die von diesen Kräften in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden. Denn in einer Gesellschaft, in der vorerst nicht die Ausbeutung selbst als das größte Unglück erscheint, sondern die Möglichkeit keinen Ausbeuter zu finden, muß diese Tatsache einen guten Nährboden für die Argumente der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung abgeben. Tatsächlich zeigt die Statistik, daß in Österreich die offizielle Arbeitslosenrate in der Krise, die 74/75 begann, nicht in dem Maße angeschwollen ist, wie in den anderen westeuropäischen Ländern. Aber diese Besonderheit findet jetzt ein rasches Ende. Ursache dieser Entwicklung waren nämlich bestimmte wirtschaftliche Eigentümlichkeiten – (so konnten z.B. relativ viele Industriearbeiter, die ihren Posten verloren hatten im Fremdenverkehr und beim Staat Arbeit finden) – und der verstärkte Eingriff des Staates auf Pump (die „Finanzspritzen" an die Kapitalisten). Beim Fremdenverkehr hat sich inzwischen einiges geändert. Er steckt selber in einer Krise, die Nächtigungszahlen gehen zurück ebenso wie die Belegung der Betten.

Zu den „Finanzspritzen" haben wir im „Klassenkampf" immer geschrieben, daß sie die Krise nur kurzzeitig hinausschieben können, um dadurch schließlich ein nur noch verschärftes Hineinschlittern zu bewirken.

Arbeitslosenrate in Prozent	OECD-Europa	Österr.
1966	1,9	2,5
1967	2,5	2,7
1968	2,5	2,9
1969	2,2	2,8
1970	2,1	2,4
1971	2,4	2,1
1972	2,7	1,9
1973	2,4	1,6
1974	2,9	1,5
1975	4,3	2,0
1976	5,1	2,0
1977, geschätzt,	über 5 %	1,9

Tatsächlich wird von den bürgerlichen Ökonomen für die nächsten Jahre eine bedeutende Verschärfung der Krise insbesonders in Österreich vorhergesagt. Die Finanzspritzen an die Kapitalisten konnten so zur Überproduktionskrise nur noch eine weitere massive Verschuldung des Staates an das nationale und internationale Finanzkapital bringen.

Die Reservearmee wächst

Sind auch die offiziellen Arbeitslosenziffern in Österreich nicht so hoch hinaufgeschnellt wie in Westeuropa, so zeigen diese Zahlen aber gleichzeitig, daß die Krise nie aufgehört hat zu bestehen. In mehreren Bundesländern erreichte die Arbeitslosigkeit 76 absolut „europäisches Niveau". So in Kärnten 5,0% und im Burgenland 4,3%. Ebenso wie sich die Industrieproduktion nur teilweise und zeitweilig erholte, verringerte sich die Arbeitslosenrate nicht überall gleich stark und blieb teilweise die ganze Zeit hoch.

Bei diesen Zahlen muß man aber gleichzeitig beachten, daß sie nur ein sehr eingeschränktes Bild der tatsächlichen Größe der industriellen Reservearmee geben:

*So sind seit 1975 die „Karenzurlauberinnen nach der Geburt" in den Arbeitslosenzahlen nicht mehr enthalten. Ihre Zahl beläuft sich 1975 auf 20.000.

*Die beschäftigungslosen Arbeiterbauern – die Zahl der Arbeiterbauern wächst ständig an – gelten nicht als arbeitslos und bekommen keine Unterstützung falls der „Einheitswert" ihrer Wirtschaft 40.000,- überschreitet.

*Die verheirateten Frauen, die „an den häuslichen Herd" zurückkehren, weil sie ihre Arbeit verlieren, scheinen nach 5 Monaten ihres unfreiwilligen Hausdaseins in der Statistik nicht mehr auf.

*Besonders hoch ist die Zahl der Jugendarbeitslosen, die in keiner Statistik aufscheinen, weil sie als Schulabgänger keine Arbeit finden und „herumsandeln" oder – wie viele Maturanten – studieren. So ist in Oberösterreich in manchen Bezirken der Anteil der Studierenden an den Handelsakademieabsolventen über 40%, während er an den anderen berufsbildenden Schulen 20% nicht übersteigt.

*Nicht anders ist es mit den nicht wenigen Selbständigen, die zu Lohnabhängigen geworden sind, aber noch keine Arbeit gefunden haben. Auch sie scheinen in der Statistik nicht auf.

*Vor allem aber sind es die ausländischen Arbeiter, die die industrielle Reservearmee der Kapitalistenklasse füllen, obwohl sie in der Statistik nicht vorkommen. Sie wurden einfach abgeschoben, um bei Bedarf wieder ins Land geholt zu werden. Von 1973 bis 76 wurden 70.000 dieser Arbeiter heimgeschickt. 77 nahm ihre Zahl in Österreich wieder zu, die Verschärfung der Krise wird neuerlich einen Teil von ihnen in die Reservearmee pressen und der Staat wird ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängern.

Die Herausbildung einer Reservearmee ist im Kapitalismus Gesetz

Arbeitslosigkeit gibt es im Kapitalismus, ob sich die Wirtschaft gerade in einer Krise befindet oder nicht. Der Kapitalismus produziert gesetzmäßig „eine relative d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige"(Karl Marx, Das Kapital) Arbeiterbevölkerung: die industrielle Reservearmee.

Der technische Fortschritt bringt auf Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln eine beschleunigte Zusammenballung oder Akkumulation des Kapitals mit sich. Warum? Immer größere Maschinen und mehr Rohstoffe können von relativ weniger Menschen bedient werden. Der einzelne Arbeiter setzt einen immer größer werdenden Berg von Kapital in Bewegung.

Ein jeder sieht das-das alte Kapital (in Form einer Autofabrik z.B.) wird, wenn es sich in eines in neuer technischer Gestalt verwandelt hat, von absolut weniger Menschen als vorher in Bewegung gesetzt. Aber auch der Mehrwert, der in der alten Fabrik aus den Arbeitern herausgepreßt wurde, bietet für eine relativ immer geringer werdende Anzahl von Arbeitern Beschäftigung. Um einer wachsenden, ja um auch nur der schon in der Produktion befindlichen Arbeiterbevölkerung Arbeit zu ermöglichen, müßte sich das Kapital immer schneller in den Händen der Kapitalisten zusammenballen – während es doch gerade diese beschleunigte Akkumulation ist, die mit den neuen Techniken den Arbeiter überflüssig macht.

So erzeugt der Kapitalismus eine Bevölkerung, die für das vorhandene Kapital „zu groß" ist. In den Krisen zeigt sich diese Überschußbevölkerung im Heer der Arbeitslosen, in der Konjunktur in den Menschen, die aus einer Produktionssphäre herausgeschmissen, von einer anderen nach kürzerer oder längerer Zeit aufgesogen werden.

Die Reservearmee ist eine Existenzbedingung für den Kapitalismus

Nicht nur entsteht im Kapitalismus eine Überschußbevölkerung, diese ist für den Kapitalismus absolut notwendig. Er braucht eine Reservearmee, die er in eine plötzlich expandierende Produktionssphäre werfen kann. Sind die Aussichten schlechter, wendet sich das Kapital von einer bestimmten Produktionssphäre ab, strömen sie aus der Produktion zurück in die Reserve. Aber schon wird ein neuer Markt entdeckt und neues Menschenmaterial ist erforderlich. Die Arbeitslosen, ebenso wie die abgeschobenen Ausländer oder die in den Haushalt zurückgekehrten Frauen, sie bilden die industrielle Reservearmee, *die dem Kapital ganz so absolut gehören, als ob es sie auf seine eigenen Kosten großgezüchtet hätte*.(Marx, Das Kapital)

Die bürgerlichen Ökonomen schreiben offen, wie wichtig diese Reservearmee und ihr Anwachsen ist: „Momentan ließe die 'Mobilität der Arbeitskräfte' zu wünschen übrig." Ein Arbeitslosenheer „scheint Voraussetzung dafür zu sein, daß der Arbeitsmarkt in eine unangenehme, aber auch heilsame und strukturbereinigende Bewegung kommt."(J. Tschebull im Profil 4/77). Den Herren genügt es offenbar noch nicht, daß Hunderttausende stundenlang zur Arbeit fahren. Nicht wenige über 70, 80 und mehr Kilometer. Die Arbeiter sollen von einem Winkel in Österreich zum anderen gehetzt werden, je nachdem wie es die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals gerade erfordern.

Die „Arbeitslose" ist völlig unzureichend

Ist im allgemeinen ein Kampf gegen die Arbeitslosigkeit unmöglich, der nicht die Wurzeln dieser Erscheinung, die kapitalistische Produktionsweise selbst angreift, so kann unter bestimmten günstigen Bedingungen gegen Massenentlassungen im Einzelfall sicher etwas erreicht werden. Das zeigt der jahrelange Kampf der Knappen in Fohnsdorf, die schon seit vielen Jahren auf der Straße sitzen würden, hätte es nicht die Kampfbereitschaft unter den Arbeitern gegeben. Auch Beispiele aus der Textilindustrie bestätigen diese Tatsache.

Wie für jeden Kampf im Betrieb ist aber auch für den Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließung eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung eine wichtige Voraussetzung. Momentan ist die Arbeitslosenunterstützung derart niedrig (siehe Kasten), daß immer wieder Arbeits-

Die Höhe des Arbeitslosengeldes

Je nach Bruttobezug erfolgt die Einteilung in eine der 27 Lohnklassen. Der Grundbetrag ist dann ca. 40% dieses Bruttobezuges. Bei 8.000.-S brutto 3.282.-S.

Der Höchstbetrag, der ausgezahlt wird, ist 4.800.-S. Zusätzlich zum Grundbetrag und für Angehörige, „für deren Unterhalt der Arbeitslose wesentlich beiträgt", wird ein Familienzuschlag von 240.-S pro Person monatlich gezahlt.

Für die Kapitalisten ist diese Masse der Arbeitslosen aber ein ausgezeichnetes Mittel, um im Betrieb den Lohn zu drücken und die Ausbeutung zu verschärfen. Es gibt nicht wenige Beispiele aus dem 75er Jahr, wo Arbeiter aus Furcht vor der Arbeitslosigkeit bereit waren, auf mehrere 1000 Schilling Lohn im Monat „freiwillig" zu verzichten, um nur ja nicht überhaupt ohne Ausbeuter dazustehen.

In unserem Programm fordern wir daher Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von mindestens 80% des Lohns für alle Arbeitslosen während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit.

Heute zahlen Kapitalisten und Arbeiter zu gleichen Teilen in die Arbeitslosenversicherung ein. Diese Art der Aufwandsdeckung erschwert es, die Einheit aller Arbeiter, der arbeitslosen und der beschäftigten, herzustellen. Höhere Arbeitslose – höhere Beiträge heißt es; damit sollen die in der Produktion stehenden Arbeiter davon abgehalten werden, für eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung einzutreten. Die Kapitalisten sind die einzigen Nutznießer des kapitalistischen Ausbeutersystems, sie ziehen die Arbeiter in die Produktion, sie werfen sie wieder heraus.

Wir fordern deshalb die Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten bzw. den Staat, soweit öffentliche Bedienstete davon betroffen sind.

Paierfabrik Arland/Graz:

Neue Maschinerie – verstärktes Arbeitselend

In den nächsten Tagen wird bei uns eine neue Holzschleif-Anlage in Betrieb genommen. Schon die Montage dieser Anlage (mit der im Jänner begonnen wurde), zeigte, wie scharf die Kapitalisten darauf sind, mit der neuen Maschinerie die Antreiberei der Arbeiter noch zu steigern. Viele Schlosser haben in dieser Zeit fast täglich 4 Überstunden machen müssen, fast jeden Samstag, und oft auch Sonntag, gearbeitet. Wollte einer einmal zu Hause bleiben, das Wochenende bei der Familie, mit Freunden verbringen, wurde mit dem blauen Brief gedroht. Hat sich ein Schlosser einmal von der schweren und schmutzigen Arbeit ausgerastet und es kam gerade einer der Herren mit dem sauberen Anzug und den feinen weißen Händen vorbei, hörte man: „Sie Tachinierer"....

Die Auswirkungen der neuen Anlage auf die Arbeiter

In den letzten Jahren konnte man in der Papier- und Zelluloseindustrie einen raschen Konzentrationsprozeß (kleine Betriebe gehen pleite – große Konzerne kaufen die kleinen auf) und einen gewaltigen Ausbau der Maschinerie beobachten. Auf diese Weise wurde die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit rasch gesteigert. „Aber alle Vorteile dieser Entwicklung werden von den Kapitalisten usurpiert und monopolisiert, so daß alle Mittel zur Entwicklung der Produktion sich für den Arbeiter in zusätzliche Mittel seiner Ausbeutung und Unterdrückung verwandeln. Sie verstümmeln ihn in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel an die Maschine, machen die Arbeit zur Qual und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten." (Programm des KB Österreichs).

Genau das kann man bei uns in der Holzschleiferei beobachten:

– jetzt arbeiten 50 bis 60 Arbeiter in dieser Abteilung. Wenn die neue Anlage voll läuft, werden es nur mehr 20 bis 25 sein – die Produktion wird aber um 60 bis 70% höher sein!

– die Arbeitsbedingungen in der alten Holzschleiferei sind menschenunwürdig: Bei zwei Maschinen wird man naß und schmutzig. Es dampft oft so stark, daß man keine 5 Meter weit sehen kann. Der Dampf kondensiert an der Decke und man steht die ganze Zeit im feinen „Regen". 16 Kubikmeter und 10 bis 20 Scheibtruhen Holzabfall müssen jede Schicht mit der Hand in die Maschine geworfen werden. Bei zwei anderen Maschinen sind die Arbeitsbedingungen etwas besser, dafür muß man pro Schicht ungefähr 36 Kubikmeter einlegen und einige andere Maschinen überwachen.

Bei alledem ist es aber so: Hast du deine Maschine vollgelegt, kannst du 5 bis 10 Minuten ausrasten, jausnen, mit Kollegen reden, bis zu wieder einlegen mußt. Bei der neuen Anlage wird es weniger Dampf geben, einlegen muß man nicht mehr mit der Hand – aber: ein Arbeiter soll alle 5 Schleifmaschinen bedienen! – Das heißt, ununterbrochen von einer Maschine zur anderen laufen, den ganzen Tag Stiegen und Leitern hinauf- und hinuntersausen. Zwischendurch ausrasten, diskutieren – gibt es nicht mehr. Die Arbeitsanstrengung wird – obwohl man nichts mehr zu heben braucht – wesentlich größer werden!

Wie konnte diese Verschlechterung durchgesetzt werden?

Nur durch Betrug, Spaltung, Einschüchterung!

„Die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens muß gesichert werden, um die Arbeitsplätze zu sichern. Dazu sind eben Rationalisierungen nötig." Das ist das Hauptargument, mit dem die neue Anlage durchgesetzt wurde – sowohl von der Firmenleitung als auch vom Sozialdemokratischen Betriebsrat.

Seit Beginn der 70er-Jahre sind in Österreich mehrere kleine Papierfabriken pleitegegangen – die Arbeiter wurden auf die Straße gesetzt. Der Leykam-Konzern hat in der Steiermark fast alle anderen Papierfabriken aufgekauft, was auch immer Entlassungen nach sich zog. Bei Arland hat es im Frühjahr 1975 bereits für einen Teil der Arbeiter Kurzarbeit gegeben. Heute stapeln sich die Papierrollen in den Hallen. Oft werden Aufträge von wenigen tausend kg übernommen, so daß die Maschinen nach wenigen Stunden bereits wieder umgestellt werden müssen. Untrügliche Zeichen, daß die Auftragslage nicht gut ist. Kein Wunder, daß die Kollegen um ihre Arbeitsplätze fürchten.

Jedoch werden die Arbeitsplätze durch die neue Anlage, die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter, nicht sicherer. Rentabler, und damit konkurrenzfähiger wird mit der neuen Anlage nur produziert, wenn die Lohnkosten im Verhältnis zur Produktion gesenkt werden. 30 Arbeiter werden jetzt gekündigt bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion. Rentabel ist die neue Anlage nur, wenn die Maschinen Tag und Nacht laufen und die Produktion wesentlich höher ist als mit der alten Holzschleiferei. Damit verstärkt sich die Überproduktionskrise weiter – denn dasselbe geschieht ja auch in den anderen Papierfabriken.

Das Einzige, wozu alle Rationalisierungsmaßnahmen dienen, ist die Steigerung der Profite. Das Austragen der Konkurrenzschlacht auf dem Rücken der Arbeiter. Jetzt soll möglichst viel aus möglichst wenig Arbeitern herausgeholt werden. Gleichzeitig werden Kapazitäten stillgelegt, wird Kapital vernichtet, im heftigen Konkurrenzkampf, der unter den Kapitalisten tobt. Der riesige Leykam-Konzern streckt seine Fangarme nach den kleineren Unternehmen aus, um seine Monopolstellung auszubauen. Die Papierfabrik Arland ist für ihn von besonderem Interesse, da hier vor allem Holzpapier produziert wird, während Leykam bis jetzt fast nur holzfreies Papier erzeugt.

Für den Fall, daß der Leykam-Konzern Arland aufkauft, wollen die Arlandkapitalisten ein möglichst gutes „Arrangement" erreichen. Dazu ist es erforderlich, Produktionsanlagen mit einem hohen Ausbeutungsgrad anbieten zu können, denn solche Anlagen versprechen hohe Profite.

Mit einem Wort: Richten sich die Arbeiter nach der Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten, lassen sie sich auf die Sozialpartnerschaft ein, so sind sie verkauft.

Weil diese 'Sozialpartnerschafts'-Argumente allein nicht reichten, um diese Angriffe gegen die Arbeiter durchzusetzen, griff die Firmenleitung noch zu anderen Mitteln:

– Zuerst wurde den Kollegen in der Holzschleiferei versprochen, daß die Arbeitsbedingungen viel angenehmer sein werden, sobald die neue Anlage läuft. Jeder sollte hoffen, daß er schon nicht gekündigt wird, und es dann besser haben wird. Jetzt, wo die Arbeiter immer deutlicher sehen, daß sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtern, ist es nicht mehr möglich, das Ganze zu verhindern: Die Anlage ist fast fertig montiert, und zum Teil schon in Betrieb. Die 30 überflüssigen Arbeiter haben ihre Kündigungen schon, der Betriebsrat hat allen widerspruchslos zugestimmt.

– Ein weiteres Spaltungsmanöver: Es werden ja nur Ausländer gekündigt. Dieses „Argument" wurde vor allem vom Betriebsrat eingesetzt. Er stützte sich dabei auf das reaktionäre Ausländerbeschäftigungsgesetz, das von der SP-Regierung beschlossen wurde. Tatsache ist, daß unter den jetzt gekündigten Arbeitern auch einige Österreicher sind, und daß insgesamt die Arbeitsplätze nicht sicherer wurden – egal, ob Österreicher oder Ausländer! Das zeigt gerade das Beispiel der Holzschleiferei.

– Den Kollegen in den anderen Abteilungen wurde immer gesagt, das Ganze betreffe nur die Holzschleiferei. Jetzt zeigt sich immer deutlicher, daß die neue Holzschleiferei nur eine von vielen Rationalisierungsmaßnahmen ist. Wird in der Holzschleiferei die Produktion gesteigert, muß dasselbe natürlich auch bei den Papiermaschinen geschehen und bei der Weiterverarbeitung. Im Papiersaal wurden auch schon neue Maschinen aufgestellt und 5 Frauen gekündigt. Die Schmierer müssen sich seit kurzem ihre Arbeit immer vom zuständigen Maschin- und Schichtführer bestätigen lassen.

– In der Holzschleiferei wurden die Arbeiter direkt mit der Drohung der Kündigung unter Druck gesetzt. Wer aufmuckt, ist dran. Wenn nötig, wurde mit gezielten Gerüchten nachgeholfen.

Es ist den Kapitalisten also gelungen, eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und auch der Kampfbedingungen durchzusetzen, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen. Jedoch die Kollegen haben viel gelernt. Vor einem halben Jahr meinten viele: „Ja, wenn die neue Anlage läuft, werden wir es besser haben". Heute sagen dieselben: „Neue Maschinen machen es für die Arbeiter nie leichter – es wird nur immer mehr herausgeholt." In allen Abteilungen wird jetzt über die Holzschleiferei gesprochen und niemand sagt noch, das gehe nur die Holzschleifer etwas an. Vor allem aber sehen viele Arbeiter heute klarer: Auf der einen Seite stehen wir und auf der anderen Seite die Kapitalisten. Und solange *die* kommandieren, geht alles nach deren Profit, wird die Lage für uns immer schlechter. Da hilft keine Sozialpartnerschaft, da müssen wir uns wehren.

„Atomkraftwerke sichern nie die Arbeitsplätze!"

In der Holzschleiferei haben die Kollegen natürlich öfters über die neue Anlage gesprochen, und was sie für die Arbeiter bedeutet. Dabei kam das Gespräch auch auf die Atomkraftwerke. Mit der neuen Holzschleiferei soll die Produktion um 60 bis 70 % gesteigert werden. Gleichzeitig wird die Hälfte der Arbeiter eingespart. Der Stromverbrauch wird aber um ungefähr 80 bis 90 % steigen! Dafür will die Bourgeoisie die riesigen Mengen an Strom einsetzen, die mit dem AKW in Zwentendorf produziert werden sollen. Wenn die von Sicherung der Arbeitsplätze reden, war das immer nur Heuchelei. Und damit ihnen der vermehrte Stromverbrauch den Profit nicht schmälert, soll jetzt der Haushaltsstrom teurer werden. Schon jetzt mußten die Werktätigen für den Strom, den sie zu Hause verbrauchen, das 4–5fache dessen bezahlen, was die Kapitalisten in ihren Betrieben zahlen. Diese zwangsweise Subventionierung der Kapitalisten durch die Werktätigen soll mit der Strompreiserhöhung verstärkt werden. Und die riesigen Kosten für den Bau des AKW sollen so und durch Steuern auf das Volk abgewälzt werden.

Ortsgruppe Graz

Wieviel plündert der ... und indirekten Steu...

Die Redaktion des Klassenkampf hat sich bemüht, die Belastung eines Arbeiterlohns mit der Lohnsteuer und mit den wichtigsten indirekten Steuern zu untersuchen. Es ist uns nicht gelungen, alle indirekten Steuern zu erfassen, es fehlen uns vor allem jene indirekten Steuern, die beim Besuch von Gasthäusern anfallen und die dort konsumierten Waren bedeutend verteuern.

Ausgegangen sind wir von einem monatlichen Bruttolohn von S 8.650,-. Dieser Lohn wird als der „Durchschnittslohn" eines männlichen Industriearbeiters" von der Pensionsversicherungsanstalt angegeben. (Natürlich sind in diesem Durchschnittslohn Zuschläge verschiedenster Art und ein Teil von Überstundenentgelten enthalten, der Normallohn von Arbeiterinnen liegt weit unter diesem Betrag).

Den Sozialversicherungsbeitrag abgezogen, verbleibt ein lohnsteuerpflichtiger Lohn von etwa S 7.500,-. S 894 müßte ein Arbeiter bezahlen, der ein Kind zu ernähren hat und daher, nach dem gegenwärtig noch geltenden System, einen Kinderfreibetrag von S 4.200,- im Jahr geltend machen kann. S 1.044 müßte ein Arbeiter bezahlen, der seine Frau miterhalten muß, jedoch kein Kind. Die Berechnung der Belastung mit indirekten Steuern erfordert eine Schätzung über die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben: Wir haben diese sowohl nach den Statistiken der Arbeiterkammer als auch nach uns zugänglichen Aufstellungen über die Ausgaben von Arbeiterfamilien geschätzt.

Wenn etwa ein Viertel (rd. 1625.-) für Ernährung ausgegeben wird, so gehen davon in Gestalt der 8-prozentigen Mehrwertsteuer S 120.- an den Staat. In derselben Weise haben wir auch die anderen Ausgaben und die Steuerbelastung geschätzt:

	Ausgaben	MWST (8 bzw.18%)
Ernährung	1.625	120
Wohnung	975	72
Beheizung		
Beleuchtung	325	24
Bekleidung	800	122
Hausrat	650	99
Reinigung		
Körperpflege	481	73
Erholung		
Freizeit	650	99
Verkehr	580	43

Dazu kommen noch die Steuern auf die Zigaretten, bei Ausgaben von S 400,- rund S 210,-, die Alkoholsteuer und andere Sonderverbrauchssteuern. Insgesamt beträgt die Belastung mit den wichtigsten indirekten Steuern fast 1.000,- Schilling, da viele Landessteuern noch zu den indirekten Steuern des Bundes hinzukommen.

Die Belastung durch indirekte Steuern erhöht sich beträchtlich, wenn für die tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz ein eigener PKW erforderlich ist. Die Belastung durch die KFZ-Steuer, die Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuer beträgt bei monatlichen Ausgaben für das Auto von etwa 1.400 Schilling S 457.-.

Die gesamte Belastung mit indirekten Steuern beträgt somit S 1.414,-. Demgegenüber stellt das KFZ-Pauschale nur eine Verringerung der Lohnsteuer von S 150,- dar.

Lohnsteuer und die wichtigsten indirekten Steuern zusammen machen bei einem Lohn von S 8.650,- im Monat für einen Arbeiter, der seine Frau miterhalten muß, 2.030,- (ohne PKW) und 2.444,- (mit PKW) aus. Im günstigeren Fall (mit einem Kind) werden rund 20% des Bruttolohnes durch die Steuern weggeplündert, im ungünstigsten Fall bis zu 30%.

Man sieht also, daß der bürgerliche Staat mit der Lohnsteuer rund einen Tausender

Staat über die direkten rn vom Arbeiterlohn ?

vom „Durchschnittslohn" plündert, und dann mit den indirekten Steuern bis zu S 1.500,- vom Netto-Lohn an sich zieht.

Alljährlich steigt die Lohnsteuerausplünderung von selbst durch die Progression, die dem Staat von jeder Lohnerhöhung überproportionale Abzüge garantiert.

Jede Verteuerung der Waren, die der Arbeiter aus seinem Nettolohn kaufen muß, erhöht die indirekten Steuern. Damit wirkt sich für ihn die Prellerei am Warenmarkt doppelt aus – einmal durch die steigenden Preise und zum zweiten Mal durch den steigenden Preisaufschlag in Gestalt der indirekten Steuern.

Ab dem 1. Jänner 1978 wird der dritte Mehrwertsteuersatz gelten, der die Belastung der Arbeiter durch indirekte Steuern wieder erhöhen wird. Die Abschaffung des KFZ-Pauschales und die Schaffung von Sondersteuern sind die nächsten Ziele des Finanzministers.

Heute ist es im Durchschnitt ein Viertel des Bruttolohns, das der Staat in Gestalt der Steuern einzieht. Morgen werden es mehr als 30 Prozent sein, wenn es nach den Plänen es Finanzministers geht.

ÖGB-Steuerkommission: Schaumgebremst in die nächste Progressionsstufe



Die Graphik zeigt die Lohnsteuerbelastung von Löhnen ab 5.000.- S im Monat. Berücksichtigt sind der allgemeine-Absetzbetrag, der Arbeitnehmerfreibetrag und der Alleinverdienerabsetzbetrag. Die durchgezogene Linie entspricht der gegenwärtigen Lohnsteuerregelung, die strichlierte Linie derjenigen, die die ÖGB-Steuerkommission fordert. Die ÖGB-Steuerkommission tritt bekanntlich nicht für eine Milderung der Lohnsteuerprogression ein, sondern für eine Erhöhung der Absetzbeträge um 3.200.- Schilling.

In Kraft treten soll der Vorschlag des ÖGB erst am 1.1.1979. Deshalb haben wir in der Graphik geschätzte Durchschnittslöhne für 1979, 1980 und 1981 eingetragen.

Während ohne die Erhöhung der Absetzbeträge ein Lohn von 9.700.-, der etwa dem jetzigen Durchschnittslohn von 8650.- entspricht, bereits in die dritte Stufe der Lohnsteuerprogression hineinkommen würde, würde dies die Erhöhung der Absetzbeträge für ein Jahr verhindern. Ab 1980, spätestens ab 1981, würde auch die Erhöhung der Absetzbeträge nichtsan diesem Zustand ändern. Bereits 1979 wäre aber von einer „Lohnsteuersenkung" keine Rede. Die Lohnsteuer würde nach dem Vorschlag der ÖGB-Kommission genauso hoch wie 1977 sein.

Den Interessen der Arbeiter entspricht dies nicht, sie fordern gebieterisch eine solche Lohnsteuerreform, die der Belastung der breiten Massen der Lohnabhängigen mit Steuern ein Ende macht: Lohnsteuerfreiheit bis 12.000 Schilling im Monat.

Gemeinderatswahlen in Graz

Gegen die Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung !

Der Lack geht ab. Das ist das Problem, vor dem die bürgerlichen Parteien heute stehen. Besonders vor Wahlen. Am 29. Jänner wird in Graz der neue Gemeinderat gewählt werden. „Plan für Graz" (SP), „Grazer Weg", „dazu stehen", (VP), „Gemeinsam für Graz" (FP), „Zünglein an der Waage" (KP), das sind die „strahlenden" Formeln für ihre Politik, die die bürgerlichen Parteien für die Wahlen kreiert haben. In den letzten Jahren haben diese Parteien ganz handfest die Geschäfte der Kapitalistenklasse besorgt. Jetzt vor den Wahlen wollen sie eben diese Politik als im Interesse der Massen darstellen. Da dies schwer möglich ist, bedienen sie sich leerer Formeln und Phrasen. Damit wollen sie gegenüber den Massen ihre Politik der letzten Jahre übertünchen. Sie haben's notwendig. Das zeigen die hier abgedruckten Berichte.

Der Kommunistische Bund Österreichs führt den Klassenkampf an der Seite der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse zum Sturz von deren Ausbeuterordnung und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. Um diesem Ziel näherzukommen, strebt die Grazer Ortsgruppe der KB auch eine eigene Kanditatur bei den Gemeinderatswahlen an. Sie stellt dabei solche Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Politik, die dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes dienen.

Damit wird seit mehr als 2 Jahrzehnten in Graz auch wieder auf der Ebene des Gemeinderats der Herrschaft der Bourgeoisie der revolutionäre Kampf angesagt.

Die Kommunisten nehmen keinen Schilling vom Staat

Wie kann es anders sein, als daß sich die Parteien der Ausbeutung und Unterdrükkung Gelder der Volksmassen aneignen und Millionen von Schillingen, die aus der Steuerausplünderung der Massen stammen, einkassieren. So steht im Subventionsbericht des Bundes für das Jahr 1975:

SP, VP und FP haben für „staatsbürgerliche Erziehungsarbeit" fast 30 Millionen Schilling erhalten. Die Parlamentsklubs dieser drei Parteien weitere 25 Millionen. Dies ist jedoch, laut „Presse", nur die Spitze des Eisbergs. Extra noch kassierten Unterorganisationen der Parteien weitere Millionen: Für Staatsvertragsfeiern kassierten die Sozialistische Jugend und die Junge Generation (ÖVP) je S 240.000,-. Über den Bundesjugendring kassierten 1975 die Kinderfreunde (SPÖ) und die Sozialistische Jugend je 2 Millionen und die Junge Generation 2,2 Mio. Auch die KPÖ nascht an den Subventionen des bürgerlichen Staates mit. Sie kassiert z.B. für ihre „Sozialrentner" S 150.000,-. (Zahlen „Presse" vom 29. 9. 1977).

Trotz des Millionenaufwandes, mit dem die Parteien der Bourgeoisie ihr betrügerisches Geschäft betreiben, und die Herrschaft des Kapitalis verteidigen und verewigen wollen, verschärfen sich alle gesellschaftlichen Widersprüche, verstärkt sich die Linksentwicklung der Arbeiterklasse und der Volksmassen und erstarkt die kommunistische Bewegung.

Die gesamte Politik des Kommunistischen Bundes Österreichs dient dem Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse. Diese Partei der Arbeiterklasse werden sich die Arbeiter- und Volksmassen selbst erschaffen. Das kommt auch in den Finanzen unserer Organisation zum Ausdruck, welche ausschließlich von Beiträgen der Mitglieder, Kandidaten und Aktivisten sowie aus freiwilligen Spenden der Arbeiter- und Volksmassen bestritten werden. Der Kommunistische Bund Österreichs nimmt keinen Schilling vom bürgerlichen Staat.

Unterstützt die Kandidatur des Kommunistischen Bundes Österreichs zu den Grazer Gemeinderatswahlen mit eurer Unterschrift und durch Spenden auf das Konto 87-56165-01 CA-Graz!

Grazer Arbeiter unterstützen die Kandidatur des KB Österreichs

Am 26. 11. machten die Genossen der Grazer Ortsgruppe, wie jeden Samstag, einen Agitationsstand zu den Gemeinderatswahlen auf dem Grazer Hauptplatz. Die Sekretärin der Ortsgruppe hielt kurze Reden, in denen sie die Kandidatur des KB begründete: „Wie in unserer gesamten Politik, wollen wir mit unserer Kandidatur den Zusammenschluß der Massen im Kampf um ihre Interessen voranbringen, um dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung näher zu kommen."

Daß solche klare Aussagen den Haß von Funktionären der SP, VP und FP auf sich ziehen, ist klar. „Den Leuten geht es heute viel zu gut!" „Jeder hat schon ein Auto"! „Ihr hetzt die Leute auf!", „Heute gibt es keine Arbeiter mehr, das ist längst überholt", tönte es da aus ihren Lästermäulern. Ein Bauarbeiter und eine Rentnerin hörten sich das eine Zeitlang an, dann platzte ihnen der Kragen:

Der Bauarbeiter: „Von wegen gut gehen! Ich verdiene das Jahr über 6.000 Schilling monatlich, im Winter heißt es immer stempeln. Die Wohnung kostet 1.800 Schilling, das Leben wird immer teurer. Wenn meine Frau nicht arbeiten tät, könnten wir nicht auskommen!"

„So ein Blödsinn: 'Es gibt keine Arbeiter mehr'! Schaun's her! Ich bin ein Arbeiter, bin ich überholt?"

In der weiteren Diskussion fand er unsere Forderungen zweckmäßig. Er unterstützte demonstrativ die Kandidatur des KB durch seine Unterschrift. Insgesamt wurden 16 Zeitungen, 5 Programme des KB und sonstige Literatur verkauft und 6 Unterschriften gesammelt, davon 4 von Arbeitern.

Korrektur zur letzten Ausgabe:

Im Artikel über die Grazer Gemeinderatswahlen wurden am Beginn des zweiten Absatzes vier falsche Zeilen einmontiert. Richtig müßte der Absatzbeginn heißen:

„Rund 28.000 meldepflichtige Arbeitsunfälle (Unfälle, bei denen der Verletzte vier oder mehrere Tage arbeitsunfähig war) ereigneten sich 1976 in der Steiermark – einige Tausend mehr, als im Jahr zuvor."

„Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft" – Auspressung der Puch-Arbeiter bis zum letzten

Glasige Augen der Bewunderung bekamen die bürgerlichen Politiker in den vergangenen Monaten immer wieder, wenn von Steyr-Puch die Rede war. Der Konzern hat den Umsatz pro Beschäftigtem von 1971 bis 1976 fast verdoppeln können, davon allein im Vorjahr um 33,2 % gegenüber 1975 erhöht. Die allein schon dadurch deutlich sichtbare ungeheure Steigerung der Ausbeutung wurde z.B. im Werk Thondorf in Graz erreicht durch drastische Personaleinsparungen (1975 insgesamt 1.000 Entlassungen), Abbau von „freiwilligen Überzahlungen", Ersetzung von Facharbeitern durch angelernte Kräfte, Versetzungen mit Lohnverlusten, Akkordverschärfung, Überstundenarbeit usw.

Das ist ganz nach dem Geschmack der Kapitalisten – „es ist eben notwendig, um die Arbeitsplätze zu sichern und die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen" – sagen die bürgerlichen Politiker. Mehr noch: Den Steyr-Puch-Konzern propagieren sie als „Beispiel für die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im internationalen Maßstab" (SP-Bürgermeisterkandidat Stoiser bei seiner letzten Besichtigung in Thondorf). In ähnlicher Weise haben sich wiederholt ÖVP- und FPÖ-Sprecher geäußert. Und auch die KPÖ kann nicht zufrieden genug sein mit den Steyr-Puch-Kapitalisten: Die „vorbildliche Zusammenarbeit" des Steyr-Puch-Konzerns mit den Kapitalisten der Ostblockländer, besonders Polens, lobt sie in den höchsten Tönen. So würden die Arbeitsplätze gesichert, sagt sie und meint die Profite der Steyr-Kapitalisten. Die Steyr-Puch-Kapitalisten beteiligen sich an der Ausbeutung

– der polnischen Arbeiterklasse bei der Produktion von Mopeds und LKWs,

– sie beuten die griechische Arbeiterklasse aus, von der sie im Steyr-Hellas-Werk, der größten österreichischen Auslandsinvestition nach dem 2. Weltkrieg, billig Traktoren und LKW's herstellen lassen;

– sie betreiben die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der 3. Welt: in Indonesien, wo sie ein Assembling-Werk errichtet haben und dort LKWs zusammenbauen lassen, deren Bestandteile aus Österreich geliefert werden, und in Nigeria, wo mit der Errichtung eines solchen Werkes begonnen wurde. Ein profitträchtiges Geschäft für die Kapitalisten, in solchen Ländern von Arbeitern mit Hungerlöhnen Fahrzeuge zusammenbauen zu lassen!

Die Kraft für ihre Ausbeutung und Ausplünderung fremder Völker und Länder ziehen die Steyr-Puch-Kapitalisten, so wie alle Imperialisten, aus der gesteigerten Ausbeutung der „eigenen" Arbeiterklasse. Die oben genannten Fakten sind die Wurzel des „Erfolges" der Steyr-Puch-Kapitalisten im Ausland.

Die bürgerlichen Parteien propagieren die Einheit der Arbeiter mit den Kapitalisten – der Kommunistische Bund Österreichs propagiert und fördert die Einheit der Arbeiter aller Länder und ihre Einheit mit den unterdrückten Völkern gegen den gemeinsamen Feind und für das gemeinsame Ziel: Den Sturz der Ausbeuter und Unterdrücker in jedem Land als Teil der proletarischen Weltrevolution und des weltweiten Sieges des Sozialismus und Kommunismus.

Auseinandersetzung über die Beschwichtigungspolitik in den USA

Marshall D. Shulman, Sonderberater für sowjetische Angelegenheiten des Außenministers Vance, trat in einem programmatischen Bericht an einen Unterausschuß des Repräsentantenhauses im Oktober dafür ein, daß die USA gegenüber der Sowjetunion eine Beruhigungs- und Kompromißpolitik verfolgen sollten.

Angesichts der auf die Erringung der Weltherrschaft gerichteten Expansions- und Aufrüstungspolitik der SU ist sein Vorschlag, daß die USA und die SU „versuchen sollten, die Aspekte der Auseinandersetzung in den Beziehungen zu regulieren, um die Gefahr des Krieges zu reduzieren, und gleichzeitig das Feld der Zusammenarbeit zu erweitern, wo unsere Interessen nicht in Konflikt sind". Obwohl er zugibt, daß das erste SALT-Abkommen das nukleare Wettrüsten und das Aufholen der SU nicht bremsen konnte, tritt er dafür ein, „durch Verhandlungen mit der Sowjetunion in den Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Waffen das strategische Wettrüsten in angemessenem Grad zu stabilisieren" und kritisiert die Politik „nach größtmöglicher militärischer Überlegenheit über die Sowjetunion zu streben". Er behauptet, in Europa sei die Gefahr einer Konfrontation beachtlich verringert worden und das kritische Gebiet einer möglichen Konfrontation zwischen den USA und der SU - Mitteleuropa - sei verhältnismäßig stabil geworden. Er fordert eine konstruktive Zusammenarbeit mit der SU im Nahen Osten und in Afrika und verlangt die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, - das alles mit dem Ziel, die Sozialimperialisten zu mehr Zurückhaltung gegenüber den amerikanischen Interessen und zu einer Stabilisierung der Beziehungen zu bewegen.

Dieser Bericht mit seinen Vorschlägen zu einer Politik der Beschwichtigung, der nach Berichten der „New York Times" von Außenminister Vance und dem Weißen Haus gebilligt wurde, liegt ganz auf der Linie der „Sonnenfeldt-Doktrin", die 1976 von einem Kissinger-Berater lanciert worden war und empfahl, eine Verstärkung des „organischen Einflusses" der Sowjetunion in Osteuropa zu unterstützen, um die Sozialimperialisten zu befriedigen und von der Expansion gegen die Einflußgebiete der USA abzuhalten.

Die Beschwichtigungspolitik ist ebenso imperialistische Politik wie eine Politik der offeneren Konfrontation mit dem Hauptrivalen um die Weltherrschaft. Sie findet ihre Grundlage in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Supermächten. Gegenüber dem aggressiveren Sozialimperialismus, einer spät emporgekommenen imperialistischen Großmacht, befindet sich der US-Imperialismus in der Defensive. Er hat überall in der Welt „angestammte Interessen" zu verteidigen und er denkt in Wahrheit nicht daran, auch nur eine von diesen seinem Hauptkonkurrenten zu überlassen. Die Beschwichtigungspolitik zielt nicht auf dauerhafte Zugeständnisse an die Sowjetunion, sondern auf Zeitgewinn und auf die Schaffung von freiem Raum für die Untergrabung und Infiltration des Einflußbereiches der russischen Sozialimperialisten.

Daß eine solche Politik völlig illusionär ist, und nur den Appetit der nach Neuaufteilung der Welt drängenden Sowjetunion verstärkt, können wir nicht nur aus der Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg - den Resultaten der „Münchenpolitik" Englands und Frankreichs gegenüber Hitlerdeutschland - lernen, das zeigen auch die gegenwärtigen Tatsachen in letzter Zeit immer deutlicher: durch keinerlei Zugeständnisse ist die sozialimperialistische Sowjetunion von ihrer Expansionspolitik und dem Versuch der Erringung der militär-strategischen Überlegenheit abbringen lassen.

Auf Grund dieser Tatsachen ist die Beschwichtigungsströmung in der Politik des US-Imperialismus gegenüber der SU in eine gewisse Krise geraten und hat sich daran von Seiten verschiedener Kreise der amerikanischen Monopolbourgeoisie heftige Kritik entwickelt.

Insbesondere der in Umrissen bekanntgewordene Plan für ein neues Abkommen über „Strategische Rüstungsbegrenzung" zwischen den beiden Supermächten, den die Carter-Regierung ausgehandelt haben soll, ist unter heftigen Beschuß geraten. Der in Aussicht gestellte „Kompromiß" soll wichtige Zugeständnisse der USA an die SU enthalten, wie die reichweitenmäßige Beschränkung des Lenkflugkörpers „Cruise missile" auf 600 km bei Land- und Seeabschuß und auf 2500 km, wenn sie vom Flugzeug abgefeuert werden, was ihre Verwendung als strategische Waffen vorerst ausschließen würde; die Verpflichtung, die Technologie der Cruise-Missiles und aller strategischen Waffen nicht an die europäischen NATO-Verbündeten weiterzugeben; gleichzeitig macht die SU keine entsprechenden Zugeständnisse, ihr Fernbomber „Backfire" soll aus dem Bereich der strategischen Waffen ausgeklammert werden.

Bei alldem rückt die wachsende Bedrohung Westeuropas durch den russischen Expansionismus mehr und mehr in das Zentrum der Debatten. Die russischen Raketen SS 20 sollen nach Meinung der russischen Delegierten überhaupt aus den SAL II Verhandlungen ausgeschlossen werden, weil es sich bei ihnen angeblich nicht um „strategische Waffen" handelt. Diese Raketen können zwar tatsächlich das amerikanische Festland von den russischen Abschußbasen nicht erreichen, sehr wohl aber stellen sie eine beachtliche Bedrohung der westeuropäischen Länder und Völker dar.

Das Wesen dieser Waffen, um deren Einbeziehung bzw. Ausklammerung die Debatte bezüglich SAL II tobt, hat der Oberbefehlshaber der NATO, General Haig, folgendermaßen gekennzeichnet: „Sie (die Sowjets) sind nahe daran, die sogenannte SS-20 einsetzen zu können - die Installationen werden schon gebaut...Nun, das heißt, daß die Sowjets ihre weiterreichenden „theatre nuclear systems" - Backfire, SS-20 - weiter ausbauen, und das bedeutet wieder, daß die ausgesprochen graue Zone zwischen den ausgesprochen interkontinentalen strategischen Systemen und dem, was wir als „theatre systems" bezeichnen (taktische Waffensysteme) immer verschwommener und vager wird"..

...„aber die Bezeichnungen taktisch und strategisch heißen ohnedies wenig für die, die in Europa daheim sind. Für die Europäer sind alle Systeme strategisch". (Presse, 21.11.,S.3)

Für die Entwicklung der US-Politik gegenüber dem russischen Rivalen ist der Streit um diese Frage typisch. Gibt die Carter-Administration auch hier den Forderungen des aggressiveren Verhandlungspartners nach, so festigt sich die ganze Linie der Beschwichtigungspolitik.

Darauf weisen auch die amerikanischen Militaristen hin, die für eine harte Haltung bei SAL II eintreten. Das Schweizer Blatt der Großbourgeoisie, die Neue Zürcher Zeitung, berichtet über diese Stimmen: „Einen SALT-Vertrag mit diesen Konzessionen zu erkaufen, hieße die Unstabilität in Europa um einer vermeintlich wichtigeren globalen Stabilität willen zu vergrößern. Es ist vor allem die amerikanische Kritik des SALT-Projektes, die diese Einwände unterstreicht. In Europa hat die Frage von einigen englischen Stimmen abgesehen, ausgesprochen wenig Aufmerksamkeit erregt." (NZZ, 20.11.)

Die Strömung der Beschwichtigungspolitik stößt in den USA auf heftige Kritik, es zeigt jedoch auch, daß es solche Tendenzen auch unter der Carter-Administration gibt, und daß auch weiter damit gerechnet werden muß, daß sich solche Tendenzen verstärken. Denn diese Versuche der Beschwichtigungspolitik, die darauf abzielen, die Expansions- und Aufrüstungspolitik der Sowjetunion durch Zugeständnisse und verstärkte Zusammenarbeit zu bremsen, oder sogar gegen Osten, auf die Volksrepublik China, abzulenken und so auf Kosten der Völker der Welt die eigenen Positionen zu schützen, haben ihre objektive Grundlage in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den Supermächten, in der Tatsache, daß sich der US-Imperialismus, geschwächt durch verschiedene Niederlagen vor allem von seiten der Völker, schon lange im Niedergang befindet, und daß die Sowjetunion auf allen Gebieten in die Offensive gegen die Positionen der USA mit dem Ziel der Erringung der Vorherrschaft gegangen ist.

Große Fortschritte der Gruppe Querschläger

Wie wir bereits in der letzten Nummer des Klassenkampf kurz meldeten, fand am 19. und 20. November in Wien eine nationale Konferenz von Antimilitaristen aus ganz Österreich tatt, zu der die Wiener Querschlägergruppe eingeladen hatte.

Die nationale Konferenz war ein großer Erfolg und sie hat in mehrfacher Hinsicht die Grundlagen gelegt für ein weiteres zügiges Voranschreiten der antimilitaristischen Arbeit in Österreich. Sie beschloß einstimmig eine Plattform sowie eine organisatorische Regelung für die Arbeit der Gruppe und ein Aktionsprogramm.

Ausgehend von der Tatsache, daß es in Österreich „derzeit mehrere Gruppen und Einzelpersonen" gibt, „die auf der Grundlage der Plattform und mit der gemeinsamen Zeitung Querschläger antimilitaristische Arbeit leisten", „vor allem in, aber auch außerhalb der Kasernen", „mit dem Ziel der Bildung von Soldaten- und Reservistenkomitees in ganz Österreich" hält die organisatorische Regelung fest, daß „regelmäßige nationale Konferenzen, die über die Plattform beschließen und die Linie der Zeitung durch ein Aktionsprogramm festlegen", durchgeführt werden sollen. Alle aktiven Antimilitaristen, die mit der Plattform der Gruppe übereinstimmen, werden auf diesen Konferenzen stimmberechtigt sein. So wie es bereits auf der 1. Nationalen Konferenz gemacht wurde, setzen dir nationalen Konferenzen zwei Mitarbeiter ein, die für die Herausgabe der Zeitung verantwortlich sind.

Im ebenfalls auf der Konferenz beschlossenen Aktionsprogramm werden die Schwerpunkte der Arbeit der Gruppe bis zur nächsten Konferenz festgelegt.

Zur Arbeit der Gruppe wird festgehalten, daß es darum geht in die Militärfrage nicht nur die Soldaten sondern die Arbeiterklasse und die gesamten Volksmassen hineinzuziehen, daß verstärkt dazu übergegangen werden muß außer „reinen" Soldatenfragen gerade die Fragen in die Arbeit einzubeziehen, mit denen das gesamte Volk ständig konfrontiert ist, wie Manöver, Mobilmachungspläne, geistige Landesverteidigung etc.

Ab nun soll die Zeitung Querschläger regelmäßig alle sechs Wochen erscheinen. Den Korrespondenzen an den Querschläger soll mehr Raum gewidmet werden, so daß er zum Hauptbestandteil der Zeitung wird. Es muß erreicht werden, daß die Soldaten den Querschläger als ihr Sprachrohr verwenden und zu allen wichtigen Fragen Korrespondenzen an die Querschläger-Redaktion einsenden. Folgende inhaltliche Schwerpunkte für die nächsten Wochen wurden festgelegt:

Im Kampf gegen die Wehrgesetznovelle soll der Stoß gegen die Psychotests, die zur Auswahl der Zwangskader im Bundesheer eingesetzt werden und gegen die Zwangsverpflichtung geführt werden.

Gegen die geplante Vorverlegung des Zapfenstreiches von derzeit 24 Uhr auf 22 Uhr soll schon jetzt aufgetreten werden.

Im Hinblick auf die Gewinnung weiterer Soldaten gegen die AKW-Politik der Regierung soll dem Werbefeldzug der AKW-Betreiber im Bundesheer der Kampf angesagt werden, wobei gleichzeitig die Rolle der Objektschutztruppe für die Vorbereitung des Staates auf härtere Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke aufgezeigt werden soll.

Die Art der „Selbstverwaltung" der Heereskantinen, wie sie derzeit in einigen Kasernen probeweise läuft und wie sie ab 1.1.1978 an allen Kasernen eingeführt werden soll, wird als das entlarvt werden, als was sie bereits im letzen Querschläger entlarvt wurde: Als Karrikatur auf die Selbstverwaltung.

Für die am 6. 1. 1978 einrückenden Soldaten wird die Querschläger-Gruppe erstmals einen Schulungsabend einrichten.

Auf der „Querschläger"-Konferenz wurde als Grundlage für die weitere Entwicklung der Soldatenarbeit der Gruppe eine richtige Plattform beschlossen, die dem Vorschlag der Genossen unserer Organisation, die in der „Querschläger"-Gruppe arbeiten, entspricht. Unsere Genossen hatten ursprünglich allerdings auch vorgeschlagen, einen Hinweis darauf in die Plattform aufzunehmen, daß durch die Rivalität der beiden Supermächte USA und Sowjetunion die Kriegsgefahr ständig zunimmt. Darüber konnte aber keine Einigung erzielt werden. Tatsächlich ist es auch nicht notwendig, eine einheitliche Auffassung über die beiden Supermächte und ihre Rivalität zur Voraussetzung der Zusammenarbeit in der „Querschläger"-Gruppe zu machen und dies daher in die Plattform aufzunehmen. Die Kommunisten kämpfen entschieden gegen die beiden Supermächte, und dabei im besonderen gegen den Sozialimperialismus, sowie gegen den drohenden Krieg. Sie werden ihre Auffassungen dazu auch in die „Querschläger"-Gruppe hineintragen und sie dort vertreten und zu verbreiten trachten. Als Voraussetzung für die Mitarbeit in der „Querschläger"-Gruppe kann aber nur die Bereitschaft zum Kampf gegen das reaktionäre Bundesheer, zum Kampft auf der Linie des Kampfes um die allgemeine Volksbewaffnung, zum Kampf um die in der Plattform genannten Soldatenforderungen gefordert werden. Mehr nicht. Nur so kann der breitestmögliche demokratische Zusammenschluß von Soldaten, Reservisten und auch anderen Menschen für die Zwecke, die die „Querschläger"-Gruppe verfolgt, erreicht werden. In diesem Punkt stellen wir selbstkritisch fest, daß wir einen Fehler gemacht haben in unserem Kampf, den „Querschläger" auf die Höhe seiner Aufgaben zu heben.

Insgesamt kann man sagen, daß sich die Gruppe Querschläger im Laufe ihres kurzen Bestehens stark verändert hat. Aus einem losen Zusammenschluß einiger vor allem Wiener antimilitaristischer Soldaten ist heute eine organisierte Gruppe geworden, die ihre politischen Ziele festgelegt hat, die heute daran geht, in den verschiedensten Kasernen Österreichs Stützpunkte aufzubauen, deren Ziel die Schaffung von Soldaten und Reservistenkomitees ist, die im Klassenkampf in Österreich einen wichtigen Platz einnehmen werden.

AYDINLIK-Informationsmonat abgeschlossen

Der Kampf des Volkes der Türkei gegen die beiden Supermächte und die Reaktion

Das war der zentrale Inhalt des AYDINLIK-Informationsmonats, den türkische proletarische Revolutionäre im November 1977 in Wien veranstalteten.

Die Bedeutung des Informationsmonats lag vor allem darin, daß erstmals in Wien Arbeiter sich ein umfassendes Bild über den revolutionären Kampf des Volkes der Türkei machen konnten, und daß viele in Wien lebende ausländische Arbeiter in eine fortschrittliche politische Bewegung einbezogen werden konnten.

Dementsprechend hoch war der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Besucherzahl der drei im Wiener Gewerkschaftshaus abgehaltenen Veranstaltungen.

Die erste Veranstaltung hatte die politische Unterdrückung des Volkes der Türkei durch die faschistische Demirel-Türkeş-Clique sowie den Kampf der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung für die Freiheit des Volkes zum Inhalt. Die zweite Veranstaltung analysierte den halbfeudalen und halbkolonialen Charakter der Türkei und zeigte die elende Lage der über 2,5



Millionen landlosen und armen Bauernfamilien der Türkei auf. Höhepunkt der Vortragsserie war ein Besuch von Genossen Yildirim Dagyeli, dem Herausgeber der AYDINLIK-Fremdsprachenausgaben.

Genosse Dagyeli sprach über den Kampf des Volkes der Türkei gegen die beiden Supermächte und für ein unabhängiges und demokratisches Heimatland. Auf allen drei Veranstaltungen gab es ein von türkischen Volkskünstlern gestaltetes kulturelles Rahmenprogramm, das von den Anwesenden begeistert aufgenommen wurde.

Mit einer Demonstration für die Rechte der Ausländer, über die auf dieser Seite an einer anderen Stelle berichtet wird, fand der Informationsmonat seinen erfolgreichen Abschluß.

Wien: Eindrucksvolle Demonstration für die Rechte der Ausländer

Am 25.11. fand in den Wiener Arbeiterbezirken Leopoldstadt und Brigittenau eine Demonstration für die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern statt, zu der im Rahmen des AYDINLIK-Informationsmonats in Österreich lebende türkische proletarische Revolutionäre aufgerufen hatten.

Am Praterstern formierte sich der 250 Teilnehmer starke Zug, der etwa zur Hälfte aus Ausländern, vor allem Türken, bestand, um dann über einige wichtige Straßen der beiden Bezirke zum Wallensteinplatz – dem Zentrum des 20.Bezirks – zu marschieren. Der kämpferische Demonstrationszug fand mit seinen hauptsächlichen Losungen „Weg mit dem reaktionären Ausländerbeschäftigungsgesetz!", „Schluß mit den Schikanen der Fremdenpolizei!", „Für die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern!" sowie mit der Forderung nach sofortiger Freilassung von Kani Kondaklar, große Beachtung unter den zahlreichen Passanten, die interessiert die Flugblätter der Demonstration entgegennahmen und mit den Flugblattverteilern heftige Debatten führten.

Auffallend war, daß es kaum offene massive chauvinistische Hetze gegen die Demonstrationsziele gab. Viele Passanten, die zuerst nur schimpften, sahen nach kurzer Debatte, wie brennend die Ausländerfrage tatsächlich ist und begannen über die Forderungen der Demonstration nachzudenken.

Etliche Ausländer winkten aus den Fenstern der Demonstration zu und wenn es auch so war, daß viele die am Straßenrand standen darauf hinwiesen, daß sie sich aufgrund der Tätigkeit der Fremdenpolizei (ein Polizeifotograf knipste unter dem Schutz zweier baumlanger Polizisten jede einzelne Reihe der Demonstration) nicht im Zuge mitzugehen trauten, so reihten sich trotzdem etliche in die Demonstration ein.

In einer Abschlußkundgebung auf dem Wallensteinplatz wiesen ein Vertreter türkischer proletarischer Revolutionäre und ein Vertreter des KB Österreichs, der die Demonstration unterstützt hatte, in kurzen Reden auf die große Wichtigkeit der Ausländerfrage hin und erläuterten die gerechten Forderungen der Demonstration. Mit dem mehrsprachigen Singen der „Internationale" wurde die Demonstration und die Kundgebung kämpferisch und eindrucksvoll beendet.

Die Demonstration vom 25.11. in Wien war die erste Aktion in Österreich, in der ausländische und österreichische Arbeiter gemeinsam für die Rechte der Ausländer auf die Straße gegangen sind und sie signalisiert einen Aufschwung des Kampfes um die rechtliche völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern, die eine dringende Erfordernis des Klassenkampfes für die österreichische Arbeiterklasse ist.

Türkischer Arbeiter wegen politischer Betätigung entlassen

Vor kurzem wurde der türkische Arbeiter Adem Cerid von einer Papierfabrik in Wien-Atzgersdorf entlassen.

Adem Cerid hatte schon Schwierigkeiten gehabt, weil er in der Mittagspause oft revolutionäre türkische Literatur gelesen hatte. Als er vor der Demonstration für die Rechte der Ausländer an seine Kollegen Flugblätter verteilte, die in deutscher Sprache zur Teilnahme an der Demonstration aufriefen, wurde er gefeuert. Er hatte großes Glück, rasch wieder Arbeit zu finden. Es ist bekannt, was in Österreich mit Ausländern geschieht, die momentan keine Arbeit haben und sich außerdem noch politisch betätigen.

Die Praktiken der Fremdenpolizei (Bericht aus Wien)

Die Beamten der Fremdenpolizei, das sind die „Götter der ausländischen Arbeiter", sagt ein türkischer Kollege. Tatsächlich entscheiden diese Herren über den Verbleib oder die Ausweisung von ausländischen Arbeitern. Sie entscheiden tagtäglich über die nackte Existenz von hunderten Familien. Dieses Schwert der Fremdenpolizei schwebt über jedem ausländischen Arbeiter. Es zwingt ihn dazu, jederzeit jede, und sei es die am schlechtesten bezahlte Arbeit, anzunehmen, weil sonst mit großer Sicherheit, ein Aufenthaltsverbot über ihn verhängt würde.

Wer sind diese Herren von der Fremdenpolizei?

Da ist z. B. der bekannte Fall des Herrn Dr. Salzner.

Dr. Salzner, Beamter der Fremdenpolizei, hat massenhaft Aufenthaltsgenehmigungen gegen ein Schmiergeld von S 20.000 ausgestellt. Nebenbei hat er auch Arbeit vermittelt (an eine schwedische Kugellagerfabrik), und dafür hat er sich nochmal S 20.000 zahlen lassen. Aber der Handel ist aufgeflogen. Ein Arbeiter, dem er auf diese feine Art Arbeit vermittelt hatte, wurde nach 2 Wochen gekündigt. Er hat seine 40.000 S zurückverlangt. Aber er hat vom Herrn Dr. auf der Polizei nur Ohrfeigen bekommen. Daraufhin ist es zu einer Rauferei gekommen und die ganze Sache ist aufgeflogen.

Was ist dem Herrn Dr. passiert? Er war 2 Tage in Untersuchungshaft. Zu einem Verfahren gegen ihn ist es nie gekommen.

Was ist dem ausländischen Arbeiter passiert? Er wurde abgeschoben. Im Zusammenhang mit dieser Affäre wurden an die 100 türkische Kollegen abgeschoben.

Der Herr Dr. Salzner ist heute Lehrer der Hammerpurgstall Gesellschaft. Unter den ausländischen Arbeitern ist bekannt, daß er nach wie vor Arbeit gegen Geld vermittelt.

Aber die anderen Beamten der Fremdenpolizei sind auch nicht besser. Zum Beispiel der Herr Amtsrat Ullrahm. Mit ausländischen Arbeitern verständigt er sich grundsätzlich nur schreiend und bedroht ausnahmslos jeden mit der sofortigen Verhaftung. Er ist nicht bereit, die geringste Auskunft über den Verbleib von verhafteten Ausländern zu geben. So wurde z.B. am 17. November ein Arbeiter aus der Türkei verhaftet. Er war jahrelang in Österreich beschäftigt und bereits wieder in sein Heimtland zurückgekehrt. Im November ist er nach Österreich gekommen, um Verwandte zu besuchen. Im Zuge einer Razzia wurde er am 17. 11. verhaftet. Am nächsten Tag ist sein Freund, HAMZA KUMAŞÇI auf die Fremdenpolizei gegangen, um ein persönliches Dokument, das bei der Verhaftung vergessen wurde, nachzubringen. Der Erfolg war, daß er selbst an Ort und Stelle festgenommen wurde. Bis heute war es nicht möglich, irgendetwas über den Verbleib der beiden Kollegen zu erfahren.

Wie sieht es im Fall KANI KUNDAKLAR (siehe Klassenkampf Nr. 24/77) aus? Ihm wird eine Übertretung des Meldegesetzes vorgeworfen und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, ohne gültige Arbeitsbewilligung. Dazu ist zu sagen, daß Kani Kundaklar zum Zeitpunkt seiner Verhaftung ordnungsgemäß angemeldet war – was auch der Polizei bekannt ist. Weiters ist zu sagen, daß Kani Kundaklar nicht gearbeitet hat. Er hat lediglich 2 oder 3mal einem Freund beim Maronibraten ausgeholfen, als dieser für eine halbe Stunde essengegangen war. Und dafür hat er nichts kassiert, außer einem Packerl Zigaretten! Von dem Maronibrater und von der Firmeninhaberin liegen diesbezügliche Aussagen schriftlich vor. Dennoch wird Kani Kundaklar seit dem 10.11. in Schubhaft gehalten. Und es wurde bereits ein 15-jähriges Aufenthaltsverbot über ihn verhängt.

Alle diese Praktiken sind vom Fremdenpolizeigesetz gedeckt.

Dabei werden alle Möglichkeiten, alle „Kann-Bestimmungen" des Gesetzes voll ausgeschöpft. Das ist in den letzten Jahren zur Routine geworden.

– Im Fall der Verhängung eines Aufenthaltsverbots *kann* die Schubhaft durchgeführt werden. – Uns ist kein Fall bekannt, wo sie ihm nicht auf dem Fuße folgte.

– Die aufschiebende Wirkung einer Berufung gegen das Aufenthaltsverbot wird bei „Gefahr im Verzug" aberkannt. – Uns ist kein Fall bekannt, wo nicht „Gefahr im Verzug" war.

Wien: Heimtückische Lohnkürzung für ausländische Arbeiter bei Mischek

Die Baumfirma Mischek hat vor wenigen Tagen ca. 25 Arbeiter aus der Türkei, und ca. 40 Arbeiter aus Jugoslawien gekündigt. Jedermann weiß, daß das für die betroffenen Kollegen eine Katastrophe ist, weil um diese Jahreszeit in der Baubranche absolut nichts zu finden ist. Aber es wurde ihnen gesagt, daß die Firma TECHNOSAN ausländische Arbeiter aufnimmt. Die Firma TECHNOSAN Handels- und Installations Ges.m.b.H. gehört zufällig der Frau Mischek. Auch die Arbeit, die zu verrichten ist, ist genau dieselbe. Aber es gelten nicht die selben lohn- und arbeitsrechtlichen Bedingungen wie in einer Baufirma. Das bedeutet, daß die Zulagen, insbesondere Schwerarbeitszulage, wegfällt. Für einen ledigen Arbeiter heißt das bis zu S 3.000,- im Monat Lohnverlust. Für einen Verheirateten ist die Lohnkürzung noch größer, weil die Trennungszulage ebenfalls wegfällt.

Neues SP-Programm: Die Arbeiterklasse soll getäuscht und auf die Politik des Finanzkapitals eingeschworen werden

Im Frühjahr 1978, auf dem Parteitag der SPÖ zwischen 17.3. und 20.3.1978 wird die SPÖ ein neues Parteiprogramm beschließen. Kreisky hatte schon im Februar 1976 die Diskussion eröffnet. Im Frühjahr 1977 lag dann ein Problemkatalog vor und am 13.10.1977 wurde der nun vorliegende SPÖ-Programmentwurf durch den Parteirat beschlossen.

Der neue SP- Programmentwurf enthält mehr Themen und gibt zu wesentlich mehr Fragen reformistische Antworten

Vergleicht man das Programm von 1958 und den Programmentwurf von 1977, so fallen einige Unterschiede auf:

Neu im Programmentwurf 1977 sind vor allem die Teile über den Kapitalismus und die Ausblicke auf die „Zeit nach dem Wohlfahrtsstaat", der ausführliche Teil über die Vorstellungen der Sozialdemokraten zur Demokratie und die vielen neuen Fragen, die im Wirtschaftsteil (Wirtschaftswachstum, Konjunktur und Beschäftigung, Geld, Einkommensverteilung, Öffentlicher Sektor, Planung, Mitbestimmung, Konsumentenpolitik, Gemeinwirtschaft, Energie, Verkehr und Landwirtschaft) sowie im Umweltteil (Humanisierung der Arbeitswelt, Umwelt und Regionalplanung, Wohnen, Familie, soziale Sicherheit, Gesundheitspolitik, Erwachsenenbildung, Wissenschaft, Forschung, Sport) angeschnitten werden.

Daß so viele neue Fragen ins Programm aufgenommen wurden, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß in den letzten Jahren große Widersprüche aufgebrochen sind, die Massen in Gegensatz zu den kapitalistischen Verhältnissen geraten sind und sie in Teilkämpfen den bürgerlichen Staat angegriffen haben. Dem muß die SPÖ Rechnung tragen. Das tut sie damit, daß sie im neuen Programm diese Fragen in reformistischer Weise behandelt, nämlich so, daß die Wurzel der Widersprüche, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse verhüllt wird; daß sie vertuscht, daß unter kapitalistischen Verhältnissen alle Maßnahmen, z.B. zum Verkehrswesen, nur der Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals dienen - außer die Massen setzen im Klassenkampf eine Verbesserung für sich durch, und daß sie gleichzeitig Maßnahmen setzt, um in allen diesen Fragen die staatliche Gängelung und Bevormundung zu verstärken.

Die Ausbeutung soll vertuscht werden

Unter dem Abschnitt „Hundert Jahre Aufstieg" findet man folgende Darstellung der bestehenden Verhältnisse: „Die Sozialisten haben im gemeinsamen Kampf mit der Gewerkschaftsbewegung Massenelend und Arbeitslosigkeit überwunden und den Wohlfahrtsstaat geschaffen. Sie haben viele Träume der Pioniere verwirklicht: Sie erkämpften den Arbeitenden ein menschenwürdiges Leben, den Kindern eine hoffnungsvolle Zukunft, den Alten einen gesicherten Lebensabend".(S.16)

Im Programmentwurf wird ständig mit einem Trick gearbeitet. An einer Stelle wird die Existenz des Kapitalismus zugegeben - und - „die Sozialisten haben schon immer dagegen gekämpft" - das ist der Aushänger für die Kritischen, für jene SP-Mitglieder, die sich gegen den Kapitalismus wenden.

An vielen anderen Stellen wird die Existenz des Kapitalismus verhüllt und vertuscht, um den Massen vorzugaukeln, daß es kapitalistische Ausbeutung und politische Entrechtung gar nicht gibt.

Die kapitalistische Lohnsklaverei mit Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit wird als menschenwürdiges Leben dargestellt. Die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter, nämlich Lohndruck, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit für die einen und verstärkte Antreiberei in den Fabriken für die anderen wird als Wohlfahrtsstaat gepriesen. Der Angriff auf die Sozial- und Pensionsversicherung, die Plünderung der Rentenkassen durch den Staat und das dadurch verursachte Elend für die Mehrzahl der alten Menschen als „gesicherter Lebensabend".

Der neue Programmentwurf verbreitet Illusionen in den bürgerlichen Staat und zielt gleichzeitig auf die Verstärkung der Staatstätigkeit

„Die Arbeiterbewegung hat in ihrem politischen und gewerkschaftlichen Kampf durchgesetzt, daß die den arbeitenden Menschen zugefügten Schäden - Kinder-, Kranken- und Alterselend - durch den Staat und seine Einrichtungen gemildert oder ganz beseitigt werden."...„Auch der Kampf um die Vollbeschäftigung ist vor allem ein Kampf um Einfluß im Staat."... „Und weil die Sozialisten erkannt haben, daß der Staat wichtige Möglichkeiten der Durchsetzung der Lebensinteressen der arbeitenden Menschen bietet, wollen sie ihn auch für alle dienstbar machen."

Den Staat als über den Klassen stehenden Wohltäter darzustellen, das war schon immer das Bemühen der Reformisten, damit die Arbeiter- und Volksmassen sein wahres, sein reaktionäres Wesen nicht erkennen können. Dieser Staat soll benutzt und seine wichtigsten Schlüsselstellen besetzt werden. Das wäre Politik im Interesse und zur Durchsetzung des Sozialismus.

Die Wahrheit über das Wesen des bürgerlichen Staates soll im Nebel der Illusionen verschwinden:

„Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse. Immer größer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse. Immer stärker werden Ausplünderung und politischer Druck. Immer schwerer lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Der staatliche Gewaltapparat wird ständig ausgebaut. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates." (Programm des KB Österreichs, S. 13)

Die ökonomischen Verhältnisse im Kapitalismus machen die Aufblähung des bürgerlichen Staatsapparates immer notwendiger. Die SPÖ, die heute die Geschäfte der Kapitalistenklasse von der Regierungsbank aus führt, muß dem Rechnung tragen und auch die Staatstätigkeit ausweiten und verstärken. Weil das reaktionäre Pläne sind, muß sie mit der nötigen Vorsicht ans Werk gehen und hat sie natürlich alles Interesse daran, das oben dargestellte reaktionäre Wesen des bürgerlichen Gewaltapparates zu vertuschen.

„Die letzten Jahrzehnte waren durch eine steigende gesamtwirtschaftliche Bedeutung des öffentlichen Sektors gekennzeichnet. Seine Aufgabe war und ist es, eine Erhöhung des Lebensstandards - insbesondere für die sozial Schwächeren - zu garantieren und den negativen Folgen des Marktmechanismus entgegenzuwirken. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert aber ständig mehr Mittel. ...Bund, Länder und Gemeinden müssen geeignete organisatorische, personelle und räumliche Voraussetzungen schaffen, die es den Menschen ermöglichen, viele ihrer Alltagsprobleme besser zu lösen." (S.10)

Man darf sich von den lieblichen Tönen in diesen Sätzen, die suggerieren sollen, daß der Staat „Hilfestellung" leistet und allgemeiner Wohltäter ist, nicht betäuben lassen. Das Fazit der Aussagen ist die Befürwortung des Staates und die Förderung und Befürwortung seines Ausbaus. Den Ausbau des Staatsapparates hat die SPÖ in den Jahren ihrer Regierung betrieben: Einführung der Fristenlösung mit verstärkter staatlicher Überwachung und Kontrolle, Bundesheerreform, was den verstärkten Ausbau des bürgerlichen Heeres und Zwangsverpflichtung mit sich brachte, reaktionäre Minderheitengesetze enthalten eine Fülle von Mechanismen zur Bespitzelung, Kontrolle und Bevormundung der Minderheiten und ihrer Organisationen durch den Staat.

Im Kapitel: „Österreichs Sicherheit" heißt es: Die SPÖ tritt für ein umfassendes Konzept der Landesverteidigung ein, das militärische Bemühungen, zivile Schutzvorkehrungen und wirtschaftliche Bereitstellungsmaßnahmen umfaßt. Die Sozialisten, die das Heer der Republik geschaffen haben, setzen sich für eine militärische Landesverteidigung ein..."

Das „Heer der Republik" ist aber in den Händen der Bourgeoisie immer ein Instrument zur Niederhaltung der Arbeiter und Volksmassen im Inneren und zur Durchführung ihrer imperialistischen Militärpolitik nach außen.

Dieses „Heer der Republik" hat seinen Charakter nicht geändert. Man braucht sich ja nur seine Übungen anzuschauen: z.B. die Übungen der Objektschutztruppe gegen demonstrierende Studenten oder gegen Bauern, die einen Schlachthof besetzt haben. Man könnte hier noch viele Beispiele bringen.

Die Entwicklung des österreichischen Imperialismus und des Klassenkampfes machen für die SPÖ ein neues Programm notwendig

Die allgemeine Krise des Imperialismus, die seit dem Ende der 60er Jahre in wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verfallserscheinungen mit allen Auswirkungen, die das auf die werktätigen Massen hat, ihren Ausdruck fand, hat in den Massen den Wunsch nach radikaler Veränderung der herrschenden Verhältnisse verstärkt. Ende der 60er Jahre schaffte die SP mit einer Fülle von Reformprogrammen - als „Partei der Reformen" den Schritt zur alleinigen Regierungspartei. Sowohl die SP/VP-Koalition, als auch die VP-Alleinregierung hatten sich überlebt.

Für die Bourgeoisie war die SPÖ zu der geeignetsten Partei geworden, die angesichts der Krise die notwendigen Maßnahmen zur Verstärkung der Ausbeutung, Ausbau des staatlichen Gängelungs- und Gewaltapparates einleiten und durchführen und gleichzeitig durch das Versprühen von reformistischem Gift die Arbeiter fesseln und für eben diese Pläne gewinnen konnte.

Inzwischen haben die 7 Jahre SPÖ-Regierungspolitik den Massen in vielen Fällen vor Augen geführt, daß die SPÖ nicht für sie, sondern für die Kapitalisten Politik macht. Unter den Massen hat eine Abwendung von der sozialdemokratischen Politik und eine Hinwendung zum selbständigen Kampf um ihre Interessen begonnen und sich weiterentwickelt. Doch das Gift des Reformismus wirkt noch, und immer wieder werden die sozialdemokratischen Arbeiter von den Rattenfängermethoden der sozialdemokratischen Theorien getäuscht. Doch die reale Entwicklung der Verhältnisse und die stärkere Zuwendung der Massen zum selbständigen Kampf und die Gefahr ihrer Radikalisierung mußte die SPÖ Schlimmes fürchten lassen. Sie mußte ihre Waffen zur Täuschung, ihr Instrumentarium des Reformismus wieder schärfen.

Verstärkte Bindung der Massen an den Reformismus und damit Desorientierung und Lähmung des Kampfwillens der Arbeiterklasse, das sind die Grund- und Kernpunkte des neuen SP-Programms.

Geschichte der Sozialdemokratie: Der Reformismus hat der Arbeiterklasse nur Niederlagen gebracht

Dazu muß auch der Hinweis auf die „große Geschichte und Tradition" der Sozialdemokratie herhalten. Wohlweislich wird nur von den „Erfolgen der Sozialisten" geschwärmt. Erfolge, die, wie wir bewiesen haben, mit der Realität nicht übereinstimmen. Verschwiegen werden die blutigen Niederlagen, die die SPÖ, nachdem sie eine reformistische Partei geworden, mit ihren Theorien und ihrer Politik der österreichischen Arbeiterklasse zugefügt hat. Blicken wir zurück: Statt 1914 die Arbeiter zum Boykott des imperialistischen Krieges aufzurufen, hat sie die Arbeiter in den Krieg für die Interessen der Bourgeoisie geschickt. Als die Massen 1918 dem Beispiel der russischen Arbeiterklasse folgen wollten, hat die Sozialdemokratie sie mit allen Mitteln der Spaltung, des Drucks und der Täuschung daran gehindert.

Als die durch die Angriffe der Bourgeoisie bis aufs Blut provozierten Arbeiter, die den Heimwehrfaschismus zurückschlagen wollten, hat sie sie aufs Abwarten, aufs Dulden vergattert, bis ihnen die Faschisten die letzten Gewehre weggenommen und sie im Februar 1934 blutig niedergeschlagen haben.

1938 begrüßte Renner die Okkupation Österreichs durch den Nationalsozialismus. 1945, als auch die österreichischen Arbeiter den Weg der Volksdemokratien gehen wollten, hat sich die SPÖ neben der dem Beitrag, den die SPÖ zur Niederschlagung der Streiks im Oktober 1950 leistete und mit dem Programm, das sie sich 1958 gab, ist die SPÖ für die Bourgeoisie als Regierungspartei akzeptabel geworden. Nach dem Niedergang der ÖVP als Regierungspartei begann sie 1970 die Regierungsgeschäfte für das Finanzkapital zu führen. Das ist zwangsläufig eine Politik zur Verstärkung der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und des Drucks auf sie (Lohnraub, Steuerraub und Ausbau des Gewaltapparats).

Daß man mit einer solchen Politik starker Abnützung unterworfen ist, ist klar. Um weiter den schädlichen Einfluß auf die Arbeiter zu festigen, braucht die SPÖ neue Waffen, eine neue programmatische Grundlage. Die will sie sich mit dem neuen Programm geben. Es ist ein Programm, mit dem die Arbeiter getäuscht und für die Politik des Finanzkapitals eingeschworen werden sollen.

Massen demonstration in Paris gegen die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter



Einige tausend Arbeiter, Franzosen und „Gast"arbeiter, demonstrierten am 19. November in Paris gemeinsam gegen Rassismus, Ausweisungen und Polizeimorde an ausländischen Arbeitern, sowie gegen die rassistischen Maßnahmen von Stolern (dem Staatssekretär im Arbeitsministerium). In Frankreich machen die ausländischen Arbeiter 20% der Arbeiterklasse aus.

Die größten Kapitalisten unterhalten eigene Agenturen zur Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte (so z.B. Citroën, Renault) vor allem in Portugal und den nordafrikanischen Ländern; richtige „Sklavenhandels"-Verträge werden von der französischen Regierung ausgehandelt.

Auf den Rassismus und die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter setzt die französische Bourgeoisie jetzt mehr denn je, befindet sich der Kapitalismus doch in einer schweren Krise und sind doch alle Bourgeoisien der imperialistischen Länder gezwungen, am Wege der Verschärfung der Ausbeutung und der Niederhaltung der Arbeiterbewegung um eine bessere Position am Weltmarkt zu kämpfen.

Ganz in diesem Sinne hat die französische Bourgeoisie eine richtige Lawine von Angriffen gegen die Ausländer losgetreten, deren Spitze aber sind die sogenannten „Stoleru-Maßnahmen": Den Familien ausländischer Arbeiter soll jetzt völlig veboten werden, nach Frankreich zu ihren Ehegatten zureisen („Zwangszölibat") und die bisherige Prämie bei Rückkehr in ihre Heimat, die eine notwendige Überbrückungshilfe darstellt, soll völlig gestrichen werden!

Schließlich wurde die ganze Situation noch angeheizt durch einen (weiteren) brutaten Polizeimord an einem algerischen Arbeiter.

Die machtvolle Demonstration am 19. November unter den Forderungen und Losungen „Nieder mit den rassistischen Stoleru-Maßnahmen", „Franzosen-Ausländer – eine einzige Arbeiterklasse", „Nein zum Zwangszölibat, unsere Familien mit uns", „Rückkehr aller ausgewiesenen Kameraden" war ohne Zweifel ein wichtiger Schritt im Kampf für die rechtliche Gleichstellung, gegen die Diskriminierung der Ausländer, gegen die Spaltung der Arbeiterklasse.

Die Sprechchöre wurden in allen Sprachen gerufen, die Nationalflaggen der Heimatländer der ausländischen Arbeiter der 3. Welt wurden mitgetragen und die aus dem Befreiungskampf des algerischen Volkes gegen den französischen Kolonialismus hervorgegangene algerische Hymne gesungen.

Die marxistisch-leninistische französische Zeitung „L'humanité rouge" berichtet darüber:

„Daß schließlich im selben Monat, da die Supermächte und der Imperialismus die Völker Nordafrikas bezüglich der Westsahara oder Palästinas spalten wollen, tausende Demonstranten sich Schulter an Schulter fanden, vereinigt ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse oder Sprache unter der Losung des Tages – Einheit der Arbeiterklasse –, das ist ein weiterer Grund, die Demonstration dieses 19. November als einen Schlag gegen die französische und internationale Reaktion zu betrachten."

Spanien: „Weg mit dem Pakt von Moncloa"

Am 22. Oktober 1977 schlossen in Moncloa, dem Haus des spanischen Ministerpräsidenten Suarez, alle im Parlament vertretenen Parteien den „Pakt von Moncloa". Der Pakt umfaßt eine Reihe von Maßnahmen auf gesetzlichem Gebiet, Vereinbarungen über die Löhne und über „Wirtschaftsförderung".

Die Maßnahmen des Paktes zielen allesamt darauf ab, die Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse beträchtlich zu steigern und den Monopolisierungsprozeß in der spanischen Wirtschaft zu beschleunigen. Dahinter stehen vor allem die amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten.

Im „Pakt" wird eine Obergrenze für die Lohnerhöhungen gesetzlich festgelegt. Die Sozialversicherung soll in Hinkunft in größerem Maße von den Lohnabhängigen finanziert werden, während ihre Gelder dem Finanzkapital zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig ist das gekoppelt mit Erhöhungen der Lohnsteuer und der Steuern der Bauern und Kleingewerbetreibenden.

Mit der Verschärfung der Ausbeutung und der Erhöhung der staatlichen Ausplünderung geht der Ausbau des faschistischen Staats- und Polizeiapparates einher. In ihm haben die frankistischen Gewährsleute des US-Imperialismus nach wie vor die Schlüsselstellungen inne. Bei einer allgemeinen Ausgabensteigerung von 25 % steigen die Aufwendungen für die im Volk verhaßte „Guardia Civil" um 40 % und die für die berüchtigte Sicherheitspolizei um 47 %

Dieser Pakt wurde auch von der revisionistischen KP und den Sozialdemokraten unterzeichnet. Diese Parteien konnten bei den letzten Parlamentswahlen noch etwa 35% der Stimmen erreichen und wurden vom überwiegenden Teil der Arbeiterklasse unterstützt. Doch das Bild hat sich in der Zwischenzeit gewandelt. Unter der Losung „Weg mit dem Pakt von Monocla!" hat sich in allen Teilen Spaniens die Kampffront entwickelt. Die bei den Wahlen noch von der Arbeiterklasse unterstützten Parteien werden auf die Seite geschoben. Sie sind nicht mehr imstande, diese Bewegung einzudämmen. Sie verlieren an Einfluß, wobei es den Revolutionären erfolgreich gelingt, um die Führung in dieser Bewegung zu kämpfen.

– Am 29. Oktober demonstrierten über 90.000 Arbeiter in San Sebastian, in Nordspanien, gegen die Folgen des Paktes von Moncloa. Alle Gewerkschaften der Stadt hatten dazu aufgerufen.

– In Barcelona, der zweitgrößten spanischen Stadt des Landes, marschierten am 4. November 200.000 Arbeiter gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Entlassungen und forderten: „Einheit gegen den Pakt von Moncloa!"

– 200.000 Menschen nahmen an einer Versammlung in Bilbao im Baskenland gegen diesen Pakt teil. Zum Schluß der Ver anstaltung ergriff ein Arbeiter von Babcock Wilcox, wo gerade gestreikt wird, das Wort und forderte die Solidarität und Einheit der Arbeiter und den Kampf aller Gewerkschaften gegen diesen Pakt.

– In den Straßen der Stadt Vitoria demonstrierten am 4. November 15.000 Menschen mit den Rufen: „Nein zum Pakt von Moncloa!"

– Ebenfalls am 4. November demonstrierten 25.000 Menschen in Valladolid. Dieser Demonstration hatten sich auch die Nachbarschaftsvereinigungen der Stadt angeschlossen.

– Am 5. November traten 30.000 Menschen in Barcelona auf einer Veranstaltung, Felipe Gonzáles, dem Führer der Sozialdemokraten, entgegen, als er diesen Pakt verteidigen wollte.

Gleichzeitig laufen in ganz Spanien die Vorbereitungen für einen „Marsch der Arbeitslosen auf Madrid" an. In allen größeren, aber auch in kleineren Städten, haben sich Mitte November Komitees gebildet. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat am 1. November mit der Bildung eines nationalen Komitees erstmals eine gesamtnational organisierte Form angenommen. Die Zahl der Arbeitslosen hat 1 Million bereits weit überschritten, wobei mit etwa 500.000 bis 1 Million weiterer nicht gemeldeter Arbeitsloser gerechnet wird. Dies alles bei einer Gesamtzahl von 13 Millionen unselbständig Beschäftigter.

Neben diesen Kämpfen haben sich auch in den Wohnvierteln sogenannte Nachbarschaftsvereinigungen gebildet, die im ganzen Land Aktionen gegen den kapitalistischen Staat und seine volksfeindliche Politik durchführen.

Lohnerhöhungen für 46 % aller Werktätigen Chinas

Ab 1. Oktober wurden in China die Löhne von ca. 46 % aller Werktätigen erhöht. Der Schwerpunkt wurde dabei auf Arbeiter mit langer Arbeitserfahrung gelegt, die immer noch relativ niedrige Löhne erhalten. Löhne ab 90 Yüan im Monat werden nicht erhöht. Die Erhöhung betrifft Arbeiter und Angestellte in Industrie, Handel und Dienstleistungssektor, Lehrer, wissenschaftliches, technisches und medizinisches Personal, Werktätige der Literatur und Kunst, und Verwaltungskader.

Die Arbeiter selbst diskutieren in den jeweiligen Einheiten, wessen Lohn erhöht werden soll und empfehlen bestimmte Arbeitskollegen nach den Kriterien: politisches Bewußtsein, Einstellung zur Arbeit, Arbeitsstil und Beitrag zur Produktion. Diese Empfehlungen müssen vom Parteikomitee bestätigt werden. Durch diese Lohnerhöhungen – die letzten waren 1971 – wurde das sozialistische Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" noch besser zur Geltung gebracht und der Lebensstandard des Volkes weiter angehoben.

Einzig und allein durch den Sieg über die „Viererbande" war diese Lohnerhöhung möglich geworden. Mit großem Kampfgeist hat das chinesische Volk die Wiederherstellung und Entwicklung der von der „Viererbande" sabotierten sozialistischen Wirtschaft vorangetrieben: Der Gesamtproduktionswert von Jänner bis September dieses Jahres ist 12 % höher als in der gleichen Periode 1976. Die kontinuierliche Erhöhung des Lebensniveaus der chinesischen Werktätigen wurde von der „Viererbande" nicht nur verhindert, indem sie die Produktion und damit die Schaffung der materiellen Grundlage dafür sabotierte, sondern auch direkt angegriffen. Auf einer 1975 vom Staat einberufenen nationalen Lohn-Konferenz griff sie die Beschlüsse des Zentralkomitees der KP Chinas und des Staatsrates von 1974, die Löhne zu erhöhen, als „materiellen Anreiz" an und verteufelte diese Politik als „ausschließliche Betonung auf materielle Vergünstigungen legen". Sie verhinderte damit auf der Konferenz die Durchführung der Beschlüsse. Die jetzt auf Vorschlag des Vorsitzenden Hua Guo-feng und des Zentralkomitees der KP Chinas beschlossene und durchgeführte Erhöhung der Löhne in China beweist einmal mehr: Der Sozialismus ist ein Gesellschaftssystem, in dem die Anstrengung und Arbeit des Volkes auch dem Volk selbst zugutekommt, in dem die Früchte der Arbeit den Arbeitern selbst gehören.

Löhne in Datjing

	pro Monat
Durchschnittlicher Arbeiterlohn	62 Yüan
Arbeiter in der 8. Lohnstufe	110 Yüan
Arbeiter in der 1. Lohnstufe	35 Yüan
Lehrlinge	23 Yüan

Fürs Essen werden ca. 11 Yüan pro Person gebraucht. Wie in ganz China, ist die medizinische Betreuung der Industriearbeiter kostenlos. Die Familienangehörigen zahlen die Hälfte der medizinischen Kosten. Kostenlos sind auch: Arbeitskleidung, Schulbesuch, Wohnung (da die Häuser in Datjing von den Erdölarbeitern und ihren Familienangehörigen selbst gebaut wurden), Besuch von kulturellen und Filmveranstaltungen. Die Kinderkrippen (für Kinder ab 2 Monaten) kosten nur 2 Mao (1 Mao = 1/10 Yüan) im Monat, also 0.31 % des durchschnittlichen Arbeiterlohns. Die Preise von Gebrauchsgütern und Lebensmitteln sind äußerst niedrig und stabil.

Die 49. Gruppe der 2. Erdölförderbrigade von Datjing

Bericht über einen Besuch der Delegation des ZK des KB Österreichs

Datjing – „Große Feier" – so heißt ein großes Ölfeld im Norden Chinas. Datjing – das ist für das chinesische Volk nicht nur die große siegreiche Massenschlacht um die Selbstversorgung mit Erdöl, sondern ein großes Vorbild, dem das ganze Land beim Lernen in der Industrie Chinas im Geist der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft, im Geist des harten Kampfes, von Fleiß und Sparsamkeit. Datjing – das ist ein Industriegebiet neuen, sozialistischen Typs, mit der Verbindung von Industrie und Landwirtschaft, Stadt und Dorf, wo die Diktatur des Proletariats bis in die Grundeinheiten hinein durchgesetzt ist und neue, revolutionäre Beziehungen zwischen den Menschen entstanden sind. Datjing ist ein leuchtendes Vorbild beim Studium und der Anwendung der Mao Tsetung-Ideen, beim Anpacken der Revolution und Fördern der Produktion. Es ist eine unerschütterliche Bastion der Arbeiterklasse gegen den Revisionismus und alle Versuche der Restauration des Kapitalismus, die die Angriffe der „Viererbande„ entschieden zurückgeschlagen hat.

Die Delegation des Kommunistischen Bundes Österreichs, die unlängst China besucht hat, hatte dabei auch Gelegenheit, Datjing zu besuchen. In der 49. Gruppe der 2. Erdölförderbrigade gaben uns die Genossen einen ausführlichen Bericht und in einem offenen Gespräch teilten sie uns viele ihrer Erfahrungen mit, über die wir im Folgenden berichten.

Diese Gruppe der 2. Ölförderbrigade wurde im Dezember 1964 gegründet. Sie besteht aus 94, vorwiegend jugendlichen, Arbeitern, mehr Männer als Frauen, unter ihnen 24 Parteimitglieder, 31 Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes, 6 Kader. Sie ist für 61 Öl- und Wasserbrunnen zuständig. (In Datjing wird frühzeitig Wasser in die Ölschichten geleitet, damit der Druck, mit dem das Öl ausfließt, über lange Zeit hoch und stabil bleibt) Die Gruppe fördert täglich 2.040 Tonnen Öl, 3.300 Kubikmeter Wasser werden eingespritzt. Bei gleichbleibender Anzahl der zu betreuenden Brunnen und verringerter Arbeiterzahl, da immer wieder Arbeiter zu anderen Brunnen geschickt werden, hat die Fördergruppe die Rohölproduktion von Jahr zu Jahr erhöht: von 1973 460.000 Tonnen auf 720.000 Tonnen im Jahr 1976.

Trotz den Verleumdungen der „Viererbande", Datjing betriebe das „Primat der Produktivkräfte", trieben die Arbeiter der Fördergruppe im Geist „Weder Tod noch Mühen scheuen", den sozialistischen Aufbau, die Revolution und die Produktion voran. „Strenge Anforderungen an sich selbst stellen, strenge Disziplin und ernsthaftes Verhalten gegenüber der Arbeit", „Man soll bei schlechtem Wetter und bei gutem Wetter gut arbeiten, man soll bei An- und Abwesenheit von Kadern gut arbeiten, gleichgültig, ob gerade Untersuchungen angestellt werden, oder nicht, man soll bei Tag und Nacht gleich gut arbeiten" – das sind einige Parolen, die die Fördergruppe für ihre Arbeit aufgestellt hat.

Eine Genossin erzählte uns, wie dieser Geist in die Tat umgesetzt wird: *„Es gibt zum Beispiel in unserer Gruppe eine Mannschaft von 7 Mädchen, die für 12 Brunnen verantwortlich ist. Die Brunnen liegen in der Nähe der Kommandostelle der Brigade und der Geschäfte. Trotzdem wollten die Mädchen nicht in die Geschäfte hineingehen, sie zögerten auch nicht, wenn in der Kommandostelle ein Film gezeigt wurde, denn nur so können sie ihre Arbeit gut machen. Auf diese Art können sie seit mehr als 10 Jahren die Produktion stabil halten."*

Auf der Grundlage der Gewährleistung der Produktion erhöht die Gruppe ständig das technische Niveau der Arbeit. Schon kurz nach ihrer Gründung wurde eine Freizeitgruppe „Rot und fachkundig" eingerichtet, durch die das Bewußtsein und das technische Wissen der Arbeiter erhöht werden. So konnte zum Beispiel der Jugendliche Tschao, der 1974 noch Lehrling war, die Produktion des ihm anvertrauten Brunnens mit Hilfe dieser Gruppe wesentlich erhöhen. Früher lieferte der Brunnen nur 1 Tonne Öl pro Tag und alle Leute wollten ihn schon in einen Wasserbrunnen umwandeln. Doch Tschao konnte nach dreimonatiger Analyse und Studium die Schwierigkeiten überwinden, und heute liefert der Brunnen 28 t Öl pro Tag.

Da die „Viererbande" auch in Datjing einen gewissen Einfluß ausgeübt hat, haben die Arbeiter unter Führung des Parteikomitees von Datjing die Kritik an der „Viererbande" tiefgehend durchgeführt, um ihren Einfluß zu beseitigen. Dazu werden auch die eigenen Erfahrungen verwendet. Die Genossin berichtet: *„Tschang, ein 17-jähriger Bursche, der vor einem halben Jahr hergekommen ist, hat an der Kritikbewegung aktiv teilgenommen, und den Einfluß der „Viererbande" auf ihn selbst und auf das Erziehungswesen kritisiert. Er hat den Abschluß der höheren Mittelschule, doch die von der 'Viererbande' verbreitete Parole 'Lieber ein Werktätiger ohne Ausbildung als ein geistiger Aristokrat' hatte dazu geführt, daß er nicht fleißig lernen wollte. 'Ich werde später arbeiten gehen, daher macht es nichts, wenn ich nichts kann', war seine Einstellung während des Studiums. Da er wenig gelernt hatte, war seine Arbeit nicht erfolgreich, er konnte die Produktionsziffern nicht gut zusammenrechnen, konnte bei Prozentrechnungen nicht multiplizieren. Er beherrschte die einfachsten Rechenoperationen nicht und konnte auch keine Kritikartikel schreiben. Daraus zog Tschang den Schluß: 'Ich bin ein Abiturent, aber kann weder gut schreiben noch rechnen; das liegt am Einfluß der konterrevolutionären 'Viererbande' im Erziehungswesen. Mein Vater und meine Mutter konnten nicht schreiben und lesen – das liegt am System der alten chinesischen Gesellschaft. Heute, in der neuen Gesellschaft, können wir Abiturenten auch nicht gut schreiben und rechnen lernen. Deshalb kann man sagen, daß die 'Viererbande' eine noch größere Sabotage und Störung betrieben hat, als die Gutsbesitzer.*

Weil die Arbeiter der Fördergruppe die Schädlichkeit der Linie der „Viererbande" aus eigener Erfahrung kannten, haben sie in der Kritikbewegung allen Einfluß der „Viererbande" beseitigt. Im Kampf der beiden Linien hat sich das Bewußtsein der Arbeiter weiter erhöht und sie setzen sich mit noch größerem Elan in der Produktion ein.

Neben ihrer Hauptaufgabe, der Erdölförderung, betreiben die Arbeiter der Gruppe in der Freizeit Landwirtschaft. Sie haben auf dem Ölfeld Gemüse und Getreide angebaut und können sich heute selbst mit Gemüse und Schweinefleisch versorgen. *„So sparen wir dem Staat viel Geld."*

Diese Erfolge in der Industrie und Landwirtschaft hat die Fördergruppe durch die Anleitung des Parteikomitees errungen, das die Arbeiter seit Beginn der Erschließung des Ölfeldes im Kampf gegen die Natur und den Revisionismus führte. Schon damals hatte die Parteizelle die Arbeiter aufgefordert, die beiden Werke Mao Tsetungs, „Über die Praxis" und „Über den Widerspruch", zu studieren, um alle Schwierigkeiten überwinden zu können. Die Bewegung zum Studium des Marxismus-Leninismus nimmt in ganz Datjing und auch in der Fördergruppe einen immer größeren Aufschwung. Eine Theoriegruppe wurde eingerichtet, in der 36 Arbeiter der Fördergruppe organisiert sind. Als Richtschnur gilt, daß jeder Arbeiter neben den 8 Stunden in der Produktion 1½ Stunden in der Freizeit für das Selbststudium verwenden soll. Mit Hilfe der Genossen in der Theoriegruppe haben alle Arbeiter die 5 Bände der Ausgewählten Werke Mao Tsetungs studiert und 6 Broschüren von Marx und Engels. Durch dieses Studium wurde das Bewußtsein der Arbeiter ständig erhöht und sie konnten mit dem Marxismus-Leninismus und den Mao Tsetung-Ideen als Waffe gegen die „Viererbande" kämpfen.

So wurde im Jahr 1976, als die „Viererbande" die Massenmedien in der Hand hatte, eine Gruppe zum Kommentieren der Zeitungen gebildet. Damals erschienen kaum Artikel über Datjing, weil die „Viererbande" wütend den dort eingeschlagenen Weg bekämpfte. Die Kommentargruppe schrieb 3 Briefe an die Redaktion der Parteizeitung Renmin Ribao, und kritisierte darin ernsthaft und tiefgehend die Unterdrückung des roten Banners Datjing. *„Wir wußten zwar nicht, daß die 'Viererbande' dort saß, aber wir spürten, daß irgendjemand gegen das rote Banner Datjing kämpfte."* So kämpften die Arbeiter schon vor der Entlarvung der konterrevolutionären „Viererbande" gegen deren Linie und Politik.

Da Datjing nicht weit von der vordersten Front gegen den Sozialimperialismus liegt, haben die Arbeiter der Fördergruppe, wie alle Grundeinheiten, eine Volksmilizkompanie errichtet, in der alle Arbeiter organisiert sind. Zwei Stunden in der Woche wird die militärische Technik geübt. Die Kompanie ist mit halbautomatischen Gewehren, Handgranaten, leichten Maschinengewehren, Panzerabwehrkanonen und Raketenwerfern ausgerüstet.



Die Agitations- und Propagandagruppe der Fördergruppe; in ihr arbeiten auch die jugendlichen Arbeiter Tschang (1. von links) und Tschao (2. von rechts) mit, von denen im Artikel berichtet wird.

Neue Beziehungen zwischen Kadern und einfachen Arbeitern

Die Revolution der Produktionsverhältnisse betrifft nicht nur das Eigentum an den Produktionsmitteln sondern auch die Beziehungen zwischen den Menschen in der Produktion und Verteilung. Dabei ist die Verbindung von Kadern und Arbeitern, die Teilnahme der Arbeiter an der Betriebsführung und die Teilnahme der Kader an der Produktion eine wichtige Frage.

In Datjing gilt folgende Weisung: Die Kader im Parteikomitee von Datjing, mit allen seinen Abteilungen, und die Kader des Revolutionskomitees sollen mindestens 60 Tage im Jahr in der Produktion mitarbeiten, die Kader der Kommandoabteilungen mindestens 100 Tage, Kader der Brigaden mindestens 150 Tage und Kader der Gruppen mindestens 300 Tage im Jahr.

Um das zu gewährleisten, wurden verschiedene Maßnahmen getroffen:

1. Die Kader auf den Ebenen des Parteikomitees und der Kommandoabteilungen sollen einen Tag im Monat in die Grundeinheiten gehen und dort mit den Arbeitern gemeinsam arbeiten, leben und studieren. Ein Genosse, Mitglied des Parteikomitees von Datjing, der uns bei unserem Besuch der Förderbrigade begleitete, erläuterte diese Maßnahme: *„Dadurch können wir die kritischen Meinungen der Arbeiter hören, die Probleme bei unserer Arbeit bemerken und sie lösen. Wir bemerken auch die guten Seiten in den Grundeinheiten und können von ihnen lernen. Wenn Probleme auftauchen, ziehen wir zu ihrer Lösung das Parteikomitee heran und suchen dort die Ursache."*

2. Die Kader des Parteikomitees und der Kommandoabteilungen sollen jeden Freitag an der Produktionsarbeit teilnehmen.

3. In Zeiten, wo viel Arbeit anfällt, sollen die Kader ebenfalls an der Produktion teilnehmen.

Die Kader sollen gruppenweise an der Produktionsarbeit teilnehmen, normalerweise drei Monate hindurch.

Die Kader sollen eine Zeitlang in die Grundeinheiten gehen, um einerseits Untersuchungsarbeit zu leisten, andererseits an der Produktion teilzunehmen.

In der 49. Fördergruppe ist zum Beispiel gerade eine Gruppe von Kadern der Brigade und bleibt ein Jahr in dieser Grundeinheit. Auch der stellvertretende Leiter des Revolutionskomitees ist dabei. Solche Gruppen bestehen aus 3 bis 5 Leuten.

Außer diesen Maßnahmen wird jährlich eine Untersuchungs- und Kontrollkommission gebildet aus Kadern der niedrigen Ebenen, erfahrenen Arbeitern, vorbildlichen Arbeitern und Familienangehörigen. Diese Kontrollkommission hat die Aufgabe, zu prüfen, wie der Geist zum Lernen von Datjing durchgeführt wird. Sie soll die Kader der höheren Ebenen kontrollieren. und geht zu diesem Zweck auch an deren Arbeitsplätze.

Auch wenn unser Besuch bei der 49. Gruppe der 2. Ölförderbrigade nur kurz war, haben wir viel dabei gelernt, und mit diesen Erfahrungen versteht man noch besser, was Vorsitzender Hua Guo-feng auf der Landeskonferenz zum Lernen von Datjing sagte: „Datjing hat es wirklich zustandegebracht, sich auf die Arbeiterklasse zu stützen. Die Datjinger Arbeiter verfügen über ein hohes politisches Bewußtsein und hohen Arbeitselan, sie beteiligen sich aktiv, an der Betriebsführung, halten bewußt die Arbeitsdisziplin ein und kämpfen vereint; sie sind in der Tat die Herren der Betriebe geworden."